



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Würden unsere Truppen dort wirklich helfen?“
Afghanistan und die sowjetische Intervention 1979 – 1989

verfasst von / submitted by

Christoph Peschak, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Deutsch UF Geschichte,
Sozialkunde, Polit. Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Mueller

Gewidmet meinen Großeltern Ingrid und Diethelm

- in ewiger Dankbarkeit!

Inhalt

Einleitung	7
1. Die topo- und ethnographische Ausgangslage in Afghanistan	13
1.1. Die Topographie und staatliche Raumorganisation Afghanistans	13
1.2. Ethnographische Gliederung und das Problem der Demographie.....	16
1.2.1. <i>Paštūnen</i>	19
1.2.2. <i>Tāġiken</i>	22
1.2.3. <i>Hazāra</i>	22
1.2.4. <i>Uzbeken</i>	23
2. Die historische Entwicklung Afghanistans – vom Friedensvertrag von Rawalpindi bis 1978 ..	24
2.1. Die Entwicklung Afghanistans von einer geografischen „Puffer-Zone“ zum Staat.....	26
2.1.1. <i>Die Regentschaft Abdur Rahmāns (1880 – 1901)</i>	28
2.1.2. <i>Die „Jungafghanen“ unter Habībullāh I. (1901 – 1919)</i>	31
2.1.3. <i>König Amānullāh und die Erlangung der Unabhängigkeit (1919 – 1929)</i>	32
2.1.4. <i>Die regressive Konfessionspolitik unter Habībullāh II. und Nādir Šāh</i>	34
2.1.5. <i>Der Weg in die Demokratie – Zāhir Šah und die „Starken Premierminister“</i>	37
2.1.6. <i>Exkurs: Nationalideologien Afghanistans</i>	38
2.2. Afghanistan von der Gründung Pakistans 1949 bis zu Mohammad Dāuds erster Amtsperiode von 1953 bis 1963.....	39
2.3. Afghanistan als konstitutionelle Monarchie (1963 – 1973).....	44
2.4. Die afghanische Parteienlandschaft ab 1964 – Geschichte und Organisation der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA)	49
2.5. Die zweite Amtsperiode unter Daud	54
3. Der DVPA-Putsch vom 27. April 1978 und die innenpolitischen Folgen für Afghanistan	60
4. Machtkämpfe, Bürgerkrieg und die Machtübernahme durch Hafizullah Amīn	70
4.1. Machtkämpfe in der DVPA und gescheiterte Reformen	71
4.2. Die März-Revolution in Herat 1979 und die Machtbestrebungen Hafizullah Amīns.....	77
4.3. 104 Tage unter der Regierung Amīn	82
5. Der afghanische Widerstand - Das Erstarren der islamistischen Opposition.....	84
5.1. Hintergründe, Motive und Entwicklung des islamistischen Widerstands	86
5.2. Die Peshawar-Opposition und die <i>muġāhidīn</i>.....	88
5.2.1. <i>Die sieben Peshawar-Parteien</i>	90
6. Die sowjetische Intervention in Afghanistan	93
6.1. Der Weg zum Invasionsbeginn am 24. Dezember 1979 und der Sturz Amīns	94
6.2. Motive für die Intervention und die Reaktion des Westens	100

6.2.1 Ideologische Motive	103
6.2.2 Geostrategische Motive	105
6.2.3. Die Intervention 1979 und die Invasion in der ČSSR 1968 im Vergleich	107
6.3. Die vier Kriegsphasen	108
6.3.1. Die erste Phase – Dezember 1979 bis Februar 1980.....	109
6.3.2. Die zweite Phase - März 1980 bis April 1985	111
6.3.3. Die dritte Phase – Mai 1985 bis Dezember 1986.....	118
6.3.4. Die Unterzeichnung des Genfer Abkommens	122
6.3.5. Die vierte Phase – Jänner 1987 bis Februar 1989	123
7. Afghanistan nach dem 15. Februar 1989 - Das Chaos blieb zurück.....	127
7.1. Ausblick auf die Folgejahre.....	129
8. Conclusio	132
9. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	140
9.1. Literatur	140
9.2. Internetquellen.....	142
10. Abstract	143

Einleitung

„Würden unsere Truppen dort wirklich helfen? In so einer Situation bringen Panzer und bewaffnete Fahrzeuge keine Sicherheit.“¹ Mit diesen Worten beschrieb KGB-Chef Jurij Andropov in einer Politbürositzung am 18. März 1979 die komplexe innenpolitische Situation Afghanistans, unmittelbar nach den verheerenden März-Aufständen in Herat gegen die kommunistische Regierung unter der *Demokratischen Volkspartei Afghanistan*. Die Bedenken Andropovs bewahrheiteten sich nur wenige Monate später. Die Auswirkungen der militärischen Intervention in Afghanistan sollten die innenpolitischen Entwicklungen des Landes und globalpolitische Dynamiken in der Zeit des Kalten Krieges nachhaltig prägen. Die gewünschte Stabilisierung der afghanischen Innenpolitik konnte durch den Einsatz sowjetischer Truppen nicht gewährleistet werden. Andropov hatte es befürchtet: Die Truppen konnten nicht helfen. Nach dem Abzug des letzten sowjetischen Soldaten versank Afghanistan erneut im Chaos.

Die jüngere Geschichte Afghanistans ist durchzogen von blutigen innenpolitischen Konflikten, die Auswirkungen auf das außenpolitische Umfeld und weitreichende Folgen für die historische Entwicklung des Landes hatten und bis in die Gegenwart haben. Nach der kriegerischen Durchsetzung der Unabhängigkeit des neugegründeten Staates vom Kolonialsystem Großbritanniens folgte im weiteren Verlauf eine starke Anlehnung an den nördlichen Nachbarn Russland beziehungsweise an die Sowjetunion. Diese Orientierung nach Norden wurde im Abschluss des Neutralitäts- und Nichtangriffspaktes von 1926 besiegelt und seitdem intensiviert. Der sowjetische Einfluss in Afghanistan wuchs, die wirtschaftliche und militärische Entwicklungshilfe wurde von Moskau ausgebaut. Mit der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit nahm auch die politische Indoktrination und Übernahme von marxistischer Ideologie zu. Diese wurde jedoch nur von der Bevölkerung der großen Städte und der Intelligenzija im Land rezipiert. Der überwiegende Teil der afghanischen Bevölkerung verblieb in traditionalistischen Strukturen und konnte wenig mit der Modernisierung in den Städten anfangen, verurteilte sie bis zu einem gewissen Maß sogar. Diese Asymmetrie zwischen Stadt und Land stellt ein großes Hindernis für die Zentralisierung des Landes dar und ist hauptverantwortlich für viele Konflikte innerhalb der Gesellschaft. Vor allem die

¹ "Transcript of CPSU CC Politburo Discussions on Afghanistan," March 17, 1979, History and Public Policy Program Digital Archive, TsKhSD, f. 89, per. 25 dok.1, ll. 1, 12-25. Online unter: <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113260> (17. Februar 2017)

kommunistische Regierung ging mit äußerster Härte gegen traditionalistische und religiöse Gruppen innerhalb der Bevölkerung vor, was einen Bruch zwischen dem afghanischen Volk und seiner Regierung zur Folge hatte und als Hauptauslöser für den afghanischen Bürgerkrieg gesehen wird. Dieser wiederum mündete schlussendlich in der sowjetischen Intervention von 1979.

Darüber hinaus beschreibt die Geschichte Afghanistans die Ursachen und Hintergründe der politischen und gesellschaftlichen Instabilität von der eigentlichen Staatsgründung bis in die Gegenwart sehr präzise und wirft somit immer wieder die Frage nach innenpolitischen Lösungskonzepten auf. Sämtliche Versuche, die gesellschaftlichen Gräben zu füllen und die afghanische Gesellschaft als Nation zu einen, scheiterten auf kurze oder lange Distanz schon an der Planung oder am Ehrgeiz von Eliten, die sich nicht in das jeweilige System eingliedern wollten. Von der Monarchie zum Parlamentarismus, zur autoritären präsidentiellen Republik anschließend zur Demokratischen Volksrepublik und schließlich zur Islamischen Republik, durchwanderte das afghanische Staatswesen in kürzester Zeit eine große Anzahl an verschiedenen Regierungsformen. Daher ist die politische, wie auch gesellschaftliche Instabilität kaum verwunderlich. Diese Instabilität wiederum beeinflusste die außenpolitischen Agenden und Beziehung zwischen den Supermächten im Kalten Krieg maßgeblich. Vor allem das Engagement der Sowjetunion in Afghanistan sollte zu etlichen Problemen führen. Sowohl innen- als auch außenpolitisch war sich Moskau seiner Rolle in Afghanistan zwar stets bewusst, konnte jedoch schwer damit umgehen und traf in letzter Konsequenz die falschen Entscheidungen, die schlussendlich ihren Teil zum Kollaps des sowjetischen Systems beitrugen. Die sowjetische Militärintervention, ihre Entstehung, Hintergründe und Folgen lassen dabei tiefe Einblicke in die Politik einer Zeit zu, in der eine Eskalation zwischen den Großmächten eine kriegerische Auseinandersetzung mit unvorhersehbarem Ausgang zur Folge gehabt hätte.

Im Fokus der Arbeit steht die Frage nach der historischen und innenpolitischen Entwicklung des afghanischen Staates seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Perspektive bildet die analytische Grundlage für die Frage nach der Entwicklung der afghanisch-sowjetischen Beziehungen und den Hintergründen und Motiven für die sowjetische Militärintervention. Auch die globalpolitischen Folgen und Reaktionen auf das militärische Einschreiten der UdSSR werden im Zuge dieser Arbeit erörtert. Es sollen dabei auch die Frage nach dem Einfluss der Intervention auf die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges beantwortet werden. Ebenso stelle ich in meiner Arbeit die Frage nach den politischen Entwicklungen in

Afghanistan nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und beleuchte dabei sowohl die politische, als auch die militärische Rolle der islamischen Widerstandsgruppen während und vor allem nach der militärischen Besetzung durch die Sowjetunion. Des Weiteren möchte diese Arbeit erläutern, aus welchem sozialen Umfeld sich der islamische Widerstand herausbildete, in welchen organisatorischen und politischen Strukturen sich die unterschiedlichen Gruppen organisierten und welche Bedeutung die Unterstützung von außen für diese Gruppen hatte.

Als grundlegende Fachliteratur zur historischen Entwicklung und ethnischen Zusammensetzung Afghanistans dienten mir Werke von Conrad Schetter und Wolfram Bernhard. Vor allem Schetters Monographie „Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan“ von 2003 war ein ausgezeichnetes Grundlagenwerk für das Verständnis der ethnischen Konzeption der afghanischen Gesellschaft in Verbindung mit ihrer historischen Entwicklung vom 16. Jahrhundert bis zur Herrschaft der *tālibān* zwischen 1996 und 1999 - im Kontext der Darstellung der Afghanischen Geschichte. Für die detaillierte Beschreibung der innerafghanischen Entwicklung im 20. Jahrhundert griff ich auf Autoren des englischen Sprachraums wie Henry Bradsher oder Thomas Hammond zurück, die beide grundlegende Studien zur politischen Entwicklung Afghanistans im 20. Jahrhundert unter dem Einfluss der Sowjetunion veröffentlicht haben. Auch William Maley stellt in seiner Chronologie zum Afghanistankrieg „The Afghanistan Wars“ aus dem Jahr 2002 die wichtigsten historischen Eckpunkte prägnant dar und gibt darüber hinaus auch einen Ausblick auf die Folgejahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen bis zur Machübernahme durch die *tāliban*.

In „A Long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan“ aus dem Jahr 2009, beschreibt der Autor Artemy M. Kalinovsky die vielschichtigen Entscheidungsprozesse der sowjetischen Führung im Afghanistankrieg. Dabei lässt der Autor die Rolle der Armee und des sowjetischen Geheimdienstes in der militärischen Auseinandersetzung in seiner Studie eher unbearbeitet. Der Fokus von Kalinovsky liegt vielmehr auf den politischen Entscheidungsträgern der Sowjetunion und den Schwierigkeiten, die die gefällte Interventionsentscheidung der sowjetischen Machtelite innen- und außenpolitisch bereitet. Der Autor führt in seiner Monographie die Schwierigkeiten an, die sich hinsichtlich der Quellensichtung und Recherche ergaben. Sowjetische Aktenbestände zu wichtigen politischen Entscheidungen im Afghanistankonflikt sind dabei im „Gorbachev Foundation Archive“ oder dem „Russian State Archive of Contemporary History“ nur teilweise verfügbar gewesen. Der äußerst beschränkte Zugang zu Primärquellen in russischen Archiven machte es für Kalinovsky äußerst schwierig, wichtige Aspekte der politischen Entscheidungen

innerhalb der Sowjetunion in den späten 80er Jahren darzustellen und musste daher von anderen Quellen, beispielsweise der Orla-History, oder Archivgut aus dem US-amerikanischen „National Security Archive“ kompensiert werden. Denn viele russische Archive bleiben bis zum heutigen Tag verschlossen.

Rodric Braithwaite schildert in seinem 2012 erschienen Werk „Afghansty. The Russians in Afghanistan 1979-89“ die Situation der sowjetischen Truppen äußerst detailliert und war unter anderem bei der Bearbeitung der Fragestellung zu den Ereignissen kurz vor der sowjetischen Invasion äußerst hilfreich. Aber auch wie Kalinovsky hatte der Autor immer noch große Schwierigkeiten, auf wichtige Primär-Quellen zuzugreifen. Braithwaite kritisiert vor allem die selektive Vorgehensweise der russischen Behörden bei der Veröffentlichung von KGB-Geheimakten, die bis in die Gegenwart nicht vollständig zugänglich sind und teilweise noch immer unter Verschluss gehalten werden. Somit können wichtige Fragen zum Einfluss des KGB auf die afghanische Regierung und seine Rolle im militärischen Konflikt bis heute nicht restlos geklärt werden. Auf Grundlage von russischen Archivakten und Interviews, die Braithwaite vor allem aus den Archivbeständen der „Gorbachev Foundation“ und des Wilson Center in Washington D.C. aber auch unter Miteinbezug von russischen Zeitzeugenberichten und Monographien, wie „The Tragedy and Glory of the Afghan War“ des ehemaligen sowjetischen Generals Aleksander Lyakhovski aus dem Jahr 1995 bezog, zeichnet der Autor ein kritisches Bild der sowjetischen Perspektive im Afghanistankonflikt.

Besonders möchte ich die Studie „Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskau Afghanistankonflikt“ von Pierre Allan und Peter Kläy erwähnen. Die beiden Autoren setzen sich in ihrem Buch vor allem mit der sowjetische Perspektive des Afghanistankonflikts auseinander und rücken die Rolle von sozialistischer Ideologie und Bürokratie in den Fokus ihrer Untersuchung. Auf Basis von Inhalten aus verschiedensten, vorwiegend aber sowjetischen und russischen Primärquellen, analysierten die Autoren die Vorgänge und politische Entscheidungen, sowohl in Moskau als auch in Kabul und fügten ihre Analyse in den globalpolitischen Kontext des Kalten Krieges. Im Vergleich mit Allan & Kläys Arbeit, die auch die afghanische Perspektive beleuchtet, soweit die Quellenlage es zugelassen hat, bemühte sich Braithwaite, in seiner Monographie Parallelen zur gegenwärtigen Konfliktsituation in Afghanistan zu ziehen. Er analysierte diese unter Miteinbezug von Kriegserfahrungen, die auch Großbritannien im Zuge der ISAF-Mission in Afghanistan machte. Beide Werke widmen sich hinsichtlich der Auswirkungen

der militärischen Intervention mehr der sowjetischen Gesellschaft als der afghanischen und stellen dabei ein eher asymmetrisches Bild des Konfliktes dar.

Vergleicht man nun die Veröffentlichungen in den Jahren 1999 bis 2012, so ist festzustellen, dass die Quellenbasis, auf der die jeweiligen Monographien aufbauen, in diesem langen Zeitraum keine signifikanten Änderungen aufweist und faktisch unverändert blieb. Die Autoren bezogen ihre Informationen zum größten Teil aus denselben Primärquellen und Dokumenten und präsentieren dadurch teilweise nahezu idente Forschungsergebnisse.

Das erste Kapitel meiner Arbeit befasst sich mit der topographischen Beschaffenheit Afghanistans und der verschiedenen ethnischen Gruppen der afghanischen Gesellschaft und soll die Grundzüge der soziokulturellen Entwicklung im Zusammenhang mit der multiethnischen Gesellschaft des Landes beschreiben. Die afghanische Bevölkerung ist in Bezug auf kulturelle Praxis, Tradition und Herkunftsverständnis besonders heterogen. Gerade diese Heterogenität spielt für politische und historische Entwicklungsprozesse eine entscheidende Rolle und war sowohl Hindernis als auch förderlich für die Staatswerdung. Kapitel 2 widmet sich der Entstehungsgeschichte des afghanischen Staats bis zur April-Revolution 1978, wobei hierbei ein Hauptaugenmerk auf den Hintergründen des wachsenden sowjetischen Einflusses, der Gründung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und den historischen Hintergründen dazu liegt. Weiters stellt dieses Kapitel die Frage nach der globalpolitischen Rolle, die Afghanistan vor der Intervention durch die Sowjetunion gespielt hat und welche Dynamiken die Abhängigkeit von Russland und der Sowjetunion ausgelöst und gefördert haben. Kapitel 3 und 4 analysieren den Zeitraum kurz vor der Invasion durch die Sowjetunion und erfassen bei der Analyse sowohl die afghanische, als auch die sowjetische Perspektive. Kapitel 5 widmet sich der Entstehung, Organisation und Struktur des islamistischen Widerstands und dessen ideologischen Grundlage. Ebenso werden die Fragen nach der Unterstützung durch außenstehende Länder und der Zielsetzung der Widerstandsparteien geklärt werden. Dieses Kapitel soll ferner auch einen Überblick über die Entwicklung und organisatorische Struktur der sieben wichtigsten Gruppen im bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetunion bieten. Kapitel 6 analysiert die vier Phasen der militärischen Intervention mit einem Schwerpunkt auf der sowjetischen Perspektive. Es soll vor allem die Frage nach den Auswirkungen auf die innen- und globalpolitischen Agenden der Sowjetunion beantworten. Aber auch die afghanische und globalpolitische Perspektive wird in die Analyse des Zeitraums zwischen 1979 und 1989 einfließen und so eine möglichst konkrete Gesamtübersicht über die Ereignisse bieten, die mit dem militärischen Einschreiten verbunden waren. Desweiteren wird der Inhalt der

Genfer Verträge erläutert und in ihrem historischen Kontext kritisch analysiert. Kapitel 8 bietet einen kurzen Ausblick auf die Folgejahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und führt auch Überlegungen zum Kollaps der Sowjetunion und die Mitverantwortung der Afghanistanoffensive für ebendiesen aus. Es soll, auf der inhaltlichen Grundlage dieser Arbeit aufbauend, die politische Entwicklung der frühen 1990er in Afghanistan interpretieren und deren Relevanz für politische Diskurse in der Gegenwart aufzeigen. Die Zusammenfassung und Ebenso versucht sie aus Sicht der Gegenwart eine Interpretation der bewegten Ereignisgeschichte Afghanistans anzustellen, um gegenwärtige Geschehnisse und kriegerische Konflikte in der Region besser einordnen zu können. Sämtliche Namen kyrillischer Schreibweise wurden nach der Norm DIN 1460 (1982)² transliteriert. Persische Termini wurden nach Alavin & Lorenz (1994) transkribiert. Topographische Namen (wie Hindukusch oder Kabul), die auch im deutschen Sprachgebrauch geläufig sind, wurden nicht transkribiert. Einige Ethnonyme wurden mit einem deutschen Suffix versehen, so zum Beispiel täğik-isch oder Paštū-nen.

² https://www.uni-oldenburg.de/fileadmin/user_upload/slavistik/download/Transliterationstabelle.pdf (15. Februar 2017)

1. Die topo- und ethnographische Ausgangslage in Afghanistan

Afghanistan als ethnischen und, hinsichtlich seiner sozialen Konzeption, einheitlichen Nationalstaat zu betrachten, ist in den alltäglichen, medialen Berichterstattungen keine Seltenheit. Gerade diese Betrachtungsweise lässt eine Vielzahl an RezipientInnen diverser Artikel, Beiträge und Reportagen jedoch nicht das grundlegende Problem der afghanischen Gesellschaft und das daraus resultierende Scheitern etlicher westlicher Interventionen erkennen. Afghanistan ist bis in die Gegenwart als „staatenloser Staat“ zu sehen, der eine Vielzahl an autonom agierenden Ethnien und Gesellschaften birgt.³ Dieses Charakteristikum der „Staatenlosigkeit im Staat“ wird in Afghanistan durch zwei wichtige Faktoren bedingt. Einerseits durch die topographische Beschaffenheit der afghanischen Landschaft und andererseits durch die ethno-kulturelle Zusammensetzung der darin heimischen und größtenteils autarken Zivil- und Stammesgesellschaften, die sich zum größten Teil in tribalen Strukturen selbst organisieren und die staatlichen Institutionen der Zentralregierung(en) kaum wahrnehmen beziehungsweise einen „Staat Afghanistan“ bis heute nicht anerkennen.⁴

1.1. Die Topographie und staatliche Raumorganisation Afghanistans

Das Binnenland Afghanistan erstreckt sich über eine Fläche von 652.225 Quadratkilometern.⁵ Afghanistan besteht in seinem Kern aus dem Hindukusch, einem Bergmassiv, das den westlichen Ausläufer des Himalaya bildet. Der Hindukusch ist im Norden, Westen und Südwesten von Ebenen umringt, die wie im Norden entweder aufgrund der Gebirgslage oder, im Fall der Ebenen im Westen, Südwesten und im Osten, zum größten Teil aus Wüstengebieten bestehen und daher nicht bewohnbar sind.⁶ Dabei bildet die breite Flussebene des Amu Darya die Nordgrenze des Landes.⁷

Auch der Hindukusch mit seinen über 6.000 Meter hohen Gipfeln bietet wenig Platz zur

³ Vgl. Werner *Biermann*, Arno *Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft (Köln 2002) 111.

⁴ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 111.

⁵ Vgl. Conrad *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans (Beck'sche Reihe 1574, München 2004) 18.

⁶ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation? 111.

⁷ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 18.

Ansiedelung. Fast die ganze Landschaft von Zentral- und Ostafghanistan wird von Hochländern und Gebirgen durchzogen und von diesen landschaftlich geprägt.⁸

Die Dominanz an Gebirgsregionen stellt seit jeher ein Hindernis für die Durchsetzung von Herrschaft und Zentralisierungsbestrebungen dar, denn die Gebirge bieten oppositionellen Kräften besten Schutz und Rückzugsräume und ebenso eine Ausgangsbasis für einen über Jahre lang geführten Guerillakrieg.⁹ Die Provinzen Jalalabad und Pakita im Osten des Landes stellen insofern eine klimatische Ausnahme dar, als diese aufgrund der Niederschläge des indischen Monsuns weniger Trockenheit aufweisen.¹⁰ Neben seiner Lage in den gebirgigen Ausläufern des großen zentralasiatischen Hochgebirges befindet sich Afghanistan auch im sogenannten „altweltlichen Trockengürtel“.¹¹ Diese klimatische Zone, in der die meiste Zeit des Jahres starke Aridität herrscht, bestimmt die Flora der Landschaft. Wüsten, Steppen und vereinzelte Waldgebiete prägen das Landschaftsbild. Wasser, als Grundlage für menschliches Leben und Wirtschaften, ist auf dem gesamten Staatsgebiet Afghanistans nur spärlich vorhanden.¹² Niederschläge sind an der pakistanischen Grenze häufig und nehmen in Richtung Westen tendenziell ab, wobei im Norden und im Südwesten die geringsten Mengen fallen.¹³

„Infolge der [...] Binnenlage und der [...] großen Höhen über dem Meeresspiegel tritt die Winterkälte hinzu, die in weiten Teilen des Landes [...] eine längere Vegetationspause bedingt.“¹⁴

Die staatliche Raumorganisation war in der Geschichte des Landes von steten Änderungen gezeichnet. Diese Inkonsistenz hinsichtlich der Staatswerdung Afghanistans war und ist bis in die Gegenwart vor allem von der Dualität und dem Konkurrenzkampf zwischen dem „Versuch einer Zentralregierung“ und regionaler und lokaler Autoritäten geprägt.¹⁵ Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts spielte das Machtinteresse lokaler Eliten, Stammesoberhäupter und mehr oder weniger unabhängiger Provinzgouverneure, die gänzlich gegen die Idee zur Installation einer Zentralgewalt im Land handelten, eine zentrale Rolle in der räumlichen Gliederung des Landes.¹⁶

⁸ Vgl. Erwin Grötzbach, Afghanistan. Eine geographische Landeskunde. In: Storkerbaum, Werner (Hg.): Wissenschaftl. Länderkunden. Bd.37 (Darmstadt 1990) 1.

⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 20.

¹⁰ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 19.

¹¹ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 1.

¹² Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 1.

¹³ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 25.

¹⁴ Grötzbach, Afghanistan, 1.

¹⁵ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 1.

¹⁶ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 15f.

„Nach wiederholten Änderungen von Zahl und Abgrenzung der Provinzen brachte schließlich die große Gebietsreform von 1964 eine neue administrative Gliederung, die [...] bis heute beibehalten worden ist.“¹⁷

Im Zuge der großen Gebietsreform und der Einführung einer neuen Verfassung im Jahr 1964 wurde die Zahl der Provinzen auf 28 erhöht. Diese Erweiterung des Provinzsystems wurde unter anderem mit der voranschreitenden Verkehrserschließung und der damit verbundenen Zunahme von Verwaltungsaufgaben begründet. Die Provinzen wurden je nach Größe und politisch-ökonomischer Bedeutung in drei hierarchische Grade eingestuft.¹⁸ Einen Überblick über die räumliche Verwaltungsgliederung bietet die Karte in Abbildung 1.



Abb.1¹⁹

Der größte Teil der Bevölkerung lebt in landwirtschaftlichen Gunsträumen, die auf afghanischem Gebiet sehr rar sind und sich in den meisten Fällen als Oasen oder Täler rund um Flüsse bildeten.²⁰ Die wenigen bewohnten und fruchtbaren Täler im Hindukusch sind wirtschaftlich weitgehend

¹⁷ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 15.

¹⁸ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 15.

¹⁹ http://www.bundesheer.at/misc/image_popup/ImageTool.php?strAdresse=/ausf/isaf/images/afg_map.png&intSeite=1600&intHoehe=900&intMaxSeite=1600&intMaxHoehe=845&lnFremd=1 (26. Dezember 2016)

²⁰ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 19.

autark, da der Weg in die großen Städte wie Kabul, Kandahar oder Masar-e-Scharif nur über beschwerliche und kaum befestigte Passstraßen führt.²¹ Die große Ringstraße, die das Bergmassiv des Hindukusch umringt und die Hauptstädte Afghanistans miteinander verbindet, ist eine der wenigen asphaltierten Straßen des Landes. Sie bietet auch Verbindungen in das pakistanische Quetta und Peschawar, das vor allem für den islamistischen Widerstand eine große Rolle spielen wird, sowie in die tadschikische Hauptstadt Duschanbe.²²

1.2. Ethnographische Gliederung und das Problem der Demographie

Die geographischen Verhältnisse in Afghanistan bestimmen die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Landes.²³ Vollständige und aussagekräftige Daten zu demographischen Erhebungen und aus systematischen Bevölkerungszählungen für das gesamte afghanische Staatsgebiet sind selten. Die erste systematische Volkszählung wurde erst im Jahr 1965 durchgeführt und beinhaltet nur die Hauptstadt Kabul, einschließlich der Vororte.²⁴ Die Zählung, die für das Jahr 1978 unter Mithilfe von Experten der Vereinten Nationen durchgeführt werden sollte, musste aufgrund der politischen Geschehnisse im Land auf 1979 verschoben werden.²⁵ Die in diesem Jahr durchgeführten Zählungen setzten sich aus geschätzten und effektiven Zählwerten zusammen und fielen dadurch regional stark unterschiedlich aus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das durch die USA unterstützte „Afghan Demographic Studies Project“ (ADS) führten zwischen 1950 und Mitte der 1970er Jahre umfangreiche Stichprobenerhebungen durch, deren Ergebnisse teilweise stark auseinanderklafften.²⁶ Beispielsweise schätzte das ADS im Jahr 1973 die afghanische Bevölkerung auf 11 bis 13 Millionen Menschen, während Schätzungen der UNO eine Gesamtbevölkerungsanzahl von über 17 Millionen Menschen annahmen.²⁷ Fluchtbewegungen, fehlende Registrierung der nomadischen Population und politische Manipulation der Zahlen bergen bis heute große Probleme bei der Interpretation der vorliegenden

²¹ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 112.

²² Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 112f.

²³ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 113.

²⁴ Vgl. *Grötzbach*, Afghanistan, 56.

²⁵ Vgl. *Grötzbach*, Afghanistan, 56.

²⁶ Vgl. *Grötzbach*, Afghanistan, 57f.

²⁷ Vgl. *Grötzbach*, Afghanistan, 57.

Bevölkerungszahlen von Seiten der zuständigen afghanischen Behörden.²⁸ Die afghanische „Central Statistics Organization“ (CSO) geht in einer Veröffentlichung für das Jahr 2016/2017 von einer Bevölkerungsanzahl von 29,2 Millionen Menschen aus.²⁹ Davon werden 15 Millionen Männer und 14,2 Millionen Frauen angenommen. Im Jahr 1979, kurz vor der großen Fluchtbewegung im Zuge der sowjetischen Intervention, gingen offizielle Stellen von einer afghanischen Gesamtbevölkerungszahl von fast 14 Millionen Menschen aus.³⁰ Artikel 1 der afghanischen Verfassung aus dem Jahr 1964 betrachtet all jene Menschen der afghanischen Nation zugehörig, die auch eine afghanische Staatsbürgerschaft besitzen.³¹ Auf den ersten Blick scheint diese Formulierung zwar eine gewisse Redundanz aufzuweisen, jedoch prägt und charakterisiert gerade der Begriff der „Individuen“ die afghanische Gesellschaft wahrscheinlich am besten. Denn Afghanistan ist, noch bevor dieses Land als Nationalstaat gesehen werden darf, ein Land, geprägt von einem hohen Maß an Multiethnizität, das über Jahrhunderte hinweg ein komplexes Netzwerk an „Mikro-Gesellschaften“ entwickelt hat.³² Innerhalb der Staatsgrenzen Afghanistans findet sich eine Vielzahl an Sprachen, Ethnien und Religionen, wobei selbst der Islam mit seinen eigenen heterogenen Strömungen meist kein einigendes Element der afghanischen Zivilgesellschaft darstellt.³³ Die Erstellung einer Ethnographie für Afghanistan anhand sprachlicher Merkmale ist aufgrund der generellen sprachlichen Einheitlichkeit der großen Ethnien relativ einfach zu erstellen. Um einiges schwieriger wird es, wenn die verschiedenen ethnischen Unterschiede im Hinblick auf die Konfessionen herausgearbeitet werden sollen.³⁴ Zudem kommt die Schwierigkeit des Unverständnisses der afghanischen Gesellschaft hinsichtlich einer ethnischen Kategorisierung und Selbst-Klassifizierung zum Tragen.

„Das Konzept einer homogenen Klassifizierung der gesamten afghanischen Bevölkerung in Ethnien entspricht einem okzidentalen Konstrukt, für das es in Afghanistan [...] keine autocht(h)one Entsprechung gibt.“³⁵

Im Fall einer ethnischen Klassifikation der afghanischen Bevölkerung spielt vor allem der Einfluss von „wissenschaftlicher Oktroyierung“ bestimmter Merkmale von außen, um Stämme und

²⁸ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 57f.

²⁹ <http://www.cso.gov.af/en/page/demography-and-socile-statistics/demograph-statistics/3897111>. (29. Dezember 2016)

³⁰ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 57.

³¹ Vgl. William Maley, The Afghanistan Wars, (Basingstoke, 2002) 8.

³² Maley, The Afghanistan Wars, 8f.

³³ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 21.

³⁴ Vgl. Grötzbach, Afghanistan, 65.

³⁵ Conrad Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan (Berlin 2003) 221.

Gruppen im wissenschaftlichen Diskurs besser zusammenfassen zu können, eine entscheidende Rolle. Diese externen Einflüsse müssen bei der Frage nach der Ethnisierung einer Gesellschaft wie der afghanischen immer wieder in den Vordergrund der Untersuchungen gerückt werden.³⁶ Denn ein Großteil der ethnischen Kategorien sind von außen fremdbestimmt. Vor allem die Tağiken sind ein Sammelbegriff für eine Vielzahl an unterschiedlichen Ethnien, der von westlichen EthnologInnen und AnthropologInnen eingeführt wurde. Ein Tağike sieht sich meist nicht der tağikischen Ethnie angehörig, sondern orientiert seine Zugehörigkeit meist daran, ob er Paštūne ist oder nicht.

„In der Überbetonung der ethnischen Identitäten wird zudem leicht vergessen, dass für die meisten Afghanen lokale, tribale und familiäre Bezüge weitaus wichtiger sind als eine gemeinsame ethnische Identität.“³⁷

Primäre Abgrenzungsparameter hinsichtlich der Definition von ethnischen Kategorien in Afghanistan sind unter anderem die Konfession, die Sprache, die physische Anthropologie oder die Lebens- und Wirtschaftsweise.³⁸ Unter Beachtung dieser Faktoren lassen sich für Afghanistan zwölf ethnische Großgruppen, geordnet nach der Anzahl ihrer Mitglieder, differenzieren.³⁹ Es ist dabei zu beachten, dass außer bei den Paštūnen und den Hazāra kaum eine bindende Identifikation innerhalb der anderen Gruppen mit der individuellen Ethnie vorherrscht. Die Abgrenzungen voneinander werden den einzelnen Gruppen vor allem von außen zugeschrieben.

Die zwölf ethnischen Hauptgruppen sind

- Paštūnen
- Tāğiken
- Hazāra
- Uzbeken
- Aīmāg
- Turkomānen
- Balūčen
- Brahui
- Qizilbasch

³⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 122.

³⁷ Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 23.

³⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 123.

³⁹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 123f.

- Nūristānī
- Pašaī
- Arab

Neuere kultur- und sozialanthropologische Studien und Arbeiten weisen auf eine größere Anzahl an verschiedenen Gruppen und eine breitere Heterogenität hin, jedoch sind sie für die Thematik und die Fragestellung dieser Arbeit von keiner besonderen Relevanz und werden daher nicht erwähnt. Das Hauptaugenmerk bezüglich einer näheren Beschreibung der einzelnen Gruppen liegt auf den historisch wichtigsten und größten. Vor allem die Paštūnen spielen eine wichtige Rolle in der historischen Entwicklung Afghanistans.

1.2.1. Paštūnen

Im Hinblick auf eine ethnische Betrachtungsweise der afghanischen Bevölkerung stellt die Gruppe der Paštūnen die größte Gruppe und im globalen Vergleich auch die zahlenmäßig größte Stammesgesellschaft dar.⁴⁰ Ungefähr 12 Millionen Menschen in Afghanistan werden zur ethnischen Gruppe der Paštūnen gezählt, die zu einer Hälfte im Süden und Osten Afghanistans und zur anderen in Pakistan leben.⁴¹ Sie machen mit 40 bis zu 50 Prozent den größten Teil der afghanischen Gesamtbevölkerung aus.⁴² Die Betrachtung der sozialen Gesellschaft der Paštūnen unter Berücksichtigung tribaler Merkmale, ist für den historischen Aspekt dieser Arbeit von äußerster Notwendigkeit,

„[...] da die Geschichte Afghanistans bis hin zu den jüngsten Entwicklungen der *tālibān* nur vor dem Hintergrund der paštūnischen Gesellschaftsordnung verständlich ist.“⁴³

Einigende Elemente der Paštūnen sind die sunnitische Glaubensausrichtung, die sie von den schiitischen Hazāra abgrenzt, das Paschtu als eigene Sprache und ein eigener Stammes- und Ehrenkodex.⁴⁴ Diese Stammesethnie sieht sich als das eigentliche „afghanische Volk“ an. Dieser

⁴⁰ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 23.

⁴¹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 134.

⁴² Vgl. <http://www.umsl.edu/services/govdocs/wofact2008/geos/af.html> (19. Dezember 2016)

⁴³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 135

⁴⁴ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans 24.

Umstand wird insofern verstärkt, als im afghanischen Sprachgebrauch der persische Fremdbegriff „Afghane“ synonym für „Paštūnen“ steht und im alltäglichen afghanischen Sprachgebrauch Verwendung Eingang gefunden hat.⁴⁵ Die paštūnische Stammesgesellschaft setzt sich aus mehreren Stämmen zusammen, die teilweise in Stammeskonföderationen auch nicht- paštūnen Stämme mit den Paštūnen vereinen.⁴⁶ Beispielhaft hierfür sei die Konföderation mit den Durrani in Süd- und den Ghilzai in Ostafghanistan genannt.

„Die paštūnische Gesellschaft ist [...] durch Gleichheit und Souveränität ihrer männlichen Mitglieder bestimmt. [...] Der ungeschriebene Ehren- und Rechtskodex, das *paštūnwālī*, regelt das Zusammenleben der Paštūnen, wengleich [...] das *paštūnwālī* im 20. Jahrhundert seinen zwingenden Charakter für die urbanen Paštūnen verlor.“⁴⁷

Dieses Ehren- und Rechtssystem bildet ebenso wie die Idee einer „nationale Ideologie“ eine explizite Abgrenzung der Paštūnen von „Nicht- Paštūnen“ und erzeugt eine Art „paštūnisches Wir-Gefühl“ als eine Art nationale Identität innerhalb der ethnischen Strukturen.⁴⁸ Das *paštūnwālī* ist insofern einer kritischen Betrachtungsweise zu unterziehen, als dieses Gesetz von einer immanenten Bedrohungslage der paštūnischen Identität, der Stammes-, Clan- und Lebensgemeinschaft ausgeht.⁴⁹ Die Welt außerhalb der paštūnischen Solidaritätsgemeinschaft wird innerhalb der gemeinsamen Ideologie als feindlich wahrgenommen.⁵⁰ Aufgrund dessen ist es die Pflicht eines jeden männlichen Paštūnen, sich von dieser ständigen Bedrohung durch seine eigenen Taten positiv abzuheben.⁵¹ Eine große Rolle für diese „positiven Taten“ spielt der Begriff *nang*, der „Ehre“ bedeutet.

„*Nang* erwirbt ein Paschtune, indem er die Grundfesten der paštūnischen Gesellschaft schützt.“⁵²

Eine zentrale Rolle im *paštūnwālī* nimmt der Begriff *nāmūs* ein. Diese Begrifflichkeit lässt sich als „Verteidigung von Frau und Territorium“ übersetzen.⁵³ Als Subkategorie des paštūnischen Ehren-Begriffs nimmt *nāmūs* insofern einen hohen Stellenwert im moralischen Leben der

⁴⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans 24.

⁴⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans 25.

⁴⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 25.

⁴⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 135

⁴⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 25.

⁵⁰ Vgl. Schetter, Ethnizität, 140f.

⁵¹ Vgl. Alfred Janata, Reihanodin Ghairatman *Hassas*, – Der gute Paschtune. Exkurs über die Grundlagen des Paschtunwali. In: Afghanistan Journal 2 (Heft 3 1975) 85.

⁵² Schetter, Ethnizität, 138.

⁵³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 140.

Paštünen eine, als die weiblichen Stammesmitglieder die Sicherung der Existenz und des Fortbestandes der Gruppe darstellen.⁵⁴ Hinsichtlich der Rolle der Frau in der paštünischen Stammesgemeinschaft ist wichtig zu erwähnen, dass die Ehre des Mannes ebenso vom Verhalten der Frau abhängig und dadurch auch verwundbar ist.⁵⁵ Sobald der Verdacht einer Verletzung der moralischen Integrität des Mannes vermutet wird, muss dieser dem Verdacht nachgehen und unter Berücksichtigung des *paštūnwālī* gegebenenfalls Handlungen zur Sanktion setzen.⁵⁶ Zum Schutz des *wātan* (dt. „Heimat“) ist der paštünische Mann ebenfalls verpflichtet. Die moralischen Vorstellungen des Korans und des *paštūnwālī* bilden in der Lebenswelt der Paštünen zwei miteinander konkurrierende Normen- und Wertesysteme, obgleich sich beide in der gelebten paštünischen Praxis bedingen oder teilweise ergänzen.⁵⁷ Dabei wird vor allem das patriarchale Wertesystem des Islams als Bestätigung und Legitimation des *paštūnwālī* angesehen.⁵⁸ Dennoch finden sich bezüglich der Stellung der Frau und im Konzept des Strafvollzugs unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem Islam und dem *paštūnwālī*, die in der Eigeninterpretation der Paštünen im Islam begründet, jedoch nach paštünischen Vorstellung ausgeführt und grundsätzlich radikaler gelebt werden.⁵⁹ Eine Moralvorstellung, die von Absoluten geprägt und ihre Darstellung in der Farbmethapher „Weiß-Schwarz“ findet, entspricht einem bipolaren Modell von „honour and shame“ und gilt als Grundlage für das Rechts- und Ehrenverständnis der Paštünen.⁶⁰ Weiterreichende Überlegungen zu einer ausdifferenzierten Vorstellung von „Recht und Unrecht“ sind vor allem in den peripheren Einflussgebieten der paštünischen Ideologie kaum zu finden. Der „Islam mit paštünischer Prägung“ spielt vor allem in der Ideologie und der Organisation *tālibān* eine entscheidende Rolle und hatte auch große Auswirkungen auf deren gesellschaftlichen Einfluss und Verankerung.⁶¹

„Trotz der [...] komplizierten Ethnogenese der Pashtunen, fühlen sich die Pashtunen als ethnische [...] Einheit. Entsprechend der genealogischen Verzweigungen sind sie jedoch in eine verwirrende Vielzahl von Stämmen und Untergruppen gegliedert.“⁶²

⁵⁴ Vgl. Schetter, Ethnizität, 140.

⁵⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 25.

⁵⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 25.

⁵⁷ Vgl. Donald Wilber, Afghanistan. Its People, its Society, its Culture (New Haven 1962) 115.

⁵⁸ Vgl. Willi Steul, Paschtunwali. Ein Ehrenkodex und seine rechtliche Relevanz. In: Beiträge zur Südasiensforschung 54 (Wiesbaden 1981) 246.

⁵⁹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 142f.

⁶⁰ Vgl. Schetter, Ethnizität, 141.

⁶¹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 521.

⁶² Wolfram Bernhard, Ethnische Anthropologie von Afghanistan, Pakistan und Kashmir (Stuttgart/New York 1991) 49.

1.2.2. Tāğiken

Die Gruppe der Tāğiken stellt die zweitgrößte ethnische Gruppierung in Afghanistan dar. Sie konzentriert sich auf die Region Herat und in Nordostafghanistan, ist jedoch in nahezu allen Gebieten des Landes und vor allem in den großen Städten zu finden.⁶³ Die Bezeichnung „Tāğik“ gilt als Ethonym mit funktionaler Bedeutung und bezieht sich auf eine Exklusionspopulation.⁶⁴ Der Begriff ist fremdbestimmt, entspricht also nicht einer historisch gewachsenen Selbstbezeichnung einer Gruppe. Er wird für diejenigen Menschen in Afghanistan verwendet, die sich explizit keiner ethnischen Gruppe zuordnen lassen. Alle sunnitischen, Persisch sprechenden Einwohner Afghanistans werden in der ethnischen Kategorie der Tāğiken zusammengefasst.⁶⁵ Daher beinhaltet dieser Terminus

„[...] eine Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen. Er bedeutet: Kein Paštūne, [...] usw. Es sind negative Merkmale, die den Begriff Tadschike bestimmen, und darum ist es auch nicht möglich, die Tadschiken als eine eigenständige große Ethnie oder als ein Volk zu bezeichnen. Alle, die zu keiner der bekannten Ethnien gehören, werden Tadschiken genannt.“⁶⁶

Wichtig ist, dass die ethnische Kategorie der „Tāğik“ eine rein theoretische ist, die sich in keinerlei kultureller Lebenspraxis und Tradition der afghanischen Bevölkerung manifestiert.⁶⁷ Ein bedeutender Anteil an Intellektuellen und Wirtschaftstreibenden hat sich bis zur sowjetischen Intervention 1979 aus den Reihen der Tāğiken gebildet.

1.2.3. Hazāra

Die Hazarās grenzen sich aufgrund der turk-mongolischen Charakteristik ihres Aussehens, der schiitischen Konfessionszugehörigkeit und ihrer eigenen Sprache, dem persisch-mongolischem

⁶³ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 27.

⁶⁴ Vgl. Schetter, Ethnizität, 144.

⁶⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 26.

⁶⁶ Peter Snoy, Die ethnischen Gruppen In: Bucherer-Dietschi, Paul/Jentsch, Christian (Hg.): Afghanistan Ländermonographie. Schriftenreihe der Stiftung Bibliotheca Afghanica Bd.4 (Liestal 1986) 139.

⁶⁷ Vgl. Schetter, Ethnizität, 144.

Idiom Hazāragī von anderen ethnischen Gruppen Afghanistans ab.⁶⁸ Diese Gruppe war bis in die 1950er Jahre westlich von Kabul in Zentralafghanistan, dem Hazāragāt, konzentriert und gilt bis heute als eine Gruppe, die am meisten unter den repressiven Maßnahmen und der Diskriminierung verschiedener afghanischer Regierungsgruppen litt.⁶⁹ Ein weiteres kategorisches Merkmal der Hazarā bildet die nicht klar gezogene ethnische Abgrenzung von der Gruppe der Tāğiken.

„So gibt es Individuen, deren Bräuche überwiegend den der Hazarā entsprechen, jedoch Sunniten sind. Solche Individuen gehören [...] aus ethischer Sichtweise in den Grenzbereich zwischen den Kategorien Hazara und Tadschiken.“⁷⁰

1.2.4. *Uzbeken*

Die Uzbeken sind nach absoluten Zahlen die stärkste türkische Bevölkerungsgruppe in Afghanistan und bilden die Hauptgruppe im Norden des Landes.⁷¹ Sie sind Sunniten und sprechen das zentraltürkische Idiom Usbaki.⁷² Die in Afghanistan lebenden Uzbeken unterscheiden sich hinsichtlich ihrer kulturellen Traditionen und bezüglich ihrer gemeinsamen Herkunft nicht von der gleichnamigen Gruppe, die in den angrenzenden Gebieten Russlands leben.⁷³ Die Eingliederung in die multi-ethnische Gesellschaft Afghanistans wurde im 19. Jahrhundert durch die Paštūnen vorgenommen, die die kleinen „Uzbeken-Staaten“ eroberten.⁷⁴

⁶⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 146.

⁶⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 27.

⁷⁰ Schetter, Ethnizität, 147.

⁷¹ Vgl. Bernhard, Ethnische Anthropologie, 156.

⁷² Vgl. Schetter, 2004. S.27.

⁷³ Vgl. Bernhard, Ethnische Anthropologie, 156.

⁷⁴ Vgl. Bernhard, Ethnische Anthropologie, 156.

2. Die historische Entwicklung Afghanistans – vom Friedensvertrag von Rawalpindi bis 1978

Afghanistan wird in der westlichen Geschichtsschreibung als militärisches und wirtschaftliches Durchgangsland beschrieben.⁷⁵ Dieses Attribut erhielt das Land vor allem aufgrund seiner historischen Entwicklung bis ins 16. Jahrhundert. Diese war von einer starken Fluktuation von Reichen und Herrschaftsstrukturen geprägt, die nur wenige Generationen Bestand hatten und kurz nach deren Gründung wiederum von nachkommenden Nomadenvölkern zerstört wurden.⁷⁶ Afghanistan galt für ebendiese Völker als Zwischenstation auf ihrer Reise auf den indischen Subkontinent.⁷⁷

Der Begriff „Afghanistan“ etablierte sich erst im 19. Jahrhundert. Davor stellte das zentralasiatische Land einen „weißen Fleck“ auf den von der Kolonialisierung geformten Landkarten der ehemaligen Großmächte dar. Aufgrund der im vorherigen Kapitel beschriebenen Faktoren, wie der Multi-Ethnizität der BewohnerInnen und der äußerst heterogenen topographischen Begebenheiten entzog sich das Gebiet des heutigen Afghanistan lange Zeit sämtlicher Einflussnahme durch die kolonialen Großmächte.⁷⁸ Im Zuge des „Great Game“, einem Begriff, der vor allem vom britischen Autor Rudyard Kipling in seinem Roman *Kim* geprägt wurde⁷⁹, intensivierten sowohl Russland als auch Großbritannien im 19. Jahrhundert ihr Engagement in Zentralasien. Beide damaligen Großmächte hatten unterschiedliche Interessen und Pläne im zentralasiatischen Raum, die sich in der jeweiligen Vormachtstellung auf afghanischem Territorium am besten durchsetzen ließen. Russlands Absicht war es, einen direkten Zugang zu einem „warmen Meer“ zu erlangen, während Großbritannien Afghanistan als „Schutzschild“ und „geografischen Puffer“⁸⁰ gegen Russland und für den eigenen Einflussbereich in Indien sah.⁸¹ Das britische Kolonialreich in Indien, der Raj, bildete aufgrund der Steuereinnahmen und Absatzmärkte in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einen wichtigen Teil des britischen Empires.⁸² Russland wurde insofern als immanente Bedrohung für das Aufrechterhalten der britischen Kolonien wahrgenommen, als mit dem russisch-persischen Krieg (1827-1828) und dem

⁷⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 29.

⁷⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 29.

⁷⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 29.

⁷⁸ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 55.

⁷⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 55.

⁸⁰ Vgl. Biermann/Klönne, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 109.

⁸¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 55.

⁸² Vgl. Biermann/Klönne, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 109.

russisch-türkischen Krieg (1828/29) Russland seine Ambitionen hinsichtlich einer territorialen Expansion in Asien deutlich zum Ausdruck brachte.⁸³

Großbritannien reagierte und versuchte seinerseits wiederum in insgesamt drei Anglo-Afghanischen Kriegen (Erster Anglo-Afghanischer Krieg 1839 – 1842, Zweiter Anglo-Afghanischer Krieg 1878 – 1880, Dritter Anglo-Afghanischer Krieg 1919) einen britischen Machthaber in Kabul zu installieren. Der Erste und Zweite Anglo-Afghanische Krieg ähnelten einander hinsichtlich ihres Verlaufs und der unübersichtlichen machtpolitischen institutionellen Zustände, die die Kampfhandlungen innerhalb Afghanistans hinterlassen hatten.⁸⁴ Aber auch die britische Regierung war sich lange Zeit nicht einig darüber, wie Afghanistan nach dem Zweiten Anglo-Afghanischen Krieg zu gliedern sei. Politiker sprachen sich teilweise für eine Aufgliederung des Staates in viele kleine Fürstentümer aus, während andere für eine Gründung eines neuen Staates plädierten, der unter anderem Herat einschließen sollte.⁸⁵ Am Ende des Zweiten Anglo-Afghanischen Krieges trat ein Mann an die Spitze der afghanischen Politik, der das Land in den darauffolgenden 20 Jahren mit eiserner Hand regieren und den Grundstein für den „Staat Afghanistan“ legen sollte. Diese Grundsteinlegung erfolgte unter Inkaufnahme von schweren Repressionen und Nachteilen für einen großen Teil der afghanischen Bevölkerung.

Abdur Rahmān herrschte als Emir in Kabul, nachdem er auf Herat und Kandahar verzichtete und sich verpflichtete, ausländische Beziehungen nur mit Großbritannien zu führen.⁸⁶ Im Gegenzug dafür sicherte ihm die britische Regierung den Abzug sämtlicher Truppen und Diplomaten aus Kabul zu.⁸⁷ Der Dritte Anglo-Afghanische Krieg endete mit dem Friedensvertrag von Rawalpindi 1919 und gilt als die Geburtsstunde eines vom britischen Empire unabhängigen, souveränen afghanischen Staates. Die Staatsbildung Afghanistan ist somit als äußerst langwieriger Prozess zu sehen, der sich durch das gesamte 19. Jahrhundert zog.

⁸³ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 110.

⁸⁴ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 67.

⁸⁵ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 67.

⁸⁶ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 67.

⁸⁷ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 67.

2.1. Die Entwicklung Afghanistans von einer geografischen „Puffer-Zone“ zum Staat

Die Entwicklung Afghanistans aus einem undurchsichtigen Machtgeflecht einzelner kleiner Stammesverbände, hin zu einem zentralorganisierten Staat vollzog sich entlang zweier Entwicklungsstränge. Den ersten wesentlichen Grundstein für die Staatswerdung bildete die Festlegung exakter, bis heute unveränderter Grenzlinien.⁸⁸ Die Politik der *Liberal Party*, die sich 1880 in einer Regierungsposition befand, bevorzugte die Möglichkeit der afghanischen Staatswerdung gegenüber anderen politischen Konzepten für das afghanische Territorium und initiierte sowohl den Truppenabzug aus Kandahar im Jahr 1881, als auch die Grenzfestlegungen zwischen 1887 und 1895.⁸⁹ Nachdem Merw 1884 durch Russland eingenommen worden war und russische Truppen immer weiter in Richtung Britisch-Indien vorgestoßen waren, konnte eine russisch-britische Grenzkommission einen weiteren Vorstoß Russlands aufhalten.⁹⁰ Durch diese Grenzkommission wird seit 1887 die afghanische Nordgrenze abgesteckt. Der Durand-Vertrag, der im November 1893 zwischen Afghanistan und Britisch-Indien geschlossen wurde, regelte den Verlauf der südlichen und östlichen Grenzen.⁹¹ Ein wichtiger Faktor der Grenzfestlegungen war, dass sämtliche Grenzen von den Kolonialmächten oktroyiert wurden, während Abdur Rahmān in seiner politischen Rolle kaum im Stande war, territoriale Ansprüche geltend zu machen.⁹²

„Das Staatsterritorium Afghanistans ist daher ein Produkt der Kolonialpolitik *par excellence*.“⁹³

Sir Henry Mortimer Durand selbst bezeichnete die nach ihm benannte Grenze als

„[...] unlogisch vom ethnischen, strategischen und geographischen Standpunkt aus. [...] sie spaltet eine Nation in zwei Teile, sie teilt die Stämme.“⁹⁴

Das Problem der Multi-Ethnizität, das sich als konstanter Faktor für innerafghanische Konflikte bis in die Gegenwart tradiert, entstand in der „Grenzziehungswillkür“ der 1890er Jahre. Der „ethnic horror“ wurde geschaffen.⁹⁵ Dabei spielte die Durand-Linie eine nicht unwesentliche

⁸⁸ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 69.

⁸⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 69.

⁹⁰ Vgl. Schetter, Ethnizität, 218.

⁹¹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 218.

⁹² Vgl. Schetter, Ethnizität, 219.

⁹³ Schetter, Ethnizität, 219.

⁹⁴ Schetter, Ethnizität, 219.

⁹⁵ Vgl. Schetter, Ethnizität, 219.

Rolle, da sie Siedlungsgebiete im Kernland der Paštünen ohne Rücksicht auf Stammeszugehörigkeiten der Bevölkerung teilte.

Viele der zahlreichen ethnischen Gruppen Afghanistans waren auch in dessen Nachbarländern vertreten, wodurch die Bevölkerung des abgesteckten, afghanischen Staatsgebietes keine historisch gewachsene Identität teilte und sich selbst wiederum in zahlreichen kleinen Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen unterteilte.⁹⁶

„Das Kernproblem der Gründung Afghanistans war schließlich der Widerspruch zwischen seinem Namen und seiner Bevölkerung.“⁹⁷

Ein großer Teil der Bevölkerung des neuen Staates waren dabei keine Paštünen, was zur inoffiziellen Einteilung der ethnischen Zugehörigkeit in „Afghanen“ und „Nichtafghanen“ führte und dadurch schon nominell die Pejoration und Diskriminierung anderer nationaler und ethnischer Minderheiten bereitstellte.⁹⁸

Des Weiteren stellten sich die über Jahrhunderte etablierten Herrschaftstraditionen und die geografische Beschaffenheit des Hindukusch den Bemühungen zur Etablierung zentraler Machtstrukturen in den Weg. Monarchisch orientierte Herrschaftsstrukturen vor Abdur Rahmān beschränkten sich dabei auf die Ausübung von indirekter Herrschaft, die vor allem durch die Werbung von Anführern der vielen Dörfer, die um die Städte lagen, geprägt war.⁹⁹ Der jeweilige Herrscher, der außerhalb seines Herrschaftssitzes von Statthaltern vertreten wurde, musste sich mit der Verpflichtung der tribalen Einheiten zu Tributzahlungen begnügen und schaffte es nie, seinen Herrschaftsanspruch auch in den kleinen Stammeszentren geltend zu machen.¹⁰⁰

„Die Herrschaftsverhältnisse [...] waren [...] durch die punktuelle Konzentration einer übergeordneten institutionalisierten Staatsgewalt in wenigen urbanen Zentren bestimmt. Dagegen verlagerte sich mit zunehmender Entfernung von den urbanen Zentren die Macht auf die lokale/regionale oder tribale Ebene. Hier lag die Macht [...] dann in den Händen autocht(h)oner (*sic!*) Mittelsmänner [...]“¹⁰¹

⁹⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 219.

⁹⁷ Schetter, Ethnizität, 219.

⁹⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 219.

⁹⁹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 174.

¹⁰⁰ Vgl. Schetter, Ethnizität, 174.

¹⁰¹ Schetter, Ethnizität, 174.

Der deutsche Ethnologe und Soziologe Christian Sigrist spricht in seiner Arbeit zur Entstehung von politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaften aus dem Jahr 1967 von „regulierter Anarchie“ und bezieht sich dabei auf die komplexe soziale Organisation von segmentären beziehungsweise Clan-Gesellschaften, die dem Aufbau einer kontinuierlichen Herrschaft in absoluter Opposition gegenübersteht.¹⁰² Bis zur Inthronisierung Abdur Rahmāns bildeten Anarchie, segmentierte Machtverteilung und eine Abhängigkeit von Loyalitätsbekundungen regionaler Machthaber bestimmende Konstanten des gesellschaftlichen und politischen Alltags in Afghanistan.¹⁰³

„Macht ergab sich [...] nicht aus der tatsächlichen Kontrolle territorialer Einheiten, sondern alleine aus der Summe persönlicher Loyalitäten.“¹⁰⁴

Diese Konzeption territorialer Macht ähnelt der im Feudalwesen des europäischen Mittelalters. Diese auf Loyalitäten beruhende Machtinstallation änderte sich durch die Herrschaft Abdur Rahmāns.

2.1.1. Die Regentschaft Abdur Rahmāns (1880 – 1901)

Abdur Rahmān gelang es im Laufe seiner Amtszeit, seine eigene Macht und die Zentralisierung Afghanistans auszubauen. Als erster Schritt hin zu einer Umorientierung des Machtfokus galten dabei die stabilen Außenbeziehungen, vor allem zu England, die Abdur Rahmān wirtschaftliche, finanzielle und militärische Unterstützung sicherten.¹⁰⁵ Kabul erhielt in einem Zeitraum von 1880 bis 1893 jährlich Geldleistungen von 120.000 englischen Pfund und nachdem Abdur Rahmān seine Zustimmung zur Durand-Linie gegeben hatte sogar 180.000 Pfund. Zusätzlich zu Geldmitteln erhielt der Emir Rahmān auch umfangreiche Waffenlieferungen für seine militärischen Interventionen wie zum Beispiel für die Hazāra-Kriege Anfang der 1880er Jahre.¹⁰⁶ Der Faktor Raum spielte nun aufgrund der gesicherten territorialen Strukturen des Landes plötzlich eine entscheidende Rolle für eine machtpolitische Emanzipation des Herrschers. Die Anzahl an

¹⁰² Zit.nach Schetter, Ethnizität, 174f.

¹⁰³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 175.

¹⁰⁴ Schetter, Ethnizität, 175.

¹⁰⁵ Vgl. Schetter, Ethnizität, 220.

¹⁰⁶ Vgl. Ludwig W. Adamec: Afghanistan 1900 – 1923. A Diplomatic History (Berkeley 1967). 17f.

Stammesoberhäuptern, die eine übergeordnete Machtposition zuvor nur partiell und situativ anerkannt hatten, war für Abdur Rahmān hinsichtlich der eigenen Machtsicherung von keiner Relevanz mehr. Vielmehr waren das Ziel und die Orientierung seiner Politik, alle segmentären Einheiten auf afghanischem Territorium an sich und an den Kabuler Hof zu binden und eine Politik des „internal imperialism“¹⁰⁷, unter Mithilfe eines stabilen und starken Staatsapparates, zu etablieren.¹⁰⁸

„Sein Ziel war es, das afghanische Staatswesen und seine eigene Machtposition vom Einfluß der [...] religiösen, tribalen und regionalen Machthaber unabhängig zu machen.“¹⁰⁹

Die Installierung einer staatlichen Bürokratie schwächte die lokalen und regionalen Machthaber zwar, deren Macht und Einfluss konnte Abdur Rahmān jedoch nie ganz im Sinne einer einzigen, elitären Machtposition beseitigen. Die neuangelegten bürokratischen Strukturen wurden durch neugeschaffene Provinzgrenzen unterstützt. Diese Grenzen teilten absichtlich Stammesgebiete in mehrere Teile und machten die nun aufgespaltenen Stammesgesellschaften von unterschiedlichen bürokratischen Administrationen abhängig.¹¹⁰

„Im Ergebnis führte die Politik Abdur Rahmāns zu einem Bedeutungsverlust tribaler Organisationsformen zugunsten einer verstärkten Identifikation des Einzelnen mit seinem lokalen Umfeld.“¹¹¹

Zwar etablierte Abdur Rahmān Afghanistan nicht als streng durchorganisierten Verwaltungsstaat im Verständnis des 21. Jahrhunderts, dennoch gelang es ihm, die Unabhängigkeit des Staatswesens von den tribalen und traditionalistischen Gruppen des Landes zu entkoppeln.¹¹² Hinsichtlich der Schaffung einer einheitlichen Staatsideologie, diente Abdur Rahmāns Islampolitik als Werkzeug für die Durchsetzung der eigenen Zentralisierungspolitik.¹¹³ Unter der Doktrin des hanafistisch-sunnitischen Islams, wobei die hanfitische Rechtsschule die am weitesten verbreitete der vier islamischen Rechtsschulen ist, sicherte er seinen absoluten Machtanspruch auch auf konfessioneller Ebene als oberster Machthaber der afghanischen Gesellschaft ab.¹¹⁴ Er

¹⁰⁷ Vgl. Louis Dupree, *Afghanistan* (Princeton/New Jersey 1980) 417.

¹⁰⁸ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 221.

¹⁰⁹ Schetter, *Ethnizität*, 221.

¹¹⁰ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 222.

¹¹¹ Schetter, *Ethnizität*, 222.

¹¹² Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 222.

¹¹³ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 232.

¹¹⁴ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 232.

entmachtete die islamischen Religionsgelehrten, die *ulamā*, die als lokale Eliten und Autoritäten in den Provinzen großen politischen Einfluss hatten.

Der Islam als Grundlage der staatlichen Ideologie wurde von Abdur Rahmān noch zu einem weiteren Zweck konzeptionell genutzt. Die islamische Staatsauffassung ermöglichte es ihm, den militärischen Kampf, den *ġihād*, als Verteidigung gegen „die Ungläubigen“ und für die Rechtfertigung von politischen Handlungen zu nutzen.¹¹⁵ Feldzüge gegen ethnische Minderheiten und Stämme im Land wurden von Abdur Rahmān mit äußerster Härte und Grausamkeit durchgeführt. Die Feldzüge gegen die Hazāra oder gegen paštūnische Stämme wie die Ghilzai oder Mangal, standen in enger Verbindung zu Abdur Rahmāns innerafghanischer Siedlungspolitik.¹¹⁶ Vor allem der Norden Afghanistans wurde aufgrund der Furcht vor einer russischen Intervention, neu besiedelt und die Bevölkerungsdichte verstärkt. Die Siedlungspolitik bot zudem zwei weitere Einflussfaktoren für die afghanische Bevölkerung. Zum einen dienten die siedlungspolitischen Maßnahmen zur „Zähmung von ungehorsamen Untertanen“, wodurch der potentielle Revolutions- und Aufstandspläne durch eine erzwungene Umsiedlung vereitelt werden sollten.¹¹⁷

Des Weiteren spiegelt die Um- und Neuverteilung von Bau- und Ackerland innerhalb der Bevölkerung die erhebliche Bevorzugung von Paštūnen seitens des Herrschers Abdur Rahmān wider, die von Historikern mit dem Terminus der „Paštūnisierung“ verknüpft ist und auch stellvertretend für die Verteilung von hohen staatlichen Ämtern steht.¹¹⁸ Durch die stark religiöse Orientierung und unter dem Einsatz des Islam als Teil der nationalen, politischen Ideologie stärkte Abdur Rahmān einerseits seine absolute Machtposition im Staatsapparat, andererseits bot der sunnitisch-hanafistische Islam zum ersten Mal die Möglichkeit, die höchst heterogene Bevölkerung auf afghanischem Territorium ideologisch zu einen und einheitlich zu orientieren.¹¹⁹ Die dabei entstandene Bevorzugung der Paštūnen bei Besetzung von hohen staatlichen Ämtern und Verleihung von Regierungskompetenzen, stellt bis in die Gegenwart ein großes Problem der gesellschaftlichen Asymmetrie dar. Diese Entwicklung, die ihren Anfang während der Herrschaft Abdur Rahmāns nahm, kann als über Jahrzehnte kontinuierlich gewachsen angesehen werden. Seine Regentschaft legte einerseits den Grundstein für einen afghanischen Staat, wie er auch in

¹¹⁵ Vgl. Schetter, Ethnizität, 232.

¹¹⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 71.

¹¹⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 71.

¹¹⁸ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 71.

¹¹⁹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 235.

der Gegenwart existiert. Andererseits stand sie für Repression und Brutalität in der Vorgehensweise gegen oppositionelle Strömungen und politische Gegner.¹²⁰ Der neu gegründete Staat Afghanistan sollte vor allem unter Habibullah I. und Amanullah feste Formen und Konturen annehmen.

2.1.2. Die „Jungafghanen“ unter Habībullāh I. (1901 – 1919)

Habībullāh I. wurde als direkter Nachfolger seines Vaters Abdur Rahmān im Jahr 1901 inthronisiert. Habībullāh I. regierte zwar in Anlehnung an die politischen Ideen seines Vaters, mäßigte jedoch dessen radikalen Kurs. So zeigte er sich mit den Hazāra versöhnlich, führte keinen Befreiungskrieg gegen die als „Ungläubige“ diffamierten Briten, und bestand auf die Neutralität Afghanistans im Ersten Weltkrieg, obwohl die Türkei zum *ǧihad* gegen die Alliierten aufgerufen hatte.¹²¹

Unter der fortgeführten islamischen Herrschaftsdoktrin bildete sich während der Regierungszeit von Habībullāh I. in einem kleinen Kreis urbaner Intellektueller die erste afghanische Nationalbewegung, die „Jungafghanen“.¹²² Diese Bewegung formulierte auf der Grundlage der Idee eines arabischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts, ihre wichtigsten politischen Ziele, die neben der Überwindung der gesellschaftlichen Zerrissenheit des Landes durch die Errichtung eines modernen Staatswesens auch die Einführung der konstitutionellen Monarchie und die vollständige Unabhängigkeit Afghanistans von Großbritannien vorsahen.¹²³ Die Ideen der Jungafghanen sollten ethische Grundwerte des Islam mit dem Modernisierungsgedanken westlicher Zivilisation verbinden.¹²⁴ Viele Ideen und Reformen der Jungafghanen fanden ihre Umsetzung in der Politik Habībullāhs I. Die Forderungen nach einer Modernisierung des afghanischen Gesellschaftssystems stießen bei Habībullāh I. allerdings auf Ablehnung. Seine Regentschaft endete am 12. Februar 1919. Habībullāh I. fiel bei einem Jagdausflug einem Attentat zum Opfer.

¹²⁰ Vgl. Jan-Heeren *Grethemeyer*, Afghanistan. Sozialer Wandel und Staat im 20. Jahrhundert (Berlin, 1987) 165.

¹²¹ Vgl. *Schetter*, Ethnizität, 237.

¹²² Vgl. *Schetter*, Ethnizität, 237.

¹²³ Vgl. *Schetter*, Ethnizität, 237.

¹²⁴ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 73.

Die Planung dieses Attentats wurde Habībullāhs drittem Sohn Amānullāh zur Last gelegt, der sich in der Thronfolge schlussendlich gegen seinen Onkel durchsetzen konnte.¹²⁵

2.1.3. König Amānullāh und die Erlangung der Unabhängigkeit (1919 – 1929)

König Amānullāh wurde als Sohn des ermordeten Königs Habībullāh I. und aufgrund seiner militärischen Machtposition als Gouverneur von Kabul am 27. Februar 1919 inthronisiert. Seine oppositionelle Haltung und Kritik am Einfluss Großbritanniens in Afghanistan und die Ausrufung des *ġihad* gegen Britisch-Indien führten am 8. Mai zum Ausbruch des Dritten Anglo-Afghanischen Krieges, der jedoch schon am 8. August desselben Jahres mit dem Friedensvertrag von Rawalpindi beendet wurde. Die kurze Kriegsdauer war einerseits der Kriegsmüdigkeit der britischen Truppen und andererseits der fehlenden militärischen Durchschlagskraft der afghanischen Armee geschuldet.¹²⁶ Damit hatte Afghanistan gegenüber Großbritannien Unabhängigkeit, erhielt seine staatliche Souveränität zurück und legte so den semi-kolonialen Charakter ab. Amānullāh grenzte seine Person und seine politischen Handlungen stark von seinen Vorgängern Abdur Rahmān und Habībullāh I. ab.

„Vehement führte Amanollah den Abgeordneten vor Augen, welche despotischen Verhältnisse früher herrschten und wie anders geartet die jetzige Epoche sei. [...] Eine Epoche war zu Ende gegangen: Es sollte nicht länger vom despotischen Willen eines Mannes abhängen, welche Gesetze formuliert und durchgesetzt werden – Recht und Gerechtigkeit sollte eine Angelegenheit aller werden.“¹²⁷

Auf Grundlage dieser Idee, erließ Amānullāh einen allgemeinen Rechtskodex und eine Vielzahl anderer Reformen, wie die Abschaffung der Sklaverei, die Einberufung einer Nationalversammlung und eine grundlegende Reform der Bildungspolitik im Zuge derer er Schulen für Knaben aber auch für Mädchen errichten ließ.¹²⁸ Eine der wichtigsten politischen Reformen Amānullāhs war die Ausrufung einer konstitutionellen Monarchie 1923 und eine

¹²⁵ Vgl. *Gresemeyer*, Afghanistan, 170.

¹²⁶ Vgl. *Gresemeyer*, Afghanistan, 170.

¹²⁷ *Gresemeyer*, Afghanistan, 170f.

¹²⁸ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 74.

Verfassung nach dem Vorbild Kemal Atatürks und der Konzeption des türkischen Staates.¹²⁹ Diese sah unter anderem vor, die Herrschaft des afghanischen Staatsoberhauptes nicht mehr durch die Legitimation von Gott zu begründen. Sie fußt vielmehr auf der Übereinstimmung, dem Willen und dem Rückhalt der afghanischen Nation und deren Volk.¹³⁰ Doch viele der Reformen des Königs, der nicht mehr als Emir über ein religiöses, sondern vielmehr eben als *pade šah* über ein weltliches Königreich herrschen wollte, stießen vor allem bei konservativen Stämmen in der Peripherie des Landes auf massiven Widerstand. So rebellierten paštūnische Stämme in Südostafghanistan, die die neue Verfassung als „unislamisch“ ansahen und diese nicht anerkennen wollten.¹³¹ Amānullāh war es erst 1925 möglich, diese Rebellion niederzuringen.

Amanullahs Amtszeit war von vielen Reisen geprägt. Eine seiner Reisen führte ihn nach Moskau, unter anderem, um zum bestehenden bilateralen Freundschaftsvertrag am 31. August 1926 auch einen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt zu schließen. In weiterer Folge wurden zwei russische Konsulate in Mazar-i-Sharif und Herat eröffnet.¹³² Zu diesem Zeitpunkt begannen erste Annäherungen zwischen Russland und Afghanistan. Moskau richtete beispielsweise die erste Telefonverbindung zwischen den Städten Mazar-i-Sharif, Herat, Kandahar und Kabul ein.¹³³ Doch der tribale Widerstand gegen die Herrschaft Amānullāhs formierte sich erneut. Amanullahs Ideen zur Modernisierung des afghanischen Staates, die unter anderem durch seine mehrjährige Europareise inspiriert und angefacht wurden, mündeten in einer Vielzahl weiterer Reformen, die die Teilnehmer der „großen Ratsversammlung“ (*lōjah ġirga*), bestehend aus ranghohen Mitgliedern unterschiedlicher Stämme, von 1928 teilweise als Provokation verstanden und nicht angenommen hatten.¹³⁴ Vielmehr noch wurden die Pläne Amanullahs zu einer allgemeinen Schul- und Wehrpflicht und die Trennung von Staat und Religion, einschließlich neuer Rechte für Frauen, wie beispielsweise das Schleierverbot, vor allem von den großen Paštūnenstämmen als Angriff ihrer eigenen Gesellschaftsordnung und ihres Moral- und Wertesystems begriffen.¹³⁵ Die Empörung über die scheinbare Missachtung von islamischen Werten und die Verstöße gegen das *paštūnwālī* durch den König, entlud sich 1929 schlussendlich in Aufständen der paštūnischen

¹²⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 74.

¹³⁰ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 74.

¹³¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 75.

¹³² Vgl. Werner Adam, Das Scheitern am Hindukusch. Afghanistan ist nicht zu unterjochen, (Stuttgart, 1989) 32.

¹³³ Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 32.

¹³⁴ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 76.

¹³⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 76.

Stämme in Jalalabad und Khōst, die mit dem Sturz Amānullāhs und dessen Flucht ins Exil nach Rom endeten, wo er 1960 starb.

2.1.4. Die regressive Konfessionspolitik unter Habībullāh II. und Nādir Šāh

Der Taḡike Habībullāh Kalakānī, der sich eine einflussreiche Machtposition als Gesetzloser im nördlichen Umland von Kabul aufbauen konnte, nutzte seinen Einfluss bei den religiösen Führern in Šomālī, um Amānullāh zu entmachten. Er war kein Mitglied der paštūnischen Herrschaftselite und unterbrach die fast 200 Jahre lang andauernde dynastische Herrschaft der Durrānī Familie in Kabul.¹³⁶ Kalakānī vertrieb den König aus Kabul und ließ sich am 16. Jänner 1929 von einem der einflussreichsten religiösen Führer der nordöstlichen Provinzen zum Emir Habībullāh II krönen. Habībullāh II. verdankte seinen Einfluss in Šomāl, das auch als „bastion of fundamentalism“¹³⁷ bezeichnet wurde, zu einem großen Teil der Unterstützung durch lokale geistliche Eliten. Dies spiegelte sich auch in der Politik des Emirs wider, die als religiöse Gegenbewegung zu den liberalen Reformideen Amānullāhs definiert wurde.¹³⁸ So ließ Habībullāh II. beispielsweise sämtliche Mädchenschulen des Landes wieder schließen und führte auch die Schleierpflicht wieder ein. Die Regentschaft Habīullāhs II. veranschaulicht sehr deutlich, welche Bedeutung die voneinander unabhängigen, autonom agierenden Stämme auf afghanischem Staatsterritorium für die Machterhaltung des jeweiligen Herrschers haben und wie leicht diese Stämme gegeneinander aufzubringen und auszuspielen sind.

Der gestürzte König Amānullāh gab sich nach seiner Vertreibung aus Kabul noch nicht geschlagen und versuchte seinerseits wiederum, möglichst viele einflussreiche Paštūnenstämme gegen Habībullāh II. zu mobilisieren. Von Kandahar aus plante Amānullāh die Rückeroberung des Throns. Mit dem Hauptargument, es sei für die führenden Paštūnenstämme nicht zu ertragen, dass ein Taḡike König von Afghanistan wäre, versuchte er, gegen Habībullāh II. zu mobilisieren - mit nur mäßigem Erfolg. Denn viele der großen paštūnischen Stämme, wie zum Beispiel die Durrānī, zeigten kaum Interesse an der zentralisierten Regierung in Kabul und hielten sich gänzlich aus

¹³⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 77.

¹³⁷ Zit. nach Schetter, Ethnizität, 245.

¹³⁸ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 77.

dem Machkonflikt heraus.¹³⁹ Auch, weil ein einendes Moment für die tribale Segmentierung der Paštünenstämme fehlte, wie es beispielsweise eine gemeinsame Idee oder eine charismatische Führerfigur dargestellt hätte.¹⁴⁰

„Betrachtet man die paštünischen Stämme [...] kristallisiert sich heraus, daß es den Stämmen in erster Linie um die Restaurierung ihrer tribalen Gesellschaftsordnung und die Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit vom Staat ging.“¹⁴¹

Denn obwohl die individuelle Identifizierung mit der paštünischen Ethnie durch die Staatswerdung Afghanistans in der betroffenen Bevölkerungsgruppe zugenommen hatte, bildeten sich noch keinerlei Strukturen heraus, die eine stammesübergreifende, paštünische Ethnizität bedingen sollten oder in gemeinsamen Handlungen resultierten.¹⁴² Als ein Relikt der Herrschaft von Habībullāh II. blieb, dass eine paštünische Herrschaft in Afghanistan keinesfalls als obligatorisch angesehen werden kann, die paštünische Vorherrschaft keinesfalls unumstritten war.¹⁴³ Allerdings wurde Habībullāh II. nach seiner nur neunmonatigen Herrschaft von Nādir Khān, dem Begründer der paštünischen Musāhibān-Dynastie, gestürzt. Somit sicherte sich abermals eine paštünische Familiendynastie die Vormachtstellung im Land. Die Musāhibān-Familie herrschte bis zum kommunistischen Putsch im Jahr 1978 über Afghanistan.

1930 ließ sich Nādir Khān von der *lōjah ġirga* zum Šah wählen und verankerte den Anspruch seiner Familie auf den afghanischen Thron in der Verfassung von 1931.¹⁴⁴ Als König achtete Nādir Šah besonders darauf, die Interessen jener Gruppen zu wahren, die seine Herrschaft gefährden konnten.

„Die Revolten der Jahre 1928 hatten gezeigt, dass die Stabilität des afghanischen Staatswesens erheblich vom Wohlwollen der zahlreichen politischen und religiösen Führer abhing.“¹⁴⁵

Dabei setzte der neue König bei der Bestellung seines Regierungskabinetts vor allem auf Vertrauen und Loyalität, das er in der eigenen Familie am ehesten zu finden glaubte. Die Musahiban-Familie übernahm dabei über vierzig Jahre lang, bis 1978, die Herrschaft über

¹³⁹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 246f.

¹⁴⁰ Vgl. Schetter, Ethnizität, 247.

¹⁴¹ Schetter, Ethnizität, 247.

¹⁴² Vgl. Schetter, Ethnizität, 248.

¹⁴³ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 78.

¹⁴⁴ Vgl. Schetter, Ethnizität, 253.

¹⁴⁵ Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 79.

Afghanistan, das in dieser Zeit von einem stark paštūnisch geprägten Nationalismus bestimmt werden sollte.¹⁴⁶ 1931 ließ Nādir Šah den Anspruch seiner Familie auf den afghanischen Thron sogar in der Verfassung festschreiben, um unter anderem den Machtanspruch der eigenen Familie gegenüber der Familie Amanullahs zu festigen, die ebenfalls drohte, Anspruch auf den afghanischen Thron zu erheben.¹⁴⁷

Vor allem die Paštūnen profitierten abermals von der Herrschaft Nādir Šahs und dessen Nachfolger, nachdem sie unter Habībullāh II. eher zurückhaltend und ohne große Machtansprüche aufgetreten waren. Nādir Šah griff auf das politische Konzept Abdur Rahmāns zurück, das sich daran orientierte, Politik entlang von religiösen, ethnischen und von den jeweiligen Stämmen geprägten Leitlinien auszurichten.¹⁴⁸ Diese politische Neuorientierung lässt sich gut am Umgang Nādir Šahs mit der *lōjah ġirga* im Vergleich zu seinem Vorgänger Amanullah illustrieren. Während Amanullah in der *lōjah ġirga* ein „anachronistisches Übel“ aus längst vergangener Zeit sah, erhob Nādir Šah die „große Ratsversammlung“ zum wichtigsten politischen Entscheidungsgremium und zur höchsten juristischen Instanz und institutionalisierte sie mit einem Sondergesetz, dass die *lōjah ġirga* mindestens alle drei Jahre abgehalten werden muss.¹⁴⁹

Er verankerte den hanafistisch-sunnitischen Islam abermals in der Verfassung, der Islam wurde zur Staatsreligion gemacht und die Scharia als allgemeingültige Rechtsordnung wiedereingeführt.¹⁵⁰ Die höchsten Ämter konnten dadurch nur von Sunniten bekleidet werden. All diese Maßnahmen, von der Wahl zum Schah durch die *lōjah ġirga*, die zum größten Teil aus paštūnischen Stammesoberhäuptern bestand, bis hin zur Einrichtung eines Parlaments, in dem eine überwiegende Mehrheit an paštūnischen Abgeordneten saßen, diente weniger dem Zweck, den Paštūnen die politische Partizipation zu ermöglichen, sondern waren von Nādir Šah als Maßnahmen konzipiert worden, die ihm das Vertrauen und das Wohlwollen der Stämme sichern sollten.¹⁵¹ Dieses Vorgehen basierte unter anderem auf dem Bewusstsein Nādir Šahs, dass den paštūnischen Stämmen hinsichtlich einer Eingliederung in ein afghanisches Staatswesen mit militärischer Gewalt nicht zu begegnen ist. Viel wichtiger für eine Unterstützung durch die Paštūnen war es, eine Politik zu etablieren, die im Allgemeinen mit den paštūnischen Wertvorstellungen übereinstimmen sollte, auch wenn diese Maßnahme eine Benachteiligung der

¹⁴⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 251.

¹⁴⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 79.

¹⁴⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 252.

¹⁴⁹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 253.

¹⁵⁰ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 80.

¹⁵¹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 254.

anderen ethnischen Gesellschaften und religiösen Minderheiten Afghanistans darstellte.¹⁵² Im Zuge dieser „pro-paštūnischen“ Politik wurden die Paštūnen von diversen staatlichen Auflagen und Pflichten befreit.

Auch die Siedlungspolitik Abdur Rahmāns setzte Nādir Šah fort. Die Ansiedlung paštūnischer Stämme in Nordafghanistan wurde als Gegenpol zur Flüchtlingsbewegung der Uzbeken, Taġiken und Turkmenen aus der Sowjetunion initiiert.¹⁵³ Abseits der starken religiösen Orientierung und dem repressiven Vorgehen gegen religiöse und ethnische Minderheiten, stehen trotz allem einige Reformen Nādir Šahs als reformorientierter Gegenpol zu ebendieser Politik. So führte er die allgemeine Schulpflicht, allerdings nur für Knaben, ein und postulierte die Gleichheit aller afghanischen Einwohnerinnen und Einwohner vor der *sharia* und dem Staatsrecht.¹⁵⁴

„Inhaltlich war Nadir Schahs Verfassung der Amānullāhs [...] sehr ähnlich, [...] bloß insgesamt religiöser aufgemacht.“¹⁵⁵

Nādir Šah fiel bei einer Veranstaltung am 8. November 1933 einem Attentat eines Studenten, der der ethnischen Minderheit der Hazāras zuzuordnen war, zum Opfer. Dieses Attentat gilt als Auslöser für die abermalige Verschlechterung der Beziehung zwischen den Hazāra und dem afghanischen Staat.¹⁵⁶

2.1.5. *Der Weg in die Demokratie – Zāhir Šah und die „Starken Premierminister“*

Als rechtmäßiger Thronfolger wurde Nādir Šahs Sohn, der damals 19-jährige Zāhir Šah inthronisiert, der jedoch erst 1963 selbst aktiv in die Politik eingriff und bis dahin nur repräsentativ an der Spitze des afghanischen Staates stand. Damit begann die Zeit der „starken Premierminister“.¹⁵⁷ Von 1933 bis 1946 leitet der Onkel des Thronfolgers, Mohammad Hašem

¹⁵² Vgl. Schetter, Ethnizität, 255.

¹⁵³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 254.

¹⁵⁴ Vgl. Schetter, Ethnizität, 256.

¹⁵⁵ Gerhard Moltmann, Staats- und Verfassungsentwicklung Afghanistans. In: Afghanistan seit dem Sturz der Monarchie. Dokumentation zur Politik, Wirtschaft und Bevölkerung (Hamburg, Aktueller Informationsdienst Moderner Orient. Sonder-Nr. 9 1981) 10.

¹⁵⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 256.

¹⁵⁷ Vgl. Pierre Allan, Dieter Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankonflikt (Bern/Stuttgart/Wien 1999) 70.

Khān die Regierungsgeschäfte als Premierminister. Dieser führte das Land unter einer autoritären und diktatorischen Doktrin, auf Grundlage der politischen Praxis Nādir Šahs, im eigenen Sinne bis ins Jahr 1946 weiter.¹⁵⁸ Hašem Khān schaffte es, Afghanistans politische Neutralität im Zweiten Weltkrieg aufrecht zu erhalten, was unter anderem durch den Neutralitätsvertrag vom 31. August 1926 und den Nichteinmischungsvertrag vom 24. Juni 1931 mit der Sowjetunion begünstigt wurde.¹⁵⁹ Der Nichtangriffspakt wurde in Folge viermal verlängert, nämlich in den Jahren 1936, 1955, 1965 und 1975.¹⁶⁰ Die Verträge erweiterten die sowjetisch-afghanischen Wirtschaftsbeziehungen vor allem zu Gunsten Afghanistans.

Mahmud Khān, der auf die Regentschaft Hašems folgte, leitete anschließend von 1946 - 1953 bis Regierungsgeschäfte seines Neffen. Seine Amtszeit war von einer zaghaften Demokratisierung geprägt, wengleich das Land durch Kontroversen zwischen traditionellen Kräften auf der einen Seite und Demokraten und Modernisierungsforderungen auf der anderen, stark zerrüttet war.¹⁶¹ Trotzdem gelang es Mahmud Khan die Pressefreiheit auszuweiten und politische Gefangene, die unter Nādir Šah und Hašem Khan inhaftiert wurden, wieder freizulassen.¹⁶²

2.1.6. Exkurs: Nationalideologien Afghanistans

Unter der Regentschaft Hašem Khāns erlebten nationalistisch orientierte Strömungen in Afghanistan neuen Aufwind. Diese Ideologien bildeten sich vor allem in den 1930er und 1940er Jahren heraus und lassen sich in drei, parallel nebeneinander laufende Auffassungen eines allgemeingültigen, afghanischen Nationalepos, dem *Islamischen Nationalismus*, dem *Arischen Nationalismus* und den *Paštūnischen Nationalismus* unterteilen.¹⁶³

Während der „Islamische Nationalismus“ in den 1930er Jahren immer mehr an Bedeutung verlor, waren es vor allem die anderen zwei Strömungen, die ihre junge, intellektuelle und nicht-

¹⁵⁸ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 80.

¹⁵⁹ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 70.

¹⁶⁰ Vgl. Dieter Braun, Karlernst Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik – Islamische Selbstbestimmung. Innerafghanische Prozesse, regionale Konfliktfolge, internationale Verflechtungen (Baden-Baden 1988) 15.

¹⁶¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 81.

¹⁶² Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 81.

¹⁶³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 256ff.

aristokratische Anhängerschaft in Afghanistan populär gemacht hatten.¹⁶⁴ Geprägt wurden der *Arische Nationalismus* und der *Paštūnische Nationalismus* vor allem durch eine Suche nach einer neuzeitlichen, historischen Konstruktion des afghanischen Staates und damit einhergehend die Findung einer eigenen Nationalgeschichte, eines eigenen Nationalepos.¹⁶⁵ Diese Diskurse wurden vor allem durch das Erstarren der nationalsozialistischen Ideologie in Deutschland und dem damit einhergehenden, rassistischen und diskriminierenden Superioritätsprinzip der „arischen Rasse“ geprägt. Sie fanden ein hohes Maß an Zustimmung bei den afghanischen Eliten und der afghanischen Bevölkerung beiderseits.¹⁶⁶ Das rassistische Konzept der nationalsozialistischen Rassenlehre wurde sogar in solch hohem Maß angenommen, dass viele Paštūnen den traditionellen Herkunftsepen abschworen und diese durch die „neue“ Idee ersetzen, die einzig wahren Arier zu sein.¹⁶⁷ Ethnische Minderheiten wie die Hazāra, Uzbeken oder Turkomanen wurden dabei jedoch von der Ideologie des *Arischen Antionalismus* ausgeklammert.¹⁶⁸

2.2. Afghanistan von der Gründung Pakistans 1949 bis zu Mohammad Dāuds erster Amtsperiode von 1953 bis 1963

Das Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete auch in Zentralasien eine Phase der Neuorganisation und des Umbruchs. Die seit 1894 immerzu schwelenden Konflikte zwischen Großbritannien und den paštunischen Stämmen, die an der Grenze zu Britisch-Indien ansässig waren, führten zur Integration von afghanischem Gebiet westlich des Indus (siehe Abbildung 2 ¹⁶⁹) in die britische Administration. Um die Situation in den paštunischen Stammesgebieten zu entschärfen und sie zu befrieden, wurde die *North-West-Frontier-Province* (NWFP) gegründet.¹⁷⁰

¹⁶⁴ Vgl. Schetter, Ethnizität, 256.

¹⁶⁵ Vgl. Schetter, Ethnizität, 258.

¹⁶⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 258.

¹⁶⁷ Vgl. Schetter, Ethnizität, 258.

¹⁶⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 259.

¹⁶⁹ https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/01/NWFP_%281901-1955%29_map.gif (15. Februar 2017)

¹⁷⁰ Vgl. Schetter, Ethnizität, 263.



Die davon betroffenen Gebiete jenseits der Durand-Linie, die auch als *Tribal Areas* zu bezeichnen sind, waren zwar der institutionalisierten Verwaltung Britisch-Indiens unterstellt, de facto jedoch immer noch autonom agierende Stammesgemeinschaften zwischen Afghanistan und der westlichen Grenze Britisch-Indiens.¹⁷¹ Zum von Großbritannien erhofften Abklingen der Revolten und des paštunischen Widerstandes in der Region kam es jedoch nicht.

„Bis zur Unabhängigkeit Pakistans 1949 blieb die NWFP ein [...] Unruheherd.“¹⁷²

Der Widerstand innerhalb der *Tribal Areas* gründete jedoch nicht auf einer gemeinsamen Idee des organisierten Widerstandes gegen die britische Administration und eines gemeinsamen Wunsches zum Aufbau einer nationalen Identität der Stämme. Die Widerstandsbewegungen in der NFPW setzten sich ideologisch vielmehr aus einer Kombination aus religiösem Fanatismus und dem Streben nach Unabhängigkeit einzelner Stammesgemeinschaften zusammen.¹⁷³ Eine dieser Bewegungen waren die so genannten *Red Shirts*, die in ihrer ideologischen Ausrichtung den Ideen des gewaltlosen Widerstands von Mahatma Gandhi folgten und die Zerschlagung der britischen Herrschaft zum Ziel hatten. Diese Bewegung stand, so wie viele andere in der NWFP, unter der Leitung eines islamischen Geistlichen.

¹⁷¹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 263f.

¹⁷² Schetter, Ethnizität, 263.

¹⁷³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 263f.

Mit dem Zusammenbruch von Britisch-Indien und der Staatsgründung Pakistans verschärfte sich die Situation in der NWFP zusehends. Ein Referendum unter der Bevölkerung der NWFP, das hinsichtlich seines Inhalts und seiner Durchführung stark kritisiert und von den *Red Shirts* durch deren Nichtteilnahme sogar boykottiert wurde, kam zu dem Schluss, dass die Bevölkerung der NWFP einen Anschluss an Pakistan befürwortet hätte.¹⁷⁴ Die Möglichkeiten entweder in den afghanischen Staat integriert zu werden oder jedoch einen autonomen Staat „Paštūnistān“ zu gründen, standen bei diesem Referendum nicht zur Wahl. Ab diesem Zeitpunkt spielte die „Paštūnistān-Frage“ eine immer größere Rolle für die afghanische Innenpolitik.

Ab dem Jahr 1948 bemühte sich der afghanische Staat zusehends, als Repräsentant und „Schutzmacht“ aller Paštūnen, sowohl denen auf afghanischem Territorium als auch in den *Tribal Areas* in der NWFP gesehen zu werden. Aufgrund der geografischen Beschaffenheit der Durand-Linie, kam es in einer *lōjah ġirga* im Jahr 1949 von afghanischer Seite zu einer Nichtigkeitserklärung des Grenzabkommens mit Großbritannien und des Durand-Vertrags aus dem Jahr 1893. Rufe nach einem Selbstbestimmungsrecht der zu Unrecht in den pakistanischen Staat eingegliederten Paštūnen seitens Afghanistans immer lauter und führten in den kommenden Jahrzehnten einerseits zu einer drastischen Verschlechterung der Beziehungen zu Pakistan.

„Die Paštūnistānfrage bestimmte [...] das Verhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan. Der Paštūnistānkonflikt brachte [...] beide Staaten an den Rand eines Krieges.“¹⁷⁵

Gleichzeitig begünstigten die außenpolitischen Konflikte mit Pakistan sowohl ein Wiedererwachen nationalistischer Kräfte und Ideologien innerhalb Afghanistans. Viel wichtiger für die Zeit zwischen 1948 und 1953 waren die immer stärker werdenden Kontakte der Regierung in Kabul nach Moskau. Aber auch die USA intensivierten ihre Hilfeleistungen in Afghanistan.

Das *Helmand-Projekt*, das durch den Bau von Staudämmen in die Region des Helmandflusses fruchtbar und bebaubar machen sollte, war eines der größten Projekte, das die USA in Afghanistan verwirklicht sehen wollten. Es scheiterte jedoch an mangelnder Planung und fatalen Bau- und Ausführungsfehlern.¹⁷⁶ Die Sowjetunion hingegen intensivierte nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 ihr Engagement in Ländern der Dritten Welt und machte sich im Falle Afghanistans die

¹⁷⁴ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 264.

¹⁷⁵ Schetter, *Ethnizität*, 266.

¹⁷⁶ Vgl. Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, 84.

immer wieder errichteten Grenzsperrn Pakistans zu Nutze, um Afghanistan mit Importwaren zu versorgen.¹⁷⁷

Mit dem von Zāhir Šah neu eingesetzten Premierminister, betrat ein politisch konservativer Charakter die Bühne der afghanischen Innenpolitik. Mohammad Dāūd, ebenfalls Mitglied der afghanischen Königsfamilie der Musāhibān und Kommandant der afghanischen Streitkräfte, zeigte in den ersten zehn Jahren seiner Amtszeit ökonomisches Geschick und konnte die *lōjah ġirga* für eine Vielzahl an Sozialreformen gewinnen.¹⁷⁸ Er bemühte sich, die Nomadenstämme sesshaft zu machen und setzte wichtige Schritte zum abermaligen Versuch einer Emanzipation der Frau in Afghanistan, was ihn bei der konservativen Geistlichkeit, ähnlich wie es bei Amanūllāh der Fall war, nicht beliebt machte.¹⁷⁹ Mit Dāūds Machtübernahme begann auch von Seiten der Sowjetunion die erste Phase einer Koexistenzstrategie.¹⁸⁰ Diese war aus der Sicht Moskaus auch notwendig, da die USA ihren Einfluss in Zentralasien und dem Mittleren Osten durch den Beitritt der Türkei zur NATO und dem Bagdad-Pakt stetig ausweiteten.

„Nachdem 1953 im Iran REZAH PAHLEVI an die Macht gekommen war, hatten die USA mit Pakistan und Iran zwei enge Verbündete im Mittleren Osten.“¹⁸¹

Die Sowjetunion schloss in den Jahren 1954 und 1955 neue Abkommen über wirtschaftliche und militärische Hilfe mit Afghanistan ab. Dāūd nahm ein hohes Maß an sowjetischen Hilfeleistungen an, wie zum Beispiel den Bau der Luftwaffenbasis von Bagram, nördlich von Kabul und den Bau einer befestigten Straßenverbindung von der Grenze der UdSSR nach West-Afghanistan und nach Kabul¹⁸², sowie die Errichtung von Brotfabriken und die Installation einer Pipeline von Usbekistan nach Mazar-i-Sharif, mit der 1954 begonnen wurde.¹⁸³ Die sowjetische Militärhilfe des Jahres 1956 betrug 32 Millionen US-Dollar und gewährleistete somit eine Anpassung des afghanischen Militärs an die Standards der Sowjetunion.

„Bis 1978 wurden annähernd 4.000 Offiziere in der Sowjetunion fortgebildet.“¹⁸⁴

¹⁷⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 84f.

¹⁷⁸ Vgl. Rodric Braithwaite, Afgantsy. The Russians in Afghanistan 1979 – 89 (London 2012) 16.

¹⁷⁹ Vgl. Gerd Linde: Afghanistan und der Nachbar im Norden. In: Vogel, Heinrich (Hg.): Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise. Osteuropa und der internationale Kommunismus Bd.8 (Baden-Baden 1980) 73.

¹⁸⁰ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 73.

¹⁸¹ Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 72.

¹⁸² Vgl. Braun/ Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 17.

¹⁸³ Vgl. Linde, Afghanistan und der Nachbar im Norden, 73.

¹⁸⁴ Braun/ Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 17.

Diese Hilfeleistungen waren jedoch zunächst kein Indikator für eine sowjetische Vormachtstellung in Afghanistan im Kontext des Ost-West-Konflikts des Kalten Krieges. In den 1960er Jahren stellte gerade Afghanistan ein exzellentes Beispiel für eine friedliche Konkurrenz der beiden Weltmächte UdSSR und USA dar, denn die USA betrieben ihre Projekte im Süden des Landes weiterhin, wenn auch mit weniger Engagement als die Sowjetunion es tat. Im Zuge des Straßenbaus stellten die Amerikaner sogar eine Verbindung zum sowjetischen Straßennetz her.¹⁸⁵ Die Bundesrepublik Deutschland übernahm ebenfalls einen Teil der Entwicklungshilfe in Afghanistan und kümmerte sich vor allem um das Bildungs- und Ausbildungswesen.¹⁸⁶ Vor allem der Norden Afghanistans blieb im Fokus sowjetischer Hilfeleistungen. Das Gleichgewicht der Entwicklungshilfe aus den USA und der Sowjetunion veränderte sich im Laufe der 1960er Jahre zu Gunsten der Sowjetunion, was unter anderem durch das sinkende Interesse der USA an Afghanistan und die vergleichsweise großzügigeren Rückzahlungsmöglichkeiten der UdSSR beeinflusst wurde.¹⁸⁷ Die pakistanischen Grenzsperrungen förderten zusätzlich den Verbindungsaufbau nach Moskau.

Mohammed Dāūd suchte die Unterstützung der Sowjetunion und warb in der *lōjah ġirga* für eine enge Zusammenarbeit. Er erhoffte sich vor allem militärische Unterstützung seitens der UdSSR in Hinblick auf den Grenzkonflikt mit Pakistan und den Unruhen in den NWFP. Nachdem die USA die Durchführung einer umfassenden, militärischen Hilfeleistung abgelehnt hatten, schloss Afghanistan mit der Sowjetunion im Jahr 1956 Verträge über die Lieferung von Kriegsgerät und Waffen aus der UdSSR, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR ab.¹⁸⁸ Als Resultat der umfassenden Hilfemaßnahmen aus der Sowjetunion erwartete sich Moskau

„[...] eine langsam und kontinuierlich fortschreitende multidimensionale ökonomisch-politische Integration Afghanistans in den sowjetischen Hegemonialbereich.“¹⁸⁹

Diese Integration trat wenig später auch in Kraft. Ein wichtiger Faktor für die Sicherung des sowjetischen Einflusses war die Ausbildung afghanischer Offiziere in der Sowjetunion oder anderen Staaten innerhalb des Warschauer Pakts.¹⁹⁰

¹⁸⁵ Vgl. *Braun/Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 17.

¹⁸⁶ Vgl. *Braun/Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 17.

¹⁸⁷ Vgl. *Braun/Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 18.

¹⁸⁸ Vgl. *Adam*, Das Scheitern am Hindukusch, 38.

¹⁸⁹ Vgl. *Allan/Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 73.

¹⁹⁰ Vgl. *Joachim Krause*, Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern (Internationale Politik und Sicherheit; Bd.16, Baden-Baden 1985) 134.

„Mehrere tausend afghanische Soldaten erhielten nicht nur Unterricht in militärischen Fächern, sondern [...] wurden ideologisch erzogen.“¹⁹¹

Die Monopolstellung der Sowjetunion wurde vor allem durch die Abweisungen der USA hinsichtlich neuerlicher Kreditvergaben, aber auch bei militärischer Unterstützung für Afghanistan begünstigt.¹⁹² Die Sowjetunion reagierte hinsichtlich der Unterstützung Afghanistans mit Waffen und militärischem Gerät vergleichsweise vorsichtig. Moskau hatte anfangs große Bedenken, dass eine derartige Unterstützung in nichtkommunistischen Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Großbritannien und die USA provozieren könnte. Einen, womöglich sogar bewaffneten, Konflikt mit den westlichen Großmächten wollte der Kreml in den frühen 1950er Jahren um jeden Preis verhindern.¹⁹³

2.3. Afghanistan als konstitutionelle Monarchie (1963 – 1973)

Mohammad Dāuds erste Amtszeit als Premierminister im *Royal Government of Afghanistan* (RGA) dauerte bis 1963. Ein Zerwürfnis zwischen seinem Cousin Zāhir Šah bedeutete die Absetzung des reform-, aber auch äußerst machtorientierten Premierministers. Die Gründe, die dazu führten, dass der König seinen Premier schlussendlich des Amtes enthob, sind bis heute nicht zur Gänze geklärt. Nach der ersten Dekade seiner Amtszeit, schrieb Dāud einige Briefe an den König, in denen er ein umfassendes Reformprogramm vorstellte. Er wartete vergebens auf eine Antwort von Zāhir Šah.¹⁹⁴ Mögliche Gründe, die zur Entlassung Dāuds geführt haben, könnten seine Machtbestrebungen im Land gewesen sein, die dem König und seinem Beraterstab missfielen. Dāud wurde aufgrund seines Regierungsstils, vor allem im Westen, gerne mit autoritären Militär-Diktatoren der „Dritten Welt“, wie beispielsweise Gamal Abdel Nasser, verglichen. Andererseits könnten auch Unstimmigkeiten zwischen dem König und Dāud in der „Paštūnistan-Frage“ und hinsichtlich der Beziehungen zur Sowjetunion zu diesem Zerwürfnis geführt haben.¹⁹⁵

¹⁹¹ Vgl. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik, 134.

¹⁹² Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 73.

¹⁹³ Vgl. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik, 50f.

¹⁹⁴ Vgl. Thomas Hammond, Red Flag over Afghanistan. The Communist Coup, the Soviet Invasio, and the Consequences (Boulder, Colorado [u.a.] 1984) 29.

¹⁹⁵ Vgl. Hammond, Red Flag over Afghanistan, 29.

„There is disagreement as to whether Daoud or the king took the initiative in Daoud’s departure from office [...]. The king probably would not have had the courage to fire Daoud if he had not been encouraged to do so by leading members of the royal family.“¹⁹⁶

Der Konflikt zwischen Zāhir Šah und Mohammad Dāūd sollte 1973 in einem unblutigen Staatsstreich enden, der die zweite Amtsperiode unter Premierminister Dāūd eingeleitet hat. Nach der Entmachtung Dāūds im März 1963, wurde von Zāhir Šah eine Vielzahl an Reformvorschlägen des abgesetzten Premiers politisch tatsächlich umgesetzt. In den zehn Jahren von 1963 bis 1973 versuchte der König, die unter Dāūd herrschenden politischen Verhältnisse drastisch zu ändern und liberaler, aber vor allem, auch demokratischer zu gestalten.

„During the decade from Daoud’s forced retirement [...] King Zahir Shah tried to turn a traditional Asian royal dictatorship into a modern constitutional monarchy.“¹⁹⁷

Mit dem Rücktritt Dāūds begann in Afghanistan die Periode des liberalen Konstitutionalismus.¹⁹⁸ Viele Afghanen sehen in dieser Periode bis heute noch das Vorzeigemodell politischer und demokratischer Konzeption ihres Landes und übersehen dabei zur Gänze die politische Instabilität und wirtschaftliche Stagnation aufgrund sinkender ausländischer Entwicklungshilfe.¹⁹⁹ Dabei sanken jedoch zum größten Teil die Hilfeleistungen aus westlichen Staaten, während die Sowjetunion ihre Hilfe intensivierte. Ein paradoxes Vorgehen der Großmächte, das jedoch den Dynamiken des Kalten Krieges und dem dominierenden Ost-West-Konflikt in dieser Zeit geschuldet war und nicht ganz unerwartet kam.²⁰⁰

Mehr als 190 gemeinsame Bauobjekte wie Straßen, Bewässerungssysteme, Bildungseinrichtungen und Erdöl- aber vor allem Erdgasförderanlagen wurden im Zuge der sowjetisch-afghanischen Wirtschaftsbeziehungen fertig gestellt.²⁰¹ Die große Zahl an Bauprojekten ab den 1960er Jahren machte Afghanistan vollkommen von der Sowjetunion abhängig. Vor allem im Falle von großen Erdgas- und Edelsteinvorkommen war Afghanistan ein wichtiger Zulieferer für die Sowjetunion und somit auch von nicht geringer wirtschaftlicher Bedeutung. Im Oktober 1963 wurde dafür beim Besuch des damaligen Sekretär des Zentralkomitees der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (KPdSU) und späteren Parteichef Leonid Brežnev ein Abkommen über die sowjetische

¹⁹⁶ Hammond, Red Flag over Afghanistan, 29.

¹⁹⁷ Henry Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union. New and Expanded Edition (Durham, NC 1985) 32.

¹⁹⁸ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 75.

¹⁹⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 87.

²⁰⁰ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 75.

²⁰¹ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 75f.

Hilfeleistung bei der Gewinnung von Erdgas ratifiziert.²⁰² Dieser Abhängigkeit konnte auch der Versuch einer politischen Neuorientierung im Jahrzehnt des Parlamentarismus von 1963 bis 1973 nichts entgegenzusetzen, wenngleich der Kreml über die neuerlichen Autonomiebestrebungen Afghanistans in dieser Zeit nicht erfreut waren.

Die Periode der Demokratisierung begann am 1. Oktober 1964 mit der Verabschiedung einer Verfassung nach französischem Vorbild, durch die eigens einberufene *lōjah ġirga*, die erste Strömungen westlichen Parlamentarismus beinhaltete. Die Machtkonzentration blieb trotzdem auf das Amt des Königs zentriert.²⁰³ Die ab diesem Zeitpunkt gültige Verfassung rückte die Nation und ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller afghanischen Ethnien in den Vordergrund. So hieß es im Artikel 1 der damaligen Verfassung:

„Sovereignty in Afghanistan belongs to the nation. The Afghan nation is composed of all those individuals, who possess the citizenship of the State of Afghanistan in accordance with the provisions of the law. (Art.1)“²⁰⁴

Dieser Artikel wurde nach einigen Diskussionen darüber, wer denn nun als „Afghane“ zu gelten habe, einer Änderung unterzogen, da das Ethnonym bisweilen nur für Paštūnen gebraucht wurde. Andere nicht-paštūnische Ethnien drängten jedoch auch darauf, eine Erwähnung in der neuen Verfassung zu finden, weshalb Artikel 1 um den Satz „[...] the word Afghan shall apply to each such individual“ erweitert wurde.²⁰⁵

Gleich im Artikel 2 wurde der Islam zur allgemeinen Staatsreligion erklärt. Diese Erklärung bildete insofern eine Reform in theologischen Belangen, als Andersgläubigen die Ausübung ihrer eigenen Religion zugestanden wurde.²⁰⁶

„Religious rites performed by the state shall be according to the provisions of the Hanafi doctrine. (Artikel 2; Satz 2)“²⁰⁷

Allerdings blieben die religiöse Diskriminierung von Menschen nicht-hanafistischen Glaubens durch den Staat und, wie durch den zitierten Satz gezeigt, das religiöse Machtmonopol in den

²⁰² Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 75.

²⁰³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 268.

²⁰⁴ Schetter, Ethnizität, 269.

²⁰⁵ Vgl. Schetter, Ethnizität, 269.

²⁰⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 270.

²⁰⁷ Schetter, Ethnizität, 270.

Händen der hanafitisch-sunnitischen Rechtsschulen bestehen.²⁰⁸ Die *šarī'a* und das *paštūnwālī* bestimmten vor allem in den ländlichen Gebieten Afghanistans das staatliche Rechtswesen.

„Eine moderne, weltliche Rechtsprechung beschränkte sich auf die größeren Städte.“²⁰⁹

Die Verfassung schrieb überdies die Aufteilung der bestehenden vierzehn in nun achtundzwanzig Provinzen vor.

„Zum einen verfolgte diese Politik das Ziel, ethnische und regionale Identitäten [...] zu schwächen, zum anderen diente die vorgenommene Einteilung der Provinzen der Machtsicherung der Paštūnen.“²¹⁰

Des Weiteren legte die Verfassung die Gründung eines Zweikammernparlaments, der *šūrā*, fest. Diese setzt sich aus einem geheim gewählten Unterhaus, *wolusī ġirga*, und dem nur teilweise gewählten Oberhaus, *mešrāno ġirga*, zusammen.²¹¹ Der nichtgewählte Teil im *mešrāno ġirga* wurde vom König ernannt und sicherte den Herrschaftsanspruch der Königsfamilie.

„In beiden Parlamenten dominierten Repräsentanten des traditionellen Establishments, vor allem religiöse Würdenträger [...] und Stammesführer.“²¹²

Die Zusammensetzung der Abgeordneten beider Parlamente machte die Institutionen politisch teilweise äußerst ineffizient, da einzelne Abgeordnete sich ihren eigenen Interessen und denen der jeweiligen ethnischen Gemeinschaft viel stärker verpflichtet fühlten, als denen des Staates oder der Nation.²¹³ Zwar waren mit der Verfassung von 1964 keineswegs sämtliche ethnischen und vor allem religiösen Disparitäten im Inneren beseitigt, jedoch wird die Verfassung aus dem Jahr 1964 als erster Versuch Zāhir Šahs gesehen, gemäßiger und offener auf sämtliche nicht-paštūnischen Ethnien in seinem Land einzugehen. Diese Tendenz wurde ebenfalls durch die Berufung des neuen Premierministers und die Besetzung von Regierungsämtern verdeutlicht. Der neue Premierminister Dr. Mohammad Jūssuf und einige Minister gehörten der ethnischen Gruppe der Tāġiken an und mit 'Abdul Wahīb Sarābī war auch erstmals ein Vertreter der Hazāra mit Regierungsverantwortung betraut worden.

²⁰⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 270.

²⁰⁹ Schetter, Ethnizität, 270.

²¹⁰ Schetter, Ethnizität, 271.

²¹¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

²¹² Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

²¹³ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

Die von Zāhir Šah verabschiedete Verfassung gilt ohne Zweifel als politischer Meilenstein und richtungsweisend für die Modernisierung Afghanistans hin zu einer demokratischen Polit-Kultur. Allerdings wurde vom König eine folgenschwere Entscheidung getroffen, die den politischen und gesellschaftlichen Diskurs des Landes maßgeblich geprägt hatte. Das in der Verfassung enthaltene Parteiengesetz wurde zwar wörtlich formuliert, kam jedoch nie zu einer Ratifizierung.²¹⁴ Trotz des gewählten Parlaments und dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen und Männer konnte, oder vielmehr sollte das neu konstruierte Politsystem Afghanistans keine Änderungen der bestehenden Herrschaftsordnung bringen.²¹⁵ Die Theorie, dass die Herrschaftselite hinsichtlich der machtpolitischen Übernahme durch linke Kräfte ihre eigene Machposition gefährdet und das Land in Unruhen und Revolten versinken sah, kann als Begründung dafür gesehen werden, dass das Parteiengesetz nicht ratifiziert wurde.²¹⁶ Das Resultat dieser gewollten Nachlässigkeit war, dass die neugegründeten Parteien einerseits in der Illegalität verhaftet blieben und sich im Gegenzug in der Erstellung ihrer Parteiprogramme auch nicht an etwaige Verfassungstexte gebunden fühlen mussten. Die nun gegründeten Parteien mussten sich in einer halblegalen Grauzone formieren.²¹⁷

Die einflussreiche Machtelite setzte sich trotz der modern und liberal konzipierten Verfassung, wie auch unter den vorherigen Machthabern, zum größten Teil aus wenigen hundert, wohl-situierten Familien zusammen, die sich auch schon in der Vergangenheit in Regierungsverantwortung befanden.²¹⁸ Dabei ist hervorzuheben, dass große Bevölkerungsteile Afghanistans, die in der Peripherie der Städte und auf dem Land lebten, keinerlei Chance hatten, ein hohes Staatsamt auszuüben oder gar in eines der Parlamente gewählt zu werden.²¹⁹ In dieser gesellschaftlichen Asymmetrie manifestierte sich der massive Unterschied zwischen Stadt und Land. Dieser gilt im Wesentlichen bis heute als Initiator für die Grundkonflikte innerhalb der afghanischen Zivilgesellschaft. Moderne Kräfte in der Stadt standen im Gegensatz zu den traditionalistischen Einflüssen in den ländlichen Gebieten, die einen Großteil der afghanischen Gesamtbevölkerung beheimateten.

²¹⁴ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

²¹⁵ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 6.

²¹⁶ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

²¹⁷ Vgl. *Braun/Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 18.

²¹⁸ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

²¹⁹ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 88.

„So hatte sich Kabul zu einer der modernsten Städte Asiens entwickelt, während ländliche Regionen [...] von wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen ausgeschlossen blieben.“²²⁰

Ein weiteres Konflikt- und Spannungsfeld bildete sich innerhalb der Bildungselite in Kabul. AbsolventInnen der Kabuler Universität und den vier weiterführenden und jeweils von Deutschland, Frankreich, England und den USA geförderten Schulen riefen ihrerseits ebenfalls nach politischer Mitbestimmung und Emanzipation. Die ersten Wahlen im Herbst 1965, im Zuge deren sich 1385 Kandidaten für 215 Mandate beworben haben, stellen die ersten „demokratischen Gehversuche“ auf noch sehr wackeligen Beinen dar. Zwar wurde unter den Kandidaten äußerst temperamentvoll wahlgekämpft, doch der erste Urnengang stieß vor allem bei der islamisch geprägten und analphabetischen Majorität der Landbevölkerung auf wenig Interesse.²²¹ Mit einer Wahlbeteiligung von nur 2 bis 3 Prozent am Land und höchstens 10 Prozent in den Städten, wurde die erste offizielle Wahl, bei der auch Frauen das Wahlrecht innehatten, geschlagen. Von den neugewählten 215 Abgeordneten schafften es vier Frauen auf Anhieb in die *wolusī ġirga*.²²²

2.4. Die afghanische Parteienlandschaft ab 1964 – Geschichte und Organisation der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA)

Aufgrund des Bildungsangebotes in den Hochschulen Kabuls war es den BewohnerInnen in den ländlichen Gebieten möglich, aus den traditionellen Rollen auszubrechen und Zugang zu höherer Bildung zu erlangen.²²³ Es bildete sich eine neue politische Elite heraus, die mehrheitlich aus Mitgliedern paschtunischer und taġikischer Herkunft zusammengesetzt war. Andere Ethnien, wie zum Beispiel die Hazāra hatten große Schwierigkeiten, über den Bildungsweg in Ämter mit politischer Verantwortung zu gelangen, da ihnen zum größten Teil eine weiterführende Ausbildung nach der Grundschule von Seiten der staatlichen Autorität schlichtweg verwehrt blieb.

Die „neue Elite“ positionierte sich in politisch motivierten Bewegungen. Politische Gruppierungen bildeten sich rund um die Hochschulen, die Militärakademie in Kabul und andere

²²⁰ Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 89.

²²¹ Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 44.

²²² Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 44.

²²³ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 89.

Bildungseinrichtungen, sowie um politische Zeitungen.²²⁴ Die neuentstandenen Strömungen als politische Parteien im Kontext eines modernen, westlichen Politikverstehens zu betrachten, ist in manchen Fällen zwar gerechtfertigt, in den allermeisten Fällen handelte es sich dabei jedoch meist um lockere Netzwerke, in denen sich eine kleine Gruppe von InteressentInnen und Gleichgesinnten zusammenfand, jedoch nicht effizient organisieren konnte.²²⁵ Trotz allem boten gerade diese politischen Gruppen jenen BewohnerInnen Afghanistans, die nicht aus einer der wenigen reichen Familien des Landes stammten, die Möglichkeit, an einem politischen Diskurs über das eigene Land teilzunehmen. Die ideologische Ausrichtung der „neuen Elite“ lässt sich pauschal mit dem Begriff des „Anti-Establishment“ zusammenfassen. Obwohl sich in der ideologischen Konzeption der großen vier Strömungen in der afghanischen Parteilandschaft wenige Schnittmengen, aber viel mehr Gegensätze ausmachen lassen, stellte der Widerstand gegen die Machthaber rund um König Zāhir Šah ein verbindendes Element dar, wenngleich aus unterschiedlicher Motivation. Partizipation an politischen Diskursen bildete ein Phänomen, das lediglich auf die großen urbanen Zentren Afghanistans beschränkt blieb und im ländlichen Raum nie Fuß fassen und dessen Bevölkerung auch nie erreichen sollte. Diese Asymmetrie sollte zu einem der größten Probleme der späteren Regierungen werden.

In den 1960er Jahren galt vor allem der Konflikt zwischen Paštūnen aus der Provinz und den „de-tribalized“²²⁶ Paštūnen der urbanen Gesellschaften als politisch maßgebend. Dieser Konflikt kann als Nährboden für die Gründung radikaler politischer Bewegungen gesehen werden. Viele der Gründer und Ideenstifter verschiedener Bewegungen dieser Zeit, wie zum Beispiel Hafīzullāh Amīn, der maßgeblich an der Etablierung der kommunistischen Fraktion beteiligt war, kamen aus der afghanischen Provinz nach Kabul in der Hoffnung, in die dort ansässige Regierungselite aufzusteigen und ein gewisses Maß an Mitbestimmung für sich selbst erlangen zu können.²²⁷

In den meisten Fällen wurden diese Hoffnungen jedoch nie erfüllt. Geprägt von der damit einhergehenden Frustration über die intransparente und illiberale Machtverteilung von Regierungsaufgaben, richteten sich nahezu alle Ideen und Konzepte der neuen politischen Bewegungen gegen die Herrschaft eines „traditionellen Establishments“²²⁸. Die

²²⁴ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 317.

²²⁵ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 317f.

²²⁶ Vgl. Ralph Magnus, *Tribal Marxism: The Soviet Encounter with Afghanistan* (Cincinnati/Ohio 1982) 17.

²²⁷ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 318.

²²⁸ Vgl. Schetter, *Ethnizität*, 318.

Führungspersönlichkeiten entsprachen dabei fast ausnahmslos jenem Kreis von Personen der afghanischen Gesellschaft, die aus Mangel an Alternativen,

„[...] durch Umstürzbewegungen den Weg zur Macht suchten.“²²⁹

Die Universitäten und Bildungseinrichtungen waren gegen Ende der 1960er Jahre immer wieder zum Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen geworden. Vor allem die Universität in Kabul wurde immer mehr zum Hauptausgangspunkt oppositioneller Aktionen. Royalisten und konservative Geistlichkeit waren teilweise auf der Seite des Establishments und kämpften gegen Angriffe von westlich orientierten, linksliberalen Zirkeln und Kommunisten.²³⁰ Dabei ging die Initiative keineswegs nur von linken Kräften, sondern auch von konservativ islamischen Kreisen aus.²³¹ Die beiden Weltanschauungen standen dabei keinesfalls in friedlicher Koexistenz zueinander. Vor allem der junge Babrak Kārmal, während der sowjetischen Intervention als Präsident eingesetzt, versuchte mit marxistisch geprägten Parolen gegen einflussreiche Mullahs zu wettern, während diese durch Rezitation bestimmter Koranverse die westliche Orientierung und die Säkularisierung der afghanischen Gesellschaft anprangerten.²³²

Die drei politisch-ideologischen Hauptströmungen seit den 1960er Jahre lassen sich grob in eine *sozialistische, kommunistische* und *islamistische Strömung* einteilen. Diese grobe Unterteilung hinsichtlich der jeweiligen politischen Grundzüge und -gedanken, trifft dabei im Wesentlichen auf die größten und einflussreichsten Organisationen zu und stellt ein vereinfachtes Schema zur Gliederung dar.²³³

Die *afgān millat* war eine sozialdemokratische Bewegung, deren politisches Auftreten jedoch durch die Ideologie eines paštūnischen Ultrationalismus stark verzerrt wurde.²³⁴ Die Partei setzte sich vor allem für die Schaffung von „Großpaštūnistān“ ein und schürten in ihrer AnhängerInnenschaft Ängste vor dem bevorstehenden „Untergang der paštūnischen Kultur“ durch eine Zunahme an persischem Einfluss in Afghanistan..²³⁵ Ihre Parteimitglieder rekrutierte die *afgān millat* fast ausschließlich aus der paštūnischen, urbanen Bildungselite.

²²⁹ Schetter, Ethnizität, 318.

²³⁰ Vgl. Braun/Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 18.

²³¹ Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 46.

²³² Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 46.

²³³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 318.

²³⁴ Vgl. Schetter, Ethnizität, 320.

²³⁵ Vgl. Schetter, Ethnizität, 320.

Die islamistischen Bewegungen organisierten sich in den seltensten Fällen als Parteien und traten meist in Form von losen Bewegungen auf. Das einzige verbindende Element innerhalb der Bewegung bildete der Rat; *šūrā*, der sich aus den Professoren, den *ostād*, die die geistigen Führer darstellten, und der Organisation der Muslimjugend zusammensetzte. Die Hauptmotivation für den Zusammenschluss islamistisch orientierter Kräfte war der allgemeine Widerstand gegen die sowjetische Besatzung. Auch die Idee eines Panislamismus nahm einen hohen Stellenwert innerhalb ihrer politischen Bestrebungen ein.²³⁶ Die Einheit aller Muslime, der *‘ummah*-Gedanke, bildete den Grundstein sämtlicher politischer Diskurse. Daher wurden alle Nationalismen und Ethnizitäten von den Islamisten strengstens abgelehnt.²³⁷

Aus der führenden kommunistischen Bewegung Afghanistans entstand die leninistisch-marxistische Demokratische Volkspartei Afghanistan (DVPA). Sie wurde, nach einigen Jahren als Partei im Untergrund, am 1. Jänner 1965 offiziell gegründet.²³⁸ Nur kurze Zeit später, im Juli 1967, spaltete sich die Partei jedoch wieder in zwei Flügel *khalq* und *parčam*.

„Diese Flügelbildung war weniger durch ideologische Differenzen bedingt als durch Nutzung unterschiedlicher sozialer, ethischer und gesellschaftlicher Netzwerke.“²³⁹

Der *khalq* Flügel, zu Deutsch das Volk, hielt stark an leninistischen Grundzügen fest und rekrutierte seine Anhänger zum Großteil aus Paštūnen, die aus den Provinzen Süd- und Ostafghanistan zum Studium nach Kabul gekommen waren und nach ihrer Ankunft schnell mit der harten Stellung als Außenseiter in der fremden, urbanen Gesellschaft konfrontiert waren.²⁴⁰ Der *khalq* -Flügel hatte dreimal so viele Mitglieder wie *parčam*. Der *parčam*-Flügel, zu Deutsch Fahne, bildete sich aus hierarchisch nachgeordneten Mitgliedern aus Familien des Kabuler Bürgertums, aus denen sich wiederum ein großer Teil der nationalen, politischen Führungselite rekrutierte.²⁴¹

„Politisch wurde *parčam* als gemäßigt eingestuft; auch unterhielt *parčam* über verwandtschaftliche Beziehungen Kontakte zum traditionellen Establishment, weshalb dieser Parteiflügel auch [...] als „the Royal Communist Party“ bezeichnet wurde.“²⁴²

²³⁶ Vgl. Schetter, Ethnizität, 325.

²³⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 91.

²³⁸ Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 48.

²³⁹ Schetter, Ethnizität, 321.

²⁴⁰ Zit. nach Schetter, Ethnizität, 322.

²⁴¹ Vgl. Schetter, Ethnizität, 322.

²⁴² Schetter, Ethnizität, 322.

Die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Flügeln der DVPA lassen sich sehr gut an den Biografien ihrer Führungsfiguren skizzieren. Babrak Kārmal, der Anführer von *parčam*, gehörte als Sohn eines Generals der Kabuler Herrscherelite an und wurde 1965 auch in die *wolusī ġirga* gewählt. Er inszenierte sich durch seine Verhaltensweisen als vollwertiger Paštūne, trotz hartnäckiger Gerüchte über eine nicht-paštūnische Zugehörigkeit.²⁴³ Zum Beispiel wählte er das Dārī als sprachliches Idiom um die Gerüchte, er sei eigentlich Tāġike, zu entkräften. Das Führungsduo der *kahlq*-Fraktion bildete sich aus Mohammad Tarakīs und Hafīzulāh Amīn. Beide sprachen bevorzugt Paštū, wodurch sie ihre ländliche Abstammung unterstrichen, obwohl der eigene Lebenslauf dem traditionalistischen Bild kaum standhielt. Tarakī wurde als Literat bekannt, Amīn studierte von 1957 bis 1962 in den USA.²⁴⁴ Die Sowjetunion hatte wenig Freude an der Spaltung der stärksten kommunistischen Fraktion in Afghanistan. 1974 äußerten die Verantwortlichen im ZK der KPdSU in Moskau in einem Schreiben an Tarakī und Kārmal großes Bedenken hinsichtlich der noch bestehenden Spaltung der DVPA.

„In Moskau stellt man sich mit tiefer Beunruhigung zu den Mitteilungen [...] über den fortgesetzten gegenseitigen Kampf zwischen der Führung von „Parcham“ und Khalq“. Dieser [...] Kampf [...] führt zur Schwächung beider Seiten, trägt zur Spaltung in den Reihen der progressiven Kräfte und der demokratischen Bewegung insgesamt bei. [...] In dieser ausserordentlich schwierigen Situation müssen alle progressiven Kräfte [...] ihre Anstrengungen vereinigen.“²⁴⁵

Die Spaltung der DVPA brachte noch zwei weitere Gruppierungen hervor. Die „Nationale Unterdrückung“, *sitam-e millī* wurde 1968 von Tāhir Badakhšī gegründet. Uzbeken und Tāġiken bildeten den Großteil ihrer Mitglieder.

„Bereits der Name der Partei bezog sich auf die Unterdrückung der ethnischen Minoritäten durch die Paštūnen.“²⁴⁶

Die Entstehung der „Nationalen Unterdrückung“ kann als exemplarisch für die stetig wachsende Bedeutung eines ethnischen Moments auch in der urbanen afghanischen Gesellschaft gesehen werden.²⁴⁷

²⁴³ Vgl. Schetter, Ethnizität, 322.

²⁴⁴ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 90.

²⁴⁵ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 86.

²⁴⁶ Schetter, 2003.S.323.

²⁴⁷ Vgl. Schetter, Ethnizität, 323.

Die „Ewige Flamme“, *šo 'la*, bildete sich ebenfalls aus dem Zerfall der DVPA. Sie war maoistisch ausgerichtet und stellte die Frage nach der afghanischen Nationalität vor die Frage nach Klassenzugehörigkeit. Sie war in den 1970er Jahren ebenso populär wie *kahlg* und *parčam* und bildete ihren Mitgliederstamm aus Kabuler Intellektuellen²⁴⁸. Die *parčamis* sollten für die zweite Amtsperiode Dāūds, die im Juli 1973 begann, eine wichtige Rolle spielen.

2.5. Die zweite Amtsperiode unter Daud

Während eines Auslandsaufenthalts des Königs gelang es Mohammad Dāūd, sich mit Hilfe des *parčam*-Flügels und der Unterstützung von afghanischen Offizieren am 17. Juli 1973 an die Macht zu putschen.²⁴⁹ Zāhir Šah war ab 1973 in Rom exiliert. Er kehrte 2002 nach Kabul zurück. Der König fand wenig Unterstützer, die sich dem Putsch durch Dāūd entgegenstellten und dem König ihre Loyalität bezeugten. Die politische Passivität des Königs während der großen Hungersnot von 1969 bis 1971 und die Unzufriedenheit des afghanischen Volkes mit Zāhir Šahs Regierungsarbeit, ließen den Dāūd-Putsch gewähren.

Die Rückkehr Dāūds an die Macht bedeutet für Afghanistan die Wiederkehr der Regierungsform des „Starken Mannes“, der sämtliche Demokratisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen des parlamentarischen Jahrzehnts für nichtig erklären und abermals eine Autokratie unter seinem Namen installieren würde.²⁵⁰ Ein Zentralkomitee, gebildet aus Unterstützern des Putsches, ernannte am 26. Juni 1973 Dāūd zum Präsidenten und Premierminister der Republik Afghanistan, die er gleichzeitig mit seiner Ernennung ausrief. Die von ihm bekleideten Posten beinhalteten auch die Kontrolle über das Verteidigungs- und Außenministerium.²⁵¹ Vor allem für *parčam* bedeutete der Dāūd-Putsch die Möglichkeit, endlich Regierungsverantwortung zu übernehmen, denn das neue Staatsoberhaupt der „Republik Afghanistan“ belohnte die Unterstützung des *parčam*-Flügels mit einigen Regierungsämtern. Linksgerichtete und dem *parčam*-Flügel nahe Offiziere wurden zu hohen Befehlshabern in der afghanischen Armee befördert.²⁵²

²⁴⁸ Vgl. Schetter, Ethnizität, 323.

²⁴⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 92.

²⁵⁰ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 54.

²⁵¹ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 56.

²⁵² Vgl. Hammond, Red Flag over Afghanistan, 37.

Innenpolitisch setzte Dāūd einen streng autoritären Regierungsstil durch. So hob er beispielsweise die Pressfreiheit auf. Er behielt das Parlament zwar bei, besetzte jedoch wichtige Ministerposten und politische Ämter selbst. So nahm Dāūd das Amt des Präsidenten ein und besetzte den Posten des Premier-, Außen- und Verteidigungsministers in Personalunion.²⁵³ Ein geringer Teil der politischen Ämter ging an Anhänger der *parčam*-Fraktion, die Dāūd beim Putsch unterstützt hatten. Bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre wählten sich die Mitglieder von *parčam* in einer unumstößlichen Machtposition und nutzten den neugewonnenen Einfluss. Dāūd besetzte zwei Ministerposten mit linksgerichteten Offizieren. Faiz Mohammad wurde zum Innenminister berufen und Paša Gül Wafadar als Minister für Grenzfragen, im Speziellen zuständig für die Konflikte an den Grenzgebieten zu Pakistan und das „Paštūnistan-Problem“. Babrak Kārmal wurde mit keinem Regierungsamt betraut.²⁵⁴ Zahlreiche junge *parčamis* wurden in die ländlichen Provinzen entsandt, um grundlegende administrative Reformen durchzuführen und die Menschen in ebendiesen Regionen für die Idee einer zentralistisch regierten, sozialistischen Republik zu gewinnen und deren Unterstützung einzufordern.²⁵⁵

„[...] but most of them eventually became frustrated, disillusioned, or corrupt or were fired or quit.“²⁵⁶

Binnen kürzester Zeit begann Dāūd jedoch, *parčamis* in seiner Regierung wieder sukzessive zu entmachten. Mitglieder von *parčam*, die politische Ämter innehatten, wurden entweder vollständig entlassen oder für unbestimmte Zeit als Diplomaten ins Ausland geschickt.²⁵⁷ Dāūd vermied es, seine eigene politische Intention hinter den Entlassungen offen zur Schau zu stellen und nannte Korruption oder Ineffizienz als Gründe für Amtsenthebungen.²⁵⁸ Seine eigentliche politische Idee lässt sich mit dem Titel einer Rede, die er am 28. Februar 1974 vor den AbsolventInnen der Polytechnischen Hochschule in Kabul hielt, sehr treffend beschreiben.

„The official report of that speech was significantly headlined, <National Interests Above Every Thought, Ideology>.“²⁵⁹

²⁵³ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 37.

²⁵⁴ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 57.

²⁵⁵ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 37.

²⁵⁶ *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 37.

²⁵⁷ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 37.

²⁵⁸ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 56.

²⁵⁹ *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 57.

Dāūd war vor allem ein Nationalist, der sich der linken Kräfte in seinem Land lediglich für seine Machtergreifung- und -sicherung bediente, ideologisch jedoch wenig für deren Ideen und Umsetzung übrig hatte.²⁶⁰ Um den Einfluss des Militärs und der Kommunisten niedrig zu halten und diese Personengruppen sukzessive aus Machtpositionen zu verdrängen, fanden unter Dāūds Ägide häufige Amtswechsel und Personalrochaden hinter verschlossenen Türen statt, sodass die Bevölkerung bald nicht mehr wusste, welche Person nun welches Amt innehatte.²⁶¹

Die Repressionen gegen *parčam* nahe Mitglieder seines Regierungskabinetts wurden immer stärker und gipfelten in Verhaftungswellen, denen bis zum Jahr 1976 ungefähr 600 Personen zum Opfer fielen.²⁶² Auch gegen die traditionalistischen und islamischen Eliten ging Dāūd mit äußerster Härte vor und verhaftete im Jahr 1974 einen hohen Islamistenführer, was für bekennende Islamisten in Afghanistan den Beginn des Afghanistankrieges darstellte.²⁶³ Die staatliche Repression war es, die die beiden Flügel der DVPA zu neuerlichen Gesprächen hinsichtlich einer Wiedervereinigung bewegte. Vor allem die Mitglieder des *parčam*-Flügels waren enttäuscht vom Scheitern der angestrebten Reformen im ländlichen Raum, gezeichnet von Verfolgung und Ablehnung seitens des amtierende Präsidenten und der politischen Isolation. Im Jahr 1977 verabschiedet die *lōjah ġirga* eine neue Verfassung unter Präsident Dāūd. Die Inhalte stellten ein verwirrendes Gemenge aus sozialistischen Ideen, islamischen Wertvorstellungen und nationalistischen Grundlagen dar.²⁶⁴ Der *parčam*-Flügel lehnte diese Verfassung einstimmig ab.²⁶⁵ Der Islam verlor seine Gültigkeit in der Rechtsprechung und das hanafitisch-sunnitische Identifikationsmoment für die staatliche Ethnizität wurde nicht mehr gesondert hervorgehoben.²⁶⁶ Unter sowjetischem Druck hielt die DVPA im Juli 1977 einen Parteitag ab, den ersten seit 10 Jahren, um die Wiedervereinigung von *khalq* und *parčam* zu planen. Dabei wurden unter der Leitung des späterer afghanischen Außenministers Mohammad Dost, das Zentralkomitee und das Politbüro neu gewählt, mit Tarakī als Generalsekretär und Babrak Kārmal als dessen Stellvertreter. Die Kandidatur von Amīn war aufgrund von Vorwürfen, er habe während seiner Studienzeit in New York Kontakte zur CIA gehabt, bei den Mitgliedern der DVPA umstritten.²⁶⁷

²⁶⁰ Vgl. *Maley*, *The Afghanistan Wars*, 23.

²⁶¹ Vgl. *Bradsher*, *Afghanistan and the Soviet Union*, 57.

²⁶² Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 80.

²⁶³ Vgl. *Schetter*, *Kleine Geschichte Afghanistans*, 93.

²⁶⁴ Vgl. *Asta Olesen*, *Islam and Politics in Afghanistan*. (Richmond 1995) 220.

²⁶⁵ Vgl. *Schetter*, *Kleine Geschichte Afghanistans*, 93.

²⁶⁶ Vgl. *Schetter*, *Ethnizität*, 274.

²⁶⁷ Vgl. *Braithwaite*, *Afgantsy*, 40.

Die Beziehungen Moskaus zur DVPA waren äußerst zwiespältig. Einerseits war die Führung im Kreml stets darum bemüht, für Einigkeit in den Reihen der kommunistischen Bewegungen in Afghanistan zu sorgen, jedoch wurde die DVPA vom Kreml nicht als offizielle Bruderpartei anerkannt, obwohl regelmäßiger Kontakt zwischen dem ZK in Moskau und den beiden Fraktionen der DVPA, sowie den russischen Vertretern in Kabul bestand.²⁶⁸ Nichtsdestotrotz traute die sowjetische Führung der DVPA nicht zu, das Land unter einer sozialistischen Doktrin selbst zu führen, weshalb Moskau, vor allem mit Hilfe des KGB, nur auf inoffiziellem Weg Kontakt mit den afghanischen Kommunisten aufnahm.²⁶⁹ Auch blieb der ideologische Spalt zwischen den beiden Fraktionen der DVPA unter der Fassade der Wiedervereinigung bestehen.²⁷⁰ Die ideologische Basis konnte nicht mehr vereint werden. Tarakī wusste von den Kontakten von Hafizullah Amīn zum Vertreter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU in Kabul. Unter dem Decknamen „Kazem“ wurde Amīn wenige Zeit später unter dem damaligen KGB-Vorsitzenden Krjučkov zu einem inoffiziellen Agenten des KGB. Auch Taraki wurde als Agent rekrutiert und wurde unter dem Decknamen „Nur“ in der Liste der inoffiziellen Agenten in Afghanistan geführt.²⁷¹

Die Enttäuschung der Kommunisten in Afghanistan wurde durch die Außenpolitik Dāuds noch zusätzlich verstärkt. Dāūd versuchte, eine Lösung mit dem pakistanischen Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto zu finden, um die Konflikte über die NWFP und Paštūnistān beizulegen. Zum einen wollte Dāūd eine Schließung der wichtigen Handelsrouten nach Pakistan um jeden Preis vermeiden, zum anderen wuchs der US-amerikanische Einfluss Mitte der 1970er Jahre in Afghanistan stetig.²⁷² Die USA hatten beträchtliche Sorge um die Neutralität Afghanistans, die unter den Kontakten Dāuds zu Moskau in den Augen der Regierung in Washington erheblich litt. Der amerikanische Botschafter Theodore Lyman Eliot trat an Dāūd mit dem Vorschlag heran, seine Kontakte im Mittleren Osten, vor allem zu Pakistan, zu vertiefen, um im Gegenzug die Neutralität seines Landes zu bewahren, indem er die engen Kontakte zur Sowjetunion wieder lockern möge.²⁷³

Die UdSSR reagierte zurückhaltend, da die Verantwortlichen in Moskau wussten, dass eine Übernahme der Hilfeleistungen durch den Iran und andere Länder nur bedeuten konnte, dass die

²⁶⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 85.

²⁶⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 85.

²⁷⁰ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 88.

²⁷¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 85.

²⁷² Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 37.

²⁷³ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 38.

sowjetischen Investitionen reduziert werden könnten.²⁷⁴ Des Weiteren war es kaum möglich, den sowjetischen Einfluss in Afghanistan drastisch zu reduzieren, da sämtliches militärisches Gerät der afghanischen Armee und ein Großteil der wirtschaftlichen Hilfe immer noch von der Sowjetunion bezogen wurden.²⁷⁵ Zusätzlich hatte die UdSSR eine Monopolstellung auf die gesamte Erdgasförderung im Land inne. Trotzdem war Dāūd während seiner Amtszeit stets bemüht, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der Sowjetunion für sein Land zu erlangen, was zu großen Unmut im Kreml und unter den kommunistischen Kräften in Afghanistan sorgte und schlussendlich auch Dāūds politisches Schicksal besiegeln sollte. Dāūd begann die Offiziere der afghanischen Armee, die unter seinem Kommando stand, nicht wie in den vorangegangenen Jahren in den militärischen Akademien ausbilden zu lassen, sondern sandte viele junge Offiziere zu Ausbildungszwecken nach Ägypten, Indien und in die USA. Zusätzlich versuchte Dāūd die afghanischen Beziehungen zu den sogenannten *Blockfreien Staaten* zu festigen. Staaten wie Jugoslawien, Ägypten oder Indien gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg weder einem westlichen noch einem östlichen Militärbündnis an, galten daher als Blockfreie Staaten. Ebendiese Staaten waren bemüht, Afghanistan in den Verbund zu integrieren, da sie einen übermäßigen pro-sowjetischen Einfluss in diesem Land, wie er beispielsweise in Kuba bestand, verhindern wollten. Reisen nach Ägypten, Pakistan, Indien, in die Türkei und Jugoslawien im Frühling 1978 waren mit der Absicht verbunden, mit ebendiesen Staaten engere Bündnisse und Beziehungen einzugehen, um die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion zu reduzieren.²⁷⁶ Sogar ein Besuch bei Präsident Jimmy Carter in Washington stand auf dem Reiseplan von Präsident Dāūd. Am 21. März 1978 wurde vom afghanischen Wirtschaftsminister ein Vertrag zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China unterzeichnet, der Afghanistan auch einen Kredit von 100 Million Yen für den Bau von Fabriken zusicherte.²⁷⁷

„In view of Soviet fears of China, the prospect of Sino-Afghan relations could hardly have been welcomed by the Kremlin.“²⁷⁸

Trotz der Bemühungen um Unabhängigkeit verhielt sich Dāūd dennoch vorsichtig hinsichtlich der Beziehungen zu Moskau. Die Ambivalenz zwischen dem afghanischen Staatschef und der Sowjetunion wuchs trotzdem. Zweifel und Misstrauen gegenüber Dāūds politischen Plänen

²⁷⁴ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 40.

²⁷⁵ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 40.

²⁷⁶ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 40.

²⁷⁷ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 40.

²⁷⁸ *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 40.

konnten auch im Zuge der Neuauflage des Nichtangriffs- und Neutralitätspakts im Jahr 1975 nicht zur Gänze beseitigt werden.²⁷⁹ Die Regierung Dāūd erfuhr trotz allem kontinuierliche Unterstützung und Hilfeleistungen seitens des Kremls. Die Beziehungen zwischen Brežnev und Dāūd änderten sich jedoch schlagartig im Zuge des letzten Besuchs Dāūds in Mokau im April 1977.²⁸⁰ Nachdem Brežnev dem afghanischen Staatsoberhaupt eine lange Liste vorgelegt hatte, in der das ZK seinen Unmut über die Politik Dāūds zum Ausdruck brachte, soll Dāūd geantwortet haben:

„I want to remind you, that you are speaking to the President of an independent country, not one of your East European satellites. You are trying to interfere in the internal affairs of Afghanistan, and this I will not permit.“²⁸¹

Ob dieses Gespräch zwischen Brežnev und Dāūd wirklich so stattgefunden hat, bleibt umstritten. Fest steht, dass diese Äußerung Dāūds, die exemplarisch für seine Politik hinsichtlich seiner Beziehung zur Sowjetunion stehen kann, keinerlei Sanktionen für Afghanistan zur Folge hatte. Die beiden Länder unterzeichneten einen neuen Vertrag zur Entwicklungshilfe und zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Brežnev, Ministerpräsident Kosygin und Staatspräsident Podgornyj nahmen die Einladung zu einem Besuch nach Kabul an,²⁸² Die Einstellung der Hauptverantwortlichen im Kreml zu Dāūd bleibt bis in die Gegenwart äußerst undurchsichtig. Der emeritierte Professor für Zeitgeschichte an der Universität London Malcom Yapp beschrieb in einem Manuskript die Beziehung zwischen der Sowjetunion und Dāūd.

„There is no reason to suppose that the Soviet Union wished to get rid of Daoud. Daoud had won a special place in Soviet hearts with his policies in 1953 – 63 when he had drawn Afghanistan closer to the USSR. [...] If there were differences on some subjects [...] these were not in themselves reasons to upset the generally satisfactory relations. [...] Certainly the Soviet Union, which had watched with equanimity the suppression of genuine, local communist parties by many regimes allied to the USSR, was unlikely to be concerned by Daoud’s rough treatment of what must have appeared as a wild and wooly bunch of radicals.“²⁸³

²⁷⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 83.

²⁸⁰ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 83.

²⁸¹ *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 42.

²⁸² Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 42.

²⁸³ Zit. nach *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 44f.

Trotzdem ist davon auszugehen, dass die Sowjetunion nur geringen direkten Einfluss auf die Geschehnisse des April 1978 hatte, wenngleich *khalq* und *parčam* von Moskau aus nicht in ihrem Vorhaben, gegen den Präsidenten zu putschen, gehindert wurden.

3. Der DVPA-Putsch vom 27. April 1978 und die innenpolitischen Folgen für Afghanistan

In den letzten Jahren des Dāūd-Regimes formierte sich immer stärker werdender Widerstand seitens der politischen Opposition, der schlussendlich in der „April-Revolution“ gipfelte. Der Widerstand wurde jedoch nicht nur auf Seite der DVPA organisiert, die sich von Dāūd um ihre politische Vormachtstellung betrogen fühlte und im Zuge ihrer Wiedervereinigungskonferenz am 4. Juli 1977 den Beschluss fasste, als Ziel ihres politischen Wirkens die *Demokratische Republik Afghanistan* auszurufen.²⁸⁴ Es formierten sich Frauen- und Jugendorganisationen, die auch in den Reihen der traditionalistischen Landbevölkerung versuchten, sozialistische Ideologien zu verbreiten und die politische Idee der DVPA zu verankern. In der Phase vor der April-Revolution stand jedoch die politische Rekrutierung der afghanischen Streitkräfte im Fokus der Partei. Amīn hatte zu diesem Zeitpunkt die Aufgabe, die Rekrutierung zu koordinieren. In diesem Prozess kam der *Vereinigten kommunistischen Front Afghanistans*, unter der Führung von Abdul Qadir eine besondere Rolle zu, denn diese Gruppe hatte besonders großen Rückhalt in der afghanischen Armee und spielte militärisch auch schon beim „Dāūd-Putsch“ eine entscheidende Rolle.²⁸⁵ Seit 1970 bildete die DVPA Parteizellen in der Armee und konnte sich de facto ungehindert in deren Reihen ausbreiten. Auch innerhalb der islamischen Bewegungen im Land gab es Anzeichen oppositioneller Strömungen, lange vor dem Umsturz 1978. Mit Dāūd und dessen Regime als Feindbild bildete sich eine Vielzahl an radikalen Gruppen, die offen Widerstand leisteten. 1969 wurde die *Moslemische Jugend* gegründet, deren Agitation gänzlich gegen das amtierende Staatsoberhaupt gerichtet war.²⁸⁶ Nach dem Zerfall der *Moslemischen Jugend* wurden aus ihren Mitgliedern zwei neue Parteien geformt, die schon vor dem Aprilumsturz zwei

²⁸⁴ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 87f.

²⁸⁵ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 88

²⁸⁶ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 88.

fundamentalistische oppositionelle Basisorganisationen darstellten.²⁸⁷ Gulbuddin Hikmatjār formierte unter seiner Führung die *Islamische Partei Afghanistan*. Unter der Leitung von Burhānuddin Rabbāni wurde die *Islamische Gesellschaft* gegründet. Beide Parteien leisteten offenen Widerstand, wenngleich beiden die erhoffte Unterstützung der Landbevölkerung gegen das Dāūd Regime verwehrt blieb.²⁸⁸

Das Attentat auf den Chefideologen des *parčam* Flügels Mir Akbar Khyber am 17. April 1978, gilt als Initiation der *ingilāb-e sawr*, der April-Revolution.²⁸⁹ Khybers Ermordung geschah unter eigenartigen Umständen. Es bleibt ungeklärt, ob er von der Regierung getötet wurde, oder ob es sich bei diesem Attentat um eine Provokation von Amīn handelte.²⁹⁰ Das Begräbnis von Khyber entwickelte sich zu einer Massendemonstration, an der über zehntausend Menschen teilnahmen. Diese wurde von Sicherheitskräften und der Polizei, die, anders als die Armee keinerlei Sympathien zur DVPA hegten, brutal niedergeschlagen.²⁹¹ In der Nacht zum 25. April kam es in Kabul und Umgebung zu Massenverhaftungen, denen auch Tarakī, Kamāl und andere politische Führer zum Opfer fielen. Amīn konnte lange genug vor der Polizei fliehen, um den Initialbefehl für den Putsch und das Einschreiten der Armee für die nächsten Tage zu geben.²⁹²

Der Zeitpunkt des Staatsstreiches war dabei zufällig gewählt. Obwohl die Führung der DVPA die Machtübernahme im Land planten, war der Zeitpunkt für den Putsch nicht festgelegt.²⁹³ Jedoch bot das rigorose Vorgehen Präsident Dāūds gegen die Parteispitze der DVPA einen optimalen Vorwand für die Initialisierung der Machtübernahme.

„The communists were pushed into action by Daoud’s arrest of the party leaders.“²⁹⁴

Tarakī sprach in einer Pressekonferenz am 6. Mai 1978 davon, dass das direkte Eingreifen der Armee in den Staatsstreich nicht im Vorhinein geplant gewesen sei. Vielmehr waren seine eigene Verhaftung und die Verhaftung der anderen Parteiführer der ausschlaggebende Grund, der Armee den Befehl zum Einschreiten zu geben.²⁹⁵ In einem Interview mit der deutschen Zeitung *Die Zeit* kommentierte Tarakī die Ereignisse am 27. April folgendermaßen:

²⁸⁷ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 89.

²⁸⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 88f.

²⁸⁹ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 94.

²⁹⁰ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 40.

²⁹¹ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 40.

²⁹² Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 40.

²⁹³ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 53.

²⁹⁴ *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 53.

²⁹⁵ Vgl. Federal Broadcast Information Service (FBIS), Middle East and North Africa Series, 9. Mai 1978. S.52.

„Daoud had seven party leaders, including myself, arrested and incarcerated. He intended to kill us [...] We had to act; otherwise the Party would have been destroyed.“²⁹⁶

Ob Moskau und der Kreml über die Pläne der DVPA, einen Staatsstreich zu verüben, aufgeklärt und informiert wurden, bleibt bis in die Gegenwart umstritten. Die offiziellen Stellen der Sowjetunion in Kabul wurden von Seiten der DVPA nicht über den Staatsstreich informiert, da die Parteiführung befürchtete, Moskau könnte sich gegen die Pläne zum Putsch aussprechen.²⁹⁷ Viele hochrangige, sowjetische Politiker, darunter auch Brežnev, erfuhren laut eigenen Aussagen erst durch die Pressemitteilungen von den Geschehnissen in Kabul.²⁹⁸ Andererseits steht der KGB im Verdacht, mit der DVPA die Pläne für den Putsch entworfen zu haben. Die Durchführung wäre jedoch erst für den August 1978 geplant gewesen. Durch die widersprüchlichen Aussagen der sowjetischen Machtelite hinsichtlich der Mitwisserschaft zur April-Revolution, wird ein Bild der Fehlinformationen und Vertuschungen innerhalb der Führungskader der UdSSR gezeichnet.

„[...] the Soviet right hand did not know what the left was up to.“²⁹⁹

Mit dem Beginn des Staatsstreichs blieb der sowjetischen Führung keine andere Möglichkeit, als der kommunistischen DVPA die uneingeschränkte Unterstützung zuzusichern.

Am 27. April um 9 Uhr Früh machte sich die 4. Panzerbrigade unter dem Kommando von DVPA-treuen Offizieren auf in Richtung Präsidentenpalast. Der Palast, von mehr als zweitausend Soldaten und Panzern streng bewacht, wurde ab 12 Uhr mittags unter Beschuss genommen. Dāūd, der gerade eine Kabinettsitzung abhielt, befahl den Mitgliedern seiner Regierung die Flucht. Er selbst verschanzte sich in seinem Palast und befahl seinem Verteidigungsminister Ghulam Haider Rasuli, gegen die Putschisten vorzugehen und die Gegenoffensive zu starten. Aber die Bodentruppen und Luftstreitkräfte, unter den Befehlen von General Mohammad Aslam Watanjar und Oberst Abdul Qadir, hatten bis zum Abend wichtige strategische Punkte Kabuls, wie das Innenministerium, den Flughafen, die Radiostation und das Gefängnis eingenommen und begannen schließlich mit dem Bombardement des Präsidentenpalastes.³⁰⁰ Am späten Nachmittag wurde die Parteispitze der DVPA aus dem Gefängnis befreit. Dass die Befreiung erst viele Stunden nach dem Beginn der Kampfhandlungen in Kabul stattfand, kann als Zeichen dafür gesehen

²⁹⁶ *Die Zeit* (Hamburg, 9. Juni 1978) S.4.

²⁹⁷ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 42.

²⁹⁸ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 42.

²⁹⁹ *Braithwaite*, Afgantsy, 42.

³⁰⁰ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 41.

werden, dass die Parteiführung rund um Tarakī für die Kommandantur der putschenden Kräfte in der afghanischen Armee eine eher untergeordnete Rolle spielte. Das Militär wollte den neugewonnenen, politischen Einfluss nicht leichtfertig aufgeben. Der Anspruch auf die Befehlshabe über die Truppen durch Tarakī oder Amīn sollte möglichst lange vermieden werden.³⁰¹ Tarakī, Amīn und andere Mitglieder der DVPA wurden nach ihrer Befreiung aus dem Gefängnis zum Radiosender in Kabul gebracht, der zum militärischen Kommandoposten umfunktioniert wurde.³⁰² Aus Angst, der Radiosender sei nicht sicher genug, wurde Taraki in einem Konvoy zum Luftwaffenstützpunkt eskortiert. Amīn blieb im Sender von *Radio Kabul*.³⁰³ Am Abend des 27. April 1979 drangen Spezialkräfte der afghanischen Armee in den Präsidentenpalast ein und lieferten sich erbitterte Feuergefechte mit Dāūd und den ihm verbliebenen Truppen. Am 28. April 1979 um 4 Uhr früh wurde Meldung aus dem Präsidentenpalast erstattet. Dāūd, seine Frau und ein großer Teil seiner Familie seien bei den Schusswechseln ums Leben gekommen, die letzten Dāūd-treuen Widerstandstruppen waren besiegt.³⁰⁴ Mit 43 Toten auf Seiten des Militärs und in der Zivilbevölkerung, einem ermordeten Präsidenten mitsamt seiner Familie, sowie Dutzenden Verletzten ging der blutigste Regierungswechsel in der afghanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu Ende.

Die ersten Tage nach dem Staatsstreich sind insofern interessant, als sie in den offiziellen Stellungnahmen der DVPA nicht so dargestellt werden, wie sie sich eigentlich ereignet haben. Die teilweise verzerrte Darstellungsform ist auf einen ersten Zwist in der Beziehung zwischen den militärischen Kräften der afghanischen Armee und dem politischen Führungskader der DVPA zurückzuführen. Die erste offizielle Stellungnahme zum Putsch von Seiten der Revolutionstruppen und die Verkündung vom Sturz des Präsidenten, wurde am 27. April um 19 Uhr von *Radio Kabul* ausgestrahlt, noch bevor Dāūd im Präsidentenpalast erschossen worden war.³⁰⁵ Doch nahmen nicht etwa Tarakī oder Amīn in einer Rede an die afghanische Bevölkerung Stellung zu den Kampfhandlungen. Es war Oberst Qadir, der sich mit ersten Worten an die Bevölkerung richtete und die Position des Militärs in der Zeit nach Präsident Dāūd unmissverständlich zum Ausdruck brachte.

³⁰¹ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 77.

³⁰² Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 77.

³⁰³ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 77.

³⁰⁴ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 77.

³⁰⁵ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 77.

„The power of the state fully rests with the revolutionary council of the armed forces.“³⁰⁶

In der gesamten Stellungnahme Qadirs war weder von einer sozialistischen Revolution noch von der DVPA die Rede. Den RadiohörerInnen wurde Qadir als Vorsitzender des militärischen Führungsgremiums vorgestellt, Tarakī, Amīn oder Kārmal fanden darin keine Erwähnung. Sämtliche spätere Stellungnahmen der DVPA zu den kurz nach dem Putsch ausgestrahlten Radiobeiträgen, waren ungläubwürdig und widersprachen einander teilweise selbst. Die Soldaten schienen in den ersten Stunden und Tagen nach dem Sturz Dāūds vollkommen autonom und nicht unter der Leitung der DVPA oder gar unter einem sozialistisch revolutionären Grundgedanken zu operieren.³⁰⁷ Die DVPA behauptete offiziell, dass Tarakī Amīn befohlen hätte, die Offiziere im Radio alleine sprechen zu lassen, ohne ihn selbst oder Amīn zu erwähnen. Dieses Argument lässt die Vermutung zu, dass die politisch Verantwortlichen in der DVPA ihre eigene Ohnmacht bezüglich der Kontrolle und Befehlsgewalt über die Handlungen der Armee und der Offiziere hatte.³⁰⁸ Eine politische Stellungnahme des „revolutionary council of the national armed forces“³⁰⁹ auf *Radio Kabul*, in der die politischen Agenden der Armee vorgestellt wurden, wurde am selben Tag um 22 Uhr ausgestrahlt und untermauert das Argument hinsichtlich einer „einflusslosen“ DVPA und den Bestrebungen des Militärs, sich den neugewonnen Einfluss nicht so schnell nehmen zu lassen. Schon gar nicht von einer in Grabenkämpfe verstrickte, politisch „zahnlosen“ kommunistischen Partei.

„There was no mention of the PDPA’s own program or of a civilian leadership [...]. If the soldiers had considered themselves as only a transitional team clearing the way for the PDPA, then there logically would have been no reason for them to issue their own policy statement.“³¹⁰

Diese Umstände implizieren klar, dass die kommunistische Partei in den ersten Tagen nach dem Sturz Dāūds nur sehr geringe Handhabe und Kontrolle über das Militär hatte und als politische Kraft für die Bevölkerung in sehr geringem Maße präsent war.³¹¹ Genau dieser Sachverhalt steht im absoluten Gegensatz zu sämtlichen nachträglichen Stellungnahmen von offizieller Seite der DVPA, denn diese erwähnen in keinem einzigen Satz die Existenz des Militärrats unter Qadir.³¹² Die Absicht hinter der versuchten Vertuschung bestand darin, mit dem Datum einen nahtlosen

³⁰⁶ Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 77.

³⁰⁷ Vgl. Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 78.

³⁰⁸ Vgl. Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 78.

³⁰⁹ Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 77.

³¹⁰ Bradsher, 1985.S.78.

³¹¹ Vgl. Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 78.

³¹² Vgl. Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 79.

Machtübergang von der Regierung Dāūd hin zur *Demokratischen Volksrepublik Afghanistan* zu inszenieren.³¹³ Auf diese Weise sollte der Machtanspruch der DVPA vor der Bevölkerung Afghanistans eine zusätzliche Legitimation erfahren. Die kurze Machthabe des Militärrates wurde ignoriert. Stattdessen wurde die Wahl von Tarakī zum Präsidenten und Premierminister des „Revolutionary Council of the Democratic Republic of Afghanistan“, die eigentlich erst am 30. April stattfand, auf den 27. April vordatiert.³¹⁴

Die DVPA bildete von nun an die bestimmende Macht in Afghanistan und erhob Anspruch auf sämtliche politische Autorität. Neben Taraki wurde Kārmal zum Vizepräsidenten und Main zum Außenminister ernannt. Auch General Watanjar, der während des Putsches die 4. Panzerbrigade kommandierte, erhielt einen Regierungsposten.³¹⁵ Er wurde zum Vize-Premierminister und Minister für Kommunikation ernannt. Qadir wurde in den Generalstab befördert und zum „Minister der nationalen Sicherheit“ ernannt. Obwohl das Militär den Staatsstreich gegen Dāūd zum größten Teil selbst ausgefochten hatte, wurden nur drei Militärs von der DVPA in Regierungsposten bestellt.³¹⁶ Dieser Sachverhalt veranschaulicht gut, dass die Partei ihren Anspruch als alleinige Machtinstitution darin gerechtfertigt sah, dass in ihrem Staatskonzept sie die alleinige Spitze des Staates bilden sollte. Einer der führenden Afghanistanexperten in den Reihen der Sowjetunion, Generalmajor Sagolov, hielt in seiner Aufzeichnung hinsichtlich der Einschätzung der Lage nach dem 27. April fest, dass es sich hierbei nur um einen militärischen Putsch und nicht um eine, von der DVPA initiierte, politische Revolution handelte und begann unter Kritik aus dem Kreml als einer der ersten, die eigentlichen Hintergründe des Staatsstreichs zu hinterfragen und zu analysieren. Seinen Überlegungen zufolge spielte die DVPA bei der politischen Indoktrination und Rekrutierung von Genossen innerhalb der afghanischen Armee nur eine untergeordnete Rolle. Die *Vereinigte Front der Kommunisten in Afghanistan* unter der Führung von Abdul Qadir, pflegte wesentlich bessere Beziehungen zu Armeemitgliedern und verfügte über ein Netzwerk, das aus 600 Mitgliedern und knapp 2.000 Sympathisanten innerhalb der afghanischen Streitkräfte bestand.³¹⁷

Obwohl die Ereignisse des 27. Aprils im Zuge dieser Analyse und aufgrund der Protagonisten und deren Vorgehensweise eindeutig als Militärputsch definiert werden können, war die DVPA darauf

³¹³ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 79.

³¹⁴ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 79

³¹⁵ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 42.

³¹⁶ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 58.

³¹⁷ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 96.

erpicht, den Umsturz als politische Revolution darzustellen, um damit die eigene Stellung an der Spitze des Staates zu legitimieren. Die Bemühungen, im neuen Regierungskabinett sämtliche Kompetenzen zwischen *khalq* und *parčam* gerecht aufzuteilen, um einen neuen Zwist unter allen Umständen zu vermeiden, waren groß. Einmal an der Macht, wollte die DVPA ihre Position nicht durch interne Konflikte gefährdet sehen. Amīn behielt seinen Einfluss in der Armee dennoch bei. Dies sollte zum großen Vorteil für Amīn im parteiinternen Machtkampf mit Tarakī werden. Am 9. Mai wurde von der neuen Regierung ein Reformprogramm verabschiedet, das radikale soziale, politische und wirtschaftliche Reformen vorsah. Das Programm „The Main Outline of the Revolutionary Tasks“ beinhaltete Pläne zur umfassenden Alphabetisierung der Bevölkerung, zur Emanzipation der Frauen, die Beendigung der ethnischen Diskriminierung und die Etablierung des Staates als Hauptakteur in wirtschaftlichen Belangen.³¹⁸ Bei einem Besuch von Krjučkov in Kabul im Jahr 1978 erzählte Tarakī von den Plänen, die Säkularisierungsbestrebungen weiter fortzuführen. Innerhalb eines Jahres sollten sämtliche Moscheen der Hauptstadt leer stehen, versprach Tarakī und bestätigte dadurch nur umso mehr, dass eine Vielzahl der Reformen und Pläne der DVPA am eigenen politischen Dilettantismus und Größenwahn zu scheitern drohten.³¹⁹

Die Regierung unter der DVPA bestellte zum ersten Mal in der neueren Geschichte des Staates Afghanistan eine Frau in ein hohes Regierungsamt. Anakhita Ratebzad, geboren 1930, war schon zuvor als eine von insgesamt vier Frauen als Mandatarin ins afghanische Parlament gewählt worden. Sie war eines der Gründungsmitglieder der DVPA und, als Gattin von Babrak Kārmal, eine Anhängerin des *parčam* Flügels.³²⁰ Sie trat besonders für die Durchsetzung von Veränderungen, Reformen für die Gleichberechtigung der Frauen in Afghanistan und deren Emanzipation ein. In einem Interview mit der Tageszeitung *Kabul Times* vom 28. Mai 1978 machte sie ihre eigene Position und ihre Forderungen an die Politik ihrer eigenen Partei deutlich.

„Privileges which women, by right, must have are equal education, job security, health services, and free time to rear a healthy generation for building the future of the country [...] Educating and enlightening women are now the subject of close government action.“³²¹

³¹⁸ Vgl. Braithwaite, Afgantsy, 42.

³¹⁹ Vgl. Braithwaite, Afgantsy, 42.

³²⁰ Vgl. Braithwaite, Afgantsy, 42f.

³²¹ Braithwaite, Afgantsy, 43.

Die Sowjetunion war höchst beunruhigt hinsichtlich der Ereignisse seit dem 27. April in Kabul und der Machtübernahme durch die Kommunisten im Land. Der sowjetische Botschafter Alexander Puzanov fasste in mehreren Briefen die Geschehnisse seit dem Staatsstreich zusammen und führte darin auch seine eigene Beurteilung der Lage in Afghanistan für die Partei und die offiziellen Behörden in Moskau aus. Seiner Einschätzung zur Folge, hatten die fehlgeschlagenen politischen Maßnahmen unter Dāūd, die gänzlich gegen die Interessen der arbeitenden Klasse standen, zu einem Volksaufstand unter der Leitung der wiedervereinten DVPA geführt.³²² Zeitgleich sprach Puzanov jedoch auch von der bestehenden und weiter voranschreitenden Kluft der beiden Parteiflügel *khalq* und *parčam*, die die Effizienz der neuen Regierungspartei drastisch vermindern würde.³²³ Die Conclusio des Berichts aus der sowjetischen Botschaft in Kabul war jedoch von einer deutlich optimistischen Sicht bezüglich der politischen Zukunft Afghanistans geprägt. So war Puzanov in seinem Brief davon überzeugt, dass sich die innenpolitische Situation im Land bald stabilisieren würde, wenngleich sein Optimismus mit fortschreitender Regierungszeit der DVPA bald verstummen sollte.³²⁴ Trotz allem setzte die Sowjetunion die militärische Unterstützung und Entwicklungshilfe weiter fort.

Im Juli 1978 wurde ein Vertrag über die weitere Unterstützung der afghanischen Armee mit Waffen und militärischem Gerät im Wert von umgerechnet 250 Millionen US-Dollar unterzeichnet. Allerdings wurde diese Vertragsunterzeichnung nicht publik gemacht, und weder afghanische noch sowjetische Medien berichteten darüber.³²⁵ Moskau suchte anfangs effektiv die Rolle des Beobachters und hielt sich hinsichtlich diplomatischer Interventionen im Land weitgehend zurück. Die Befürchtung seitens des Kremls bestand darin, dass sich die Verdachtsmomente westlicher Länder, allen voran der USA, hinsichtlich einer Involvierung und Mithilfe beim Putsch erhärten könnten. Die Regierung in Moskau wollte vermeiden, dass die Sowjetunion beschuldigt würde, die Eskalation in Afghanistan mitverantwortet zu haben. Sämtliche Hypothesen zum Plan der UdSSR, Afghanistan ins politische Chaos zu stürzen, um als Retter der Revolution auftreten zu können, werden von der Akten- und Quellenlage in keiner Weise bestätigt. Dokumente des Politbüros, dem KGB oder der militärischen Kommandantur bestätigen eher, dass die Sowjetunion erst nach dem Umsturz von 1978 einen neuen

³²² Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 43.

³²³ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 43.

³²⁴ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 43.

³²⁵ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 96.

außenpolitischen Kurs in Afghanistan eingeschlagen hat.³²⁶ Die Sowjetunion hatte sich im Sommer 1978 mit der Situation in Afghanistan abgefunden und die DVPA, trotz ihrer Inkompetenz als Regierungspartei anerkannt.

Bei einem Besuch von Tarakī in Moskau im Dezember 1978 unterzeichneten er und Brežnev am 5. Dezember jenen Freundschafts- und Kooperationspakt, der in Folge von offizieller russischer Seite als juristische Rechtfertigung für die Invasion im Jahr 1979 gelten sollte.³²⁷ Denn obwohl die Sowjetunion vertraglich nicht daran gebunden war, die neue Regierung unter der DVPA vor einem Sturz zu bewahren, war es den Verantwortlichen in Moskau ein großes Anliegen, sich für ein vermeintliches Scheitern des Sozialismus in Afghanistan vorzubereiten und das Land unter sowjetischem Einfluss zu behalten, wenn nötig auch mit militärischer Gewalt. Haffizullah Amīn war einer der ersten, der nach dem Staatsstreich um Hilfe aus der Sowjetunion bat. Die Pläne, einen durchsetzungsfähigen Staats- und Parteiapparat zu bilden, konnten seiner Ansicht nach nur mit Hilfe Moskaus und unter Einsatz einer Vielzahl von Beratern umgesetzt werden.

Die Bindung an die Sowjetunion wuchs weiter und Afghanistan erfuhr eine Wandlung nach sowjetischem Vorbild. Die Armee und die staatlichen Institutionen wurden umstrukturiert, öffentliche Organisationen und Zeitungen wurden gegründet um eine Verstärkung der Parteibasis und größeren Einfluss innerhalb der Bevölkerung zu gewährleisten.³²⁸ Die sowjetischen Berater riefen einen Staatssicherheitsdienst und eine als Miliz konzipierte Polizeiorganisation ins Leben. Nikolai Simonenko führte den ersten Trupp von Parteiberatern der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees an und begann Mitte Mai 1978 mit seiner Arbeit. General Nikolai Sotov unterstand die Leitung der Militärberater, die auf Regiment- und Kompanieebene agierten.³²⁹ Das Hauptaugenmerk Moskaus lag auf der Unterstützung der Zentralverwaltung. Ein folgenschwerer Fehler, da die Provinzverwaltungen unter der DVPA faktisch außer Acht gelassen wurden und ihre Probleme mit der immer stärker wachsenden Opposition gegen die kommunistische Politik aus Kabul alleine in den Griff bekommen mussten, woran sie im Endeffekt kläglich scheiterten. Alle eingesetzten Berater setzten auf eine stärkere Verankerung der Partei und ihrer Ideologien innerhalb der Bevölkerung und den Aufbau von gesellschaftlichen Massenorganisationen, die

³²⁶ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 100f.

³²⁷ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 97.

³²⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 103.

³²⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 103.

wiederum eine stärkere Handhabe der Partei in Bezug auf die Bevölkerung zum Ziel hatte.³³⁰ Oppositionelle Besterbungen sollte auf jeden Fall verhindert werden.

Sowjetische Medien stellten die „April-Revolution“ äußerst verzerrt dar, und verklärten den militärischen Staatsstreich zum glorreichen Sieg des Volkes in einem über Jahrhunderte andauernden Kampf gegen Unterdrückung und für Freiheit und Unabhängigkeit. Besonders die Unterstützung der Revolution innerhalb der Bevölkerung wurde immer wieder in lobenden Worten erwähnt. Fest steht jedoch, dass die DVPA zum Zeitpunkt der April-Revolution höchstens 18.000 Mitglieder zählte und die Schicht der arbeitenden Bevölkerung, die aus der Sicht der sowjetischen Medien die Revolution auf ihren Schultern trug, in Afghanistan de facto nicht vorhanden war.³³¹ Zusätzlich erfuhr Afghanistan eine kontinuierliche Steigerung der Wirtschaftshilfe aus Moskau. Energie- und Erdöllieferungen mussten aufgrund des Ausbleibens von iranischen Lieferungen von der UdSSR bewerkstelligt werden und diese deckte damit eine Zeit lang mehr als 62 Prozent der benötigten Menge an Energieressourcen Afghanistans ab.³³²

Das neue Regierungsprogramm stellte eine widersprüchliche Mischung aus typisch marxistischen Agenden und nur schwer umzusetzenden Reformvorschlägen dar und wurde allen voran von einem Gremium entwickelt, das kaum praktische Regierungserfahrung hatte und somit nahezu utopische Pläne für das eigene Land entwarf.³³³ Hinzu kam, dass die Durchführung der Pläne und Reformen zu kurzfristig geplant und nicht für die Bevölkerung Afghanistans konzipiert waren, sodass sie bei den tribalen Clan-Gesellschaften auf dem Land auf besonderen Widerstand stießen. Besonders an dieser Diskrepanz zwischen Stadt und Land und dem vehementen Widerstand der Landbevölkerung scheiterte schlussendlich die sozialistische Regierung, wie auch die reformorientierten Könige davor.³³⁴ Vor allem den Plänen zur Emanzipation und Bildung der Frauen in Afghanistan traten Einwände und Vorurteile der konservativen Gruppierungen entgegen, denen die DVPA politisch wenig entgegenzusetzen hatte.³³⁵ Sie reagierte jedoch mit Repression und Gewalt. Der offene Widerstand und Revolten islamistischer und antikommunistischer Gruppen gegen die Regierung der DVPA begannen nahezu zeitgleich mit der April-Revolution. Vor allem in den ländlichen Gebieten, aber auch in den Städten formierten sich organisierte Widerstandgruppen und begannen sich sukzessive der Kontrolle und dem

³³⁰ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 103.

³³¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 102.

³³² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 103f.

³³³ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 43.

³³⁴ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 43.

³³⁵ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 44.

Einfluss durch die Regierung zu entziehen.³³⁶ Eine Antwort der DVPA mit Gewalt folgte auf der Stelle. Nicht nur bekannte und bekennende Oppositionsführer fielen der Repression durch die Partei zum Opfer, sondern auch Stammesführer, lokale und geistige Eliten und *mullahs*, die allesamt kein strafbare Handlung begangen hatten, wurden auf den Verdacht hin, einer oppositionellen Gruppe anzugehören oder eine solche gründen zu wollen, verhaftet.³³⁷ Einige Generäle, ranghohe Politiker und Personen, die Dāūd und seiner Politik trotz des Umsturzes durch die Kommunisten immer noch nahe standen und sich seit jeher loyal zum Dāūd-Regime bekannten, wurden exekutiert. In den neun Monaten, die nach dem politischen Umsturz vergangen waren, wurden insgesamt 97 Männer, die im Verdacht standen, mit Dāūd immer noch zu sympathisieren, getötet.³³⁸

4. Machtkämpfe, Bürgerkrieg und die Machtübernahme durch Hafizullah Amīn

Die unter Druck seitens der Sowjetunion herbeigeführte Wiedervereinigung der DVPA änderte nichts an den Antipathien und Rivalitäten der einzelnen Mitglieder und innerhalb des Führungskaders. Vor allem Tarakī und Kārmal trugen ihre Machtkämpfe kurze Zeit nach dem Staatsstreich wieder offen aus.

Im Juli 1978 wurde ein Großteil der *parčam*- Abgeordneten aus dem Regierungskabinett unter Tarakī entlassen und stattdessen als Botschafter und Diplomaten im Ausland eingesetzt.³³⁹ Unter ihnen war auch Babrak Kārmal, der seinen Posten als Stellvertreter von Tarakī ebenfalls aufgeben musste. Abdul Qadir, der den Staatsstreich im April befehligt und mitverantwortet hatte, wurde im August verhaftet. Viele *parčam*-treue Offiziere und Politiker in weniger einflussreichen Ämtern fielen den Säuberungen durch die *khalq*-Fraktion unter Tarakī zum Opfer. Sie wurden verhaftet und manche auch ermordet. Die politischen „Säuberungen“, die sich anfangs nur auf die führenden Politiker und die Machtelite unter Präsident Dāūd beschränkten, wurden rasch ausgeweitet und betrafen wenig später auch AnhängerInnen von *parčam* und schlussendlich

³³⁶ Vgl. Braithwaite, Afgantsy, 44.

³³⁷ Vgl. Braithwaite, Afgantsy, 44.

³³⁸ Vgl. Braithwaite, Afgantsy, 44.

³³⁹ Vgl. Hammond, Red Flag over Afghanistan, 68.

sämtliche Personen, denen eine antikommunistische Einstellung und oppositionelle Haltung vorgeworfen wurde.³⁴⁰ Dabei beging die Regierung der *Demokratischen Volksrepublik Afghanistan* unter Tarakī und Amīn einen folgenschweren Fehler.

Aufgrund der politischen Säuberungen kam es zu einem akuten Mangel an Experten in sämtlichen regierungsrelevanten Ressorts. Berater, Administratoren, Diplomaten und Politiker, die sich durch ihre jahrelange Arbeit in den verschiedensten Bereichen wie Wirtschaft, Recht oder Innen und Außenpolitik ein hohes Maß an Reputation und Professionalität erarbeitet hatten, wurden im Zuge der Säuberungswellen durch junge unerfahrene und teilweise auch inkompetente Parteimitglieder aus dem *khalq*-Flügel der DVPA ersetzt. Das kurzfristige politische und ideologisch motivierte Handeln dieser Jungkommunisten und die fehlende Erfahrung, machte die Durchsetzung der ambitionierten Reformpläne der DVPA nahezu unmöglich und führte zu weiteren Konflikten innerhalb der Partei. Aber auch in den Reihen der afghanischen Bevölkerung formierte sich immer stärker werdender Widerstand, der schließlich zur Gründung militanter Oppositionsgruppen und bewaffneten Aufständen führte. Wie schon in anderen kommunistischen Ländern zeigte sich auch in Afghanistan, dass eine Durchsetzung von Reformen mit Gewalt und gegen den Willen des Volkes nicht möglich war und nur zu innenpolitischem Chaos, Blutvergießen und schlussendlich zu Bürgerkrieg führte.

4.1. Machtkämpfe in der DVPA und gescheiterte Reformen

Bereits kurz nach der Machtübernahme wurde von Tarakī und Amīn eine Weisung unterzeichnet, die eine Fraktionszugehörigkeit von Parteimitgliedern, sowohl zum Flügel von *khalq* als auch zu *parčam*, untersagte. Die erhoffte Stabilität in den eigenen Reihen der DVPA und ein Ende des Zwists zwischen den Fraktionen konnte dadurch jedoch nicht erreicht werden. *Khalq* wurde in den meisten Fällen immer noch bevorzugt, Anhänger von *parčam* hatten meistens das Nachsehen. Tarakī, Kārmal und Amīn kämpften um die Vormachtstellung innerhalb der Partei und auch die Sowjetunion wollte Einfluss auf die Personalagenden der DVPA nehmen.³⁴¹ Zwar galt Tarakī nach außen hin seit dem Staatsstreich als die politisch und öffentlich allgegenwärtige

³⁴⁰ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 69.

³⁴¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 108.

Repräsentationsfigur der Partei, jedoch verschoben sich ab Mitte des Jahres 1978 die Machtverhältnisse im Inneren sehr zu Gunsten Amīns, der vor allem auf die Unterstützung eines großen Teils der Armee und der eingesetzten Staatsverwaltung zählen konnte.³⁴²

Der Zwist zwischen Amīn, Kārmal und Tarakī wuchs. Diese Situation war vor allem dem Scheitern der angestrebten Reformen und dem Druck durch den wachsenden Widerstand gegen die Regierung innerhalb der Bevölkerung geschuldet. Der sowjetische Berater für die Angelegenheiten der DVPA und Vertreter des ZK der KPdSU in Kabul, Boris Ponomarev ermahnte Tarakī und Amīn, ihre Konflikte beizulegen, da sonst auch die Beziehungen zu Moskau darunter leiden würden.³⁴³ Er wurde nicht erhört. Die Partei stand abermals kurz vor der Spaltung, würde Amīn nicht zur Vernunft gebracht werden. Doch die Spannungen zwischen Kārmal und Amīn wuchsen weiter. Amīn warf dem *parčam*-Flügel Illoyalität und Verrat vor, und weitete die repressiven Maßnahmen gegen Offiziere und Parteifunktionäre weiter aus.

Die im Zwanzig-Punkte Programm vom 10. Mai 1978 verabschiedeten Reformpläne der DVPA beinhalteten neben Reformen zu wirtschaftlichen und sozialen Belangen vor allem Veränderungen hinsichtlich der Stellung der Frau in der afghanischen Gesellschaft und eine Umstrukturierung der Agrarwirtschaft, die den wichtigsten Wirtschaftssektor im Land darstellte.³⁴⁴ Die Landreform und die emanzipatorischen Bestrebungen für Frauen sollten jene Reformen sein, die bei der traditionalistischen Landbevölkerung, die zu diesem Zeitpunkt ungefähr 72 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, auf die größten Widerstände innerhalb der afghanischen Gesellschaft stießen. Tarakī sprach Anfang Mai 1978 noch von einer gemäßigten Vorgehensweise und berücksichtigte auch die Bedürfnisse der eher reformfeindlichen und reaktionären Teile der afghanischen Bevölkerung bei der Umsetzung seiner Politik. Auf längere Sicht war keine abrupte Umstellung geplant. Reformen sollten Schritt für Schritt durchgeführt werden. Doch nur ein halbes Jahr später erließ seine Regierung Reformen und setzte Maßnahmen durch, die wie ein rotes Tuch für die muslimische Landbevölkerung wirkten.³⁴⁵

Zwischen 15. Mai und 28. November wurden vom Revolutionsrat 4 Dekrete zur Umsetzung der Reformen verabschiedet.³⁴⁶ Um die ethnischen Konflikte beizulegen, versuchte die afghanische Regierung zum einen die bestehenden ethnischen Minderheiten im Land aufzuwerten und

³⁴² Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 108.

³⁴³ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 108.

³⁴⁴ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 104.

³⁴⁵ Vgl. Hammond, Red Flag over Afghanistan, 92.

³⁴⁶ Vgl. Hammond, Red Flag over Afghanistan, 92.

gleichzeitig die Wichtigkeit von Sprache und Kultur sämtlicher ethnischer Gesellschaften in Afghanistan und das Ende der paštunischen Vorherrschaft zu betonen.³⁴⁷ Die Bestrebungen, neben Paštu und Darī auch die Sprachen anderer Ethnien als offizielle Landessprachen anzuerkennen, wurden schon in den frühen 1970er offen artikuliert, fanden jedoch unter dem Regime von Dāūd keine Unterstützung. Die Folgen der Sprachreform waren weniger die Emanzipation anderer Sprachen innerhalb Afghanistans. Vielmehr wurde durch die Verwendung von russischen Sprachbüchern vor allem im Norden und die Durchsetzung des Russischen als Sprache des Bildungsbürgertums eine zusätzliche Verstärkung des sowjetischen Einflusses gewährleistet.³⁴⁸

Des Weiteren müssen die Handlungen der DVPA hinsichtlich der Gleichberechtigungsbestrebung für alle Ethnien in Afghanistan äußerst kritisch hinterfragt werden. Denn in der Praxis waren die Paštünen nicht im Geringsten dazu bereit, ihren gesellschaftlichen Status mit anderen Ethnien zu teilen und befürchteten, die sozial privilegierte Rolle zu verlieren. Vor allem Amīn war es, dessen Pläne hinsichtlich der afghanischen Multiethnizität die umgekehrte Vorgehensweise vorsahen und der offen über eine *Paštūnisierung* aller anderen Minderheiten des Landes diskutierten wollte.³⁴⁹ Der in einem weiteren Dekret beschlossene Landreform wurde die meiste Aufmerksamkeit zu Teil, sowohl bei der Erarbeitung des Reformkonzepts, als auch hinsichtlich der Erwartungen, die die afghanische Politik Ende der 1970er Jahre in diese Reform setzte. Tarakī sagte in einem Interview mit *Radio Kabul* am 6. Mai 1976:

„We believe, that social development will only be possible after the economic changes.“³⁵⁰

Dieses Zitat veranschaulicht auf eindrucksvolle Weise, wie die DVPA die diffizilen Verknüpfungen zwischen wirtschaftlicher Abhängigkeit und sozialer Stellung innerhalb der Gesellschaftsstrukturen der Landbevölkerung missachtete und diese den Ideen der Partei unterordnete. Auf dieser Grundlage war ein Scheitern der Durchführung wahrscheinlich. Die Landreform hatte sich als großes Ziel die Entschuldung der Bauern und deren Befreiung aus der feudalen Herrschaft der Großgrundbesitzer und Großbauern gesetzt. Mit dem Dekret „Über das Land“, das am 30. November 1978 erlassen wurde, wurden mehr als 11 Millionen Bauern von ihren Schulden befreit. Zu diesem Zeitpunkt machte diese Zahl fast 80 Prozent der afghanischen Gesamtbevölkerung aus.³⁵¹ Eine Familie war dazu befugt, maximal 5,7 Hektar Ackerland zu

³⁴⁷ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 92.

³⁴⁸ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 92f.

³⁴⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 106.

³⁵⁰ *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 92.

³⁵¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 105.

besitzen. Landbesitz, der über diese Fläche hinausging, wurde ohne Gegenleistung vom Staat konfisziert und an ärmere Familien, landlose Bauern oder anspruchsberechtigte Personen aufgeteilt.³⁵² 35.000 Großgrundbesitzer wurden enteignet. 750.000 Hektar Land wurden zum größten Teil auf die Landbevölkerung übertragen, kleinere Teile gingen an staatliche Betriebe und Farmen.³⁵³ Der Widerstand in den ländlichen Gemeinschaften ließ nicht lange auf sich warten. Argumente seitens der ländlichen Religionsgemeinschaften wurden laut, dass das Land nicht übertragen werden könne, da es nicht dem Staat, sondern Allah selbst gehöre und von diesem auch den Besitzern gegeben worden sei. Gleichzeitig wusste von offizieller Seite der afghanischen Regierung niemand so genau, wieviel Land aufgrund dieser Reform in Besitz des Staates gelangen würde, und unter wievielen Personen, die den Kriterien einer anspruchsberechtigten Person entsprachen, es aufgeteilt werden müsste.³⁵⁴ Statistiken, die für die Effektivität der Landverteilung von Nöten gewesen wären, wurden nie erarbeitet und fehlten im Vorhinein.³⁵⁵ Das Scheitern der Reform war auch teilweise der Reaktionen der Landbevölkerung selbst vorherbestimmt. Viele Bauern verweigerten die Annahme dieser Reform und wollten entweder Teile ihres eigenen Ackerlands nicht abtreten oder neues nicht annehmen. Gleichzeitig wurden die „Landlords“, gegen die diese Reform eigentlich hätte wirken sollen, von großen Teilen der Landbevölkerung, entweder aus Angst oder aufgrund bestehender Verwandtschaftsverhältnisse in Schutz genommen.³⁵⁶ Des Weiteren wurden Großgrundbesitzer von den abhängigen Bauern als Schutz gegen die kommunistische Staatsmacht empfunden. Generell scheiterte die Durchführung der Landreform am traditionellen Zusammenhalt der ländlichen Stammesgemeinschaften gegen Einflüsse von außen. Darüber hinaus fühlte sich die Landbevölkerung von der Administration in Kabul missverstanden, da die Agrarreformen in keinem einzigen Punkt auf die teilweise höchst komplexen tribalen und ländlichen Gesellschaftsbeziehungen eingingen und daher wenig Zuspruch erhielten, sowohl von Seiten der Großgrundbesitzer als auch von Seiten der Bauern.³⁵⁷

Genau dieser Punkt, der den Unterschied zwischen einer marxistischen Klassengesellschaft und der multiethnischen und auf Clan- und Stammesgesellschaften beruhenden afghanischen Gesellschaft so deutlich zum Vorschein brachte, wurde von den politischen Führern der DVPA völlig ignoriert. Die politischen Reformer versuchten ein marxistisch orientiertes Klassenkonzept

³⁵² Vgl. *Bradsher*, *Afghanistan and the Soviet Union*, 94.

³⁵³ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 105.

³⁵⁴ Vgl. *Bradsher*, *Afghanistan and the Soviet Union*, 94.

³⁵⁵ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 105.

³⁵⁶ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 105.

³⁵⁷ Vgl. *Hammond*, *Red Flag over Afghanistan*, 70.

einer Gesellschaft in einem sozialen Verbund zu etablieren, der über jahrhundertelange Traditionen in einer gänzlich anderen Konstellation gewachsen war.³⁵⁸ Denn die Unterteilung der afghanischen Bevölkerung erfolgte von sich aus nie in Klassen, sondern immer in Gruppierungen wie Haushalt, Abstammung, Clan, Stamm, Siedlung oder Dorf. Am bedeutendsten für die Differenzierung innerhalb der Gesellschaft war die Ethnie.

Zu guter Letzt scheiterte die Durchsetzung der Landreform auch an der Verbindung zwischen Grundbesitz, lokaler Autorität und der daraus resultierenden Autonomie. Lokale Eliten und Khāns sahen ihre Stellung in den feudalen Clan- und Stammessystemen von den Einflüssen der Zentralregierung gefährdet. Sie befürchteten einen erheblichen Machtverlust durch die Reformen der Regierung, die den Bauern zugutegekommen wären. Die Stammes- und Claneliten etablierten ein System der lokalen Selbstverwaltung, das sich auf Rückhalt und eine Basis innerhalb der Landbevölkerung berufen konnte, da sich die lokalen Machthaber in sämtlichen Belangen bisher selbst um die Anliegen ihrer Gemeinschaft kümmerten, und die Gemeinschaft im Gegenzug deren Machtposition legitimieren musste.³⁵⁹ Obgleich viele arme Familien und verarmte Bauern von den Landreformen der DVPA hätten profitieren können, lehnten sie diese aus Skrupel gegen die Ideen der Kommunisten, aus Angst vor Repression der Khāns und Landbesitzer und aus Hörigkeit gegenüber der lokalen Eliten, deren Einfluss über Jahrhunderte gewachsen war, zum größten Teil ab. Ein Telegramm der US-amerikanischen Botschaft an das Außenministerium nach Washington vom 11. August 1979 fasst die Hauptgründe für das Scheitern der Agrarreformen äußerst treffend zusammen.

„Many [...] peasants had wanted to refuse to accept land because of religious scrupels or fear of future retribution by the deprived landlords. The *Khalqis* forced them to accept the land, threatening them with imprisonment if they refuse.“³⁶⁰

Zusammenfassend muss abermals gesagt werden, dass all jene Faktoren, die den politischen Reformmaßnahmen der DVPA zum Verhängnis wurden, zum größten Teil von der Partei selbst verhindert hätten werden können. Die Härte, mit der die Regierung gegen Reformgegner aus allen Schichten der Bevölkerung vorging, war überproportional groß. Repressionen hatten all jene zu erwarten, die den politischen Kurs der Regierung offen kritisierten oder deren politische Ideale und Ideen nicht teilten. Zwischen 50.000 und 100.000 Menschen fielen den Säuberungsaktionen

³⁵⁸ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 70.

³⁵⁹ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 70.

³⁶⁰ Zit. nach *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 70.

durch die DVPA zum Opfer.³⁶¹ Ein Bericht von Amnesty International vom November 1979 sprach damals von 12.000 Insassen im berüchtigten Pur-i Charkhi Gefängnis, das lediglich für maximal 6.000 Gefangene konzipiert war und zum Symbol der Repressionen und Schreckensherrschaft der Kommunisten wurde.³⁶² Ein Großteil der Insassen wurden ohne fairen Prozess festgehalten, gequält und gefoltert. Auch der Umgang der DVPA mit dem Islam weckte großen Unmut in der afghanischen Bevölkerung. Tarakī, der den islamischen Glauben und mehr noch den Islamismus und die *šahriā* als nicht mehr zeitgemäß erachtete, ließ die Tätigkeiten religiöser Führer immer stärker kontrollieren und bezeichnete am 22. September 1978 die *Muslim-Brüder* öffentlich als Staatsfeinde.³⁶³

Im Juni 1979 ließ die DVPA sämtliche Islamisten, die bereits unter Dāūd inhaftiert wurden, hinrichten. Da die Religion als kulturelle Grundlage für den größten Teil der afghanischen Bevölkerung galt und bis zum heutigen Tage immer noch einen hohen Stellenwert einnimmt, waren die Empörung und die daraus resultierende Regierungskritik innerhalb der Bevölkerung sehr groß. Führende Geistliche riefen eine großangelegte nationale Kampagne gegen die DVPA-Regierung ins Leben und zielten vor allem darauf ab, ihre Ideen in den Reihen der paštūnischen Stämmen an der pakistanischen Grenze und innerhalb der Armee zu positionieren, was im Fall der afghanischen Regierungsarmee zu einer Welle an Desertionen führte.³⁶⁴

Auch islamistische Gruppen organisierten sich zunehmend in paramilitärischen Verbänden und bewaffneten sich. Erste Aufstände in der heutigen Provinz Nūrīstan im Osten Afghanistans an der Südseite des Hindukusch, begannen sich schon im Oktober 1978 zu regen und breiteten sich schnell auf ein großes Gebiet entlang der pakistanischen Grenze aus. Mit den Aufständen in Westafghanistan, die im Februar 1979 begonnen hatten, brachen Revolten aus, die aufgrund ihrer Intensität von der Regierung nicht mehr unter Kontrolle zu bringen waren. Die Aufstände im Westen gipfelten in der März-Revolte in Herat und besiegelten das Ende der Regierung unter der DVPA.

³⁶¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 98.

³⁶² Vgl. Hammond, Red Flag over Afghanistan, 73.

³⁶³ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 106.

³⁶⁴ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 106.

4.2. Die März-Revolte in Herat 1979 und die Machtbestrebungen Hafizullah Amīns

Die *khalq* -Fraktion strebte in ihren politischen Ideen wie auch in praktisch ausgeführten Handlungen eine Vernichtung sämtlicher Eliten an, die sich dem politischen Kurs der Partei zu widersetzen wagten. Die März-Revolte in Herat und die damit einhergehende Meuterei der 17. Division der Afghanischen Armee gilt als unmittelbare Antwort gegen die Brutalität des Regimes.³⁶⁵ Zur steigenden Zahl an Aufständen innerhalb der Bevölkerung, kam der eskalierende Konflikt zwischen Tarakī und Amīn innerhalb der Partei hinzu. Die außenpolitischen Beziehungen zu den USA drohten aufgrund des Mordes an einem US-amerikanischen Diplomaten ebenfalls zu scheitern. Die Lage im Land und deren Einfluss auf die politische Dynamik im Kalten Krieg war fatal und wurde von politischen Beobachtern aller Seiten als äußerst prekär eingestuft. Die Ermordung des amerikanischen Botschafter Dubs am 14. Februar 1979 markierte eine drastische Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Botschafter Adolph Dubs wurde von vier radikalen Mitgliedern einer linken Splittergruppe der DVPA entführt und in einem Hotel in Kabul als Geisel festgehalten. Die vier Entführer forderten die Freilassung von Mitgliedern der Partei *Setem-i Melli*. Beim Polizeieinsatz, der unter anderem auch von Amīn geleitet wurde, kamen zwei Entführer und der Botschafter ums Leben. Sie wurden erschossen. Die US-Administration unter Präsident Carter beschuldigte daraufhin die Sowjetunion, Dubs mit Scharfschützen absichtlich ins Visier genommen und Amīn den Befehl zur Ermordung gegeben zu haben. Moskau wies diese Vorwürfe strikt zurück.³⁶⁶ Bis heute bleibt der Umstand der Geiselnahme ungeklärt.

Als Reaktion beschlossen die USA am 23. Juli 1979 den Abzug aller DiplomatInnen aus Afghanistan. Am 14. August wurde von Präsident Carter ein Gesetz verabschiedet, das sämtliche US-amerikanische Hilfeleistung an Afghanistan einfror, solange sich die afghanische Regierung nicht offiziell für das Attentat an Dubs entschuldigte. Hilfeleistungen sollten so lange ausbleiben, bis die afghanischen Sicherheitskräfte einen allumfassenden Schutz von amerikanischem Regierungspersonal gewährleisten könne und im Land wieder Umstände herrschten, die eine Entwicklungshilfe überhaupt möglich machten. Bis zum Zeitpunkt der Gesetzesunterzeichnung war es den USA aufgrund der Zunahme von bewaffneten Ausschreitungen in Afghanistan kaum

³⁶⁵ Vgl. *Maley*, *The Afghanistan Wars*, 30.

³⁶⁶ Vgl. *Bradsher*, *Afghanistan and the Soviet Union*, 99.

mehr möglich, humanitäre Hilfe zu leisten.³⁶⁷ Auch andere westliche Länder hielten ihre Hilfe aufgrund der Unsicherheit im Land weitgehend zurück.

Die kommunistische Regierung der Volksrepublik Afghanistan war im Frühjahr 1979 mit Wellen der Gewalt und Aufständen großer Teile der Bevölkerung gegen die eigenen Machthaber und Politik konfrontiert. In Westafghanistan waren die Revolten besonders heftig. Herat war im März 1979 mit ca. 150.000 EinwohnerInnen eine der größten Städte Afghanistans und das wirtschaftliche und politische Zentrum im Westen des Landes. Eine Demonstration von Textil- und Bergarbeitern gegen die Festnahme einiger Arbeitskollegen eskalierte und führte zu einem Aufstand, der mindestens 20.000 Menschen das Leben kostete und bei dem sich im weiteren Verlauf die gesamte 17. Division der afghanischen Armee, darunter auch der spätere einflussreiche *muğāhidīn*-Kommandeur *Ismā'īl Khān*, auf die Seite der Aufständischen schlug. Es dauerte sieben Tage lang, bis die Regierungstruppen aus Kandahar unter verstärkter Mithilfe von russischen Militärs den Aufstand niederschlagen hatten und Herat wieder unter die Kontrolle der DVPA bringen konnten. Unter den zehntausenden Opfern, die dieser Aufstand forderte sowohl auf Seiten der Rebellen, als auch in den Reihen der *khalq*-Anhänger forderte, waren auch 100 sowjetische Entwicklungshelfer.³⁶⁸ Der Rest des in Herat stationierten sowjetischen Personals konnte fliehen. Offiziell gab die Regierung in Kabul dem Iran die Schuld für die Meuterei der afghanischen Soldaten. 4.000 getarnte iranische Soldaten sollten dabei über die Grenze gekommen und die Reihen der Aufständischen infiltriert haben. Der religiöse Führer der islamischen Revolution und Staatsoberhaupt des Iran, Ayatollah Ruhollah Chomeini, wies sämtliche Beschuldigungen von sich und äußerte sich seinerseits empört zu den Zuständen in Afghanistan unter der Regierung Tarakī.

„The present government in Afghanistan is oppresing people in the name of Communism.“³⁶⁹

Herat war eine Warnung, die von der DVPA jedoch gänzlich unbeachtet blieb und lediglich zur kontinuierlichen Machtsteigerung und Einflussnahme von Amīn beitrug, der beharrlich versuchte, seine eigenen radikalen Vorstellungen eines diktatorischen Sozialismus, nach dem Vorbild von

³⁶⁷ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 100.

³⁶⁸ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 98.

³⁶⁹ Vgl. *Bradsher*, Afghanistan and the Soviet Union, 101.

Präsident Dāūd, umzusetzen.³⁷⁰ Der weitaus gemäßigtere Tarakī verkam zur Randfigur und sollte nur kurze Zeit später Amīns Radikalismus zum Opfer fallen.

Moskau sah sich in einer zwiespältigen Situation gefangen. Auf der einen Seite verlangten die Brežnev-Doktrin als die „Lehre der Unumkehrbarkeit eines revolutionären Prozesses“, die volle Unterstützung sämtlicher Maßnahmen, die in Afghanistan unter dem *kahlq*-Regime vorgenommen und umgesetzt wurden.³⁷¹ Ebenso wurde im Kreml eine Abkehr anderer verbündeter Staaten befürchtet, wenn die Sowjetunion die sozialistische Regierung in Kabul auf sich alleine gestellt ließe. Mehrere Delegationen und rund 5.000 militärische und zivile Experten wurden bis ins Frühjahr 1979 von der Sowjetunion nach Afghanistan gesandt, um Bericht über die Lage im Land zu erstatten und das Regime unter *khalq* an der Macht zu erhalten.³⁷²

Haffizullāh Amīn, der seit dem Staatsstreich im April 1978 im Schatten von Tarakī stand, witterte in den Wirren aus Gewalt und politischem Chaos seine Chance zur Einflussnahme innerhalb seiner Partei und zur vollständigen Entmachtung Tarakīs. Amīns politische Bestrebungen als Premierminister und Generalsekretär der DVPA gelten bis heute als Hauptindikatoren für den sowjetischen Einmarsch im Dezember 1979. Amīn galt als politisch radikal und unbeugsam. Er hatte in Kabul und an der Columbia Universität in den USA studiert. 1965 kehrte Amīn in sein Heimatland zurück und schwor sich dem Kampf gegen das politische Establishment unter Präsident Dāūd. 1969 wurde er als Mandatar ins Parlament gewählt. Seine Beziehungen in die USA ließen immer wieder Verdächtigungen gegen seine Person laut werden. Amīn, so beschuldigten ihn Parteigenossen, sei in Wirklichkeit ein Agent der CIA, der die Revolution gefährden würde.³⁷³ Parteimitglieder innerhalb der DVPA hatten Angst vor einer autoritären Machtübernahme Amīns, der schon früh begann, eine Basis in der Armee, der Polizei und dem Geheimdienst für eine potentielle parteiliche Unabhängigkeit zu generieren. Politische Gegner baten Tarakī sogar am Vorabend der „April-Revolution“, Amīn zu entlassen, wozu es jedoch aufgrund der überstürzten Ereignisse am 26. und 27. April 1978 nicht mehr kommen konnte. Amīn hatte zu dieser Zeit schon sämtliche politischen Kompetenzen in Händen, die ihm die Monate später seine Einflussnahme innerhalb des Staates sichern sollten.

³⁷⁰ Vgl. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, 101.

³⁷¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 99.

³⁷² Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 99.

³⁷³ Vgl. Kakar, Afghanistan, 35.

Hinter dem Rücken der zuständigen Minister für Verteidigung und Inneres festigte Amīn seine Kontakte und Beziehungen zur Staatspolizei und dem Militär. Seine Verbindungen zum KGB und zu den sowjetischen Beratern in Kabul, allen voran dem Chef des Beraterstabs Nikolai Simonenko waren hervorragend.³⁷⁴ Er stand mit dem KGB vor, während und nach dem Staatsstreich in engem Kontakt und schaffte es, Kārmal in den Augen Moskaus politisch zu isolieren und zu diffamieren und die sowjetischen Berater von den radikalen Ideen der *khalq* -Fraktion zu überzeugen.³⁷⁵ Ideologisch und politisch wandte sich Amīn jedoch bald nach dem Putsch von der Kreml-treuen Linie seines Vorgesetzten Tarakī ab. Nach Meinung Amīns bräuchte es für eine erfolgreiche sozialistische Revolution weder Bauern noch Arbeiter, sondern ein politisch indoktriniertes, schlagkräftiges Heer, das die Verbreitung des Sozialismus im Volk möglich machte.³⁷⁶ Es würde nach den Ansichten Amīns zu lange dauern, um die arbeitende Klasse zu politisieren. Kārmal, der größte Gegner der Ideen Amīns innerhalb der DVPA, kritisierte diesen stark.

Auch Moskau vernahm die Pläne Amīns mit großem Zweifel und betrachtete sie teilweise als ketzerisch. Es war gegen die Doktrin des Kremls, ohne Hilfe der Sowjetunion ein sozialistisches System, vor allem in einem strategisch so wichtig gewordenen Land wie Afghanistan, etablieren zu wollen.³⁷⁷ Amīns Bestrebungen, eine freundschaftliche Beziehung auch zu Ländern wie den USA und Pakistan zu pflegen, war den Verantwortlichen im Kreml ein Dorn im Auge. Amīns Äußerungen führten zu einem äußerst angespannten Verhältnis zwischen ihm, Tarakī und Moskau. Am 27. März 1979 wurde Amīn zum Premierminister ernannt und übernahm somit die Regierungsverantwortung direkt von Tarakī, der zwar weiter Staatspräsident blieb und zum Vorsitzenden des neu gegründeten *High Council for the Defense of the Homeland* ernannt wurde, in diesen Ämtern jedoch nahezu keine politische Macht mehr besaß. Mit Hilfe des neuen Postens wurden die Versuche Amīns hinsichtlich einer Machtmonopolisierung immer deutlicher und intensiver. Er entließ am 28. Juli 1979 den Verteidigungsminister Oberst Watanjar, der schon bei der Durchführung des April-Putsches eine wichtige Rolle spielte, aus seinem Amt und besetzte dessen Posten selbst.³⁷⁸ Gleichzeitig inszenierte er einen Personenkult um Tarakī und bestätigte bei nahezu jeder Gelegenheit dessen Führungsanspruch innerhalb der DVPA.³⁷⁹ Innerhalb der

³⁷⁴ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 34.

³⁷⁵ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 35f.

³⁷⁶ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 35.

³⁷⁷ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 36.

³⁷⁸ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 59.

³⁷⁹ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 36.

Partei war jedoch Amīns Nepotismus und die daraus resultierende Absicht, Tarakī zur reinen Repräsentationsfigur zu machen, spürbar.

Das Verhältnis zwischen Tarakī und Amīn eskalierte in einer Politbürositzung im Juli 1979. Amīn beschuldigte Tarakī offen, die alleinige Verantwortung für das Scheitern der Reformen und der Regierung tragen zu müssen, wohingegen Tarakī den Vorwurf der Vetternwirtschaft gegenüber Amīn äußerte.³⁸⁰ Damit war das Zerwürfnis zwischen Amīn und Tarakī besiegelt. Abseits der nun offenen Konflikte zwischen Amīn und Tarakī, war letzterer dennoch für die Durchsetzung der politischen Pläne Amīns von Nöten und sollte schlussendlich auch einen großen Teil der Mitverantwortung für die Machtübernahme Amīns tragen. Die politische Situation im Land verschärfte sich zusehends. Die Armee und die Sicherheitskräfte der afghanischen Regierung waren unfähig, die Aufstände im Land zu kontrollieren. Die afghanischen Truppen hatten große Schwierigkeiten, Soldaten und Offiziere an Desertionen und am Überlaufen zu aufständischen Truppen zu hindern. Im Juli 1979 sollten von den 28 Provinzen des Landes nur noch fünf unter der Kontrolle der Regierung gestanden haben.³⁸¹

Die Verantwortlichen im Kreml, allen voran Parteichef Brežnev, strebten eine Neuformation der afghanischen Regierung unter Tarakī als Staatsoberhaupt und Kārmal, der aus seiner politischen Verbannung befreit werden sollte, als dessen Stellvertreter an.³⁸² Amīn sollte sämtlicher politischer Ämter enthoben und, ähnlich wie einst Kārmal, als Diplomat ins „politische Exil“ verbannt werden. Ein Treffen zwischen Tarakī und Kārmal wurde von Seiten der KPdSU und unter Anwesenheit von Brežnev, Außenminister Gromyko und dem Berater für Außenangelegenheiten Andrej Aleksandrov-Agentov am 10. und 11. September in Moskau abgehalten. Im Zuge dieses Treffens vermittelte die sowjetische Führung ihre Befürchtung hinsichtlich einer Eskalation zwischen Amīn und Tarakī und zwang das afghanische Staatsoberhaupt, Amīn in seine Schranken zu weisen. Dabei blieb offen, auf welche Weise dies geschehen sollte. Die Phrase „to put Amin in his place“ hielt ein großes Spektrum an Möglichkeiten bereit.³⁸³ Moskau bot Tarakī Unterstützung in Form von Botschafter Puzanov, General Ivanov und General Pavlovskij an, die der noch amtierenden Regierung helfen sollten, das „Problem Amīn“ endgültig zu lösen. Daraufhin betraute Tarakī den Chef des afghanischen

³⁸⁰ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 36.

³⁸¹ Vgl. *Linde*, Afghanistan und der Nachbar im Norden, 84.

³⁸² Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 37.

³⁸³ *Kakar*, Afghanistan, 37.

Geheimdienstes Asadullāh Sarvani mit dem Auftrag, ein Attentat auf Amīn zu verüben, das im Zuge von Tarakīs Rückkehr nach Kabul und vor einem Treffen mit Amīn stattfinden sollte.³⁸⁴

Amīns Netzwerk innerhalb der Regierungsorgane leistete jedoch exzellente Arbeit und konnte ihn sowohl vor dem geplanten Attentat durch die afghanische Geheimpolizei warnen, als über die Inhalte der Gespräche in Moskau aufklären. So erfuhr Amīn früh von Brežnevs und Tarakīs Plänen zur politischen Elimination seiner Person. Diesen Plänen gab sich Amīn nicht widerstandslos hin. Am 14. September lud Tarakī Amīn zu Verhandlungen im Präsidentenpalast in Kabul ein. Tarakī versicherte zu diesem Zeitpunkt, er wolle den Konflikt mit Amīn beilegen und nach Lösungen und Kompromissen für beide Seiten suchen. Der sowjetische Botschafter Puzanov sollte dabei die Gespräche moderieren. Auch die beiden Generäle Ivanov und Pavlovskij waren anwesend.³⁸⁵ Doch anstatt friedlicher Gespräche erwarteten Amīn nach der Ankunft im Präsidentschaftspalast Feuersalven der Präsidenten-Garde. Ihm gelang die Flucht, sein Begleiter und zeitgleich einer seiner wichtigsten Informanten, wurde im Kugelhagel getötet. Amīn floh ins Verteidigungsministerium und befehligte von dort aus die Belagerung des Präsidentenpalastes.³⁸⁶ Noch bevor die Truppen der afghanischen Armee am Palast ankamen, konnten Puzanov und die beiden Generäle fliehen. Tarakī wurde inhaftiert und am 9. Oktober hingerichtet. Amīn übernahm daraufhin Tarakīs Platz als Parteichef und Staatsoberhaupt.

4.3. 104 Tage unter der Regierung Amīn

Nach der Machtübernahme hoffte Amīn in seiner Regierung von der Sowjetunion tatkräftig unterstützt zu werden. Das genaue Gegenteil war jedoch der Fall. Brežnev sah in der Ermordung Tarakīs einen persönlichen Angriff, den es zu rächen galt. Die sowjetische Führung änderte ihre Afghanistanpolitik nach dem 14. September schlagartig, wenn auch nach außen hin eher zurückhaltend, um weitere Konflikte zu vermeiden. Innerhalb der sowjetischen Führungselite wurde die Abneigung gegen Amīn und seinen politischen Kurs, der allen voran freundschaftliche Beziehungen auch mit Ländern des Westens und eine klare Unabhängigkeit Afghanistans von der UdSSR vorsah, klar zur Sprache gebracht. Die Regierung in Kabul zeigte sich während der 104

³⁸⁴ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 37.

³⁸⁵ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 39.

³⁸⁶ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 39.

tägigen Herrschaft von Amīn jedoch optimistisch und war schon fast enthusiastisch gegenüber den Beziehungen zur Sowjetunion eingestellt.³⁸⁷ Diese abermaligen freundschaftlichen Annäherungsversuche resultierten jedoch nicht aus dem Willen politischer und vor allem ideologischer Kooperation mit Russland, sondern hatten vielmehr die Absicht, die wirtschaftlichen Hilfeleistungen für Afghanistan zu sichern und auszuweiten.³⁸⁸ Denn die staatliche und politische Unabhängigkeit von der Sowjetunion war eines der höchsten politischen Ziele des neuen Staatsoberhauptes Amīn.

Die sowjetische Führung hielt an ihrem teilweise irrationalen und ambivalenten Auftreten in der Beurteilung der afghanischen Innenpolitik nach außen hin fest. So beglückwünschten Brežnev und Kosygin den neuen Machthaber Amīn zur neuen Aufgabe als Staatsoberhaupt.³⁸⁹ Andererseits reagierte die Sowjetunion mit Maßnahmen, die schon gegen Ende September 1979 auf eine mögliche militärische Invasion in Afghanistan hinwiesen. An der nördlichen Grenze Afghanistans wurden vermehrt Truppenbewegungen und militärische Tätigkeiten auf sowjetischem Territorium registriert. Gleichzeitig sprachen die USA eine Warnung vor der Verletzung der afghanischen Souveränität in Richtung der Sowjetunion aus.³⁹⁰

Amīn war nicht in der Lage, die Aufständischen im Land unter seine Kontrolle zu bringen. Die bewaffneten Aufstände und Revolten breiteten sich in der Zeit seiner Machthabe immer weiter aus und erreichten auch Kabul und andere große Städte. Die Hilferufe der afghanischen Regierung nach Moskau und zeitgleich auch die Zahl an Lieferungen von modernem militärischem Gerät, wie dem Kampfhubschrauber Mi-24, aus der Sowjetunion nahmen stetig zu.³⁹¹ Zum Schutz von sowjetischem Personal in Afghanistan wurde aber nicht nur Gerät versandt. Anfang November vermutete die britische Tageszeitung *Daily Telegraph* in einer Ausgabe vom 2. November um die 20 sowjetischen Bataillone im Land.³⁹²

Zwei vereitelte Anschläge zwischen Oktober und Dezember 1979, die aus Sicht der Regierung in Kabul eindeutig von der Sowjetunion ausgingen, verschlechterten das Verhältnis zwischen Amīn und dem Kreml zusehends. Amīn suchte zu seinem eigenen Schutz nun auch Unterstützung in Ländern wie Pakistan und nahm ebenfalls Kontakt zu radikalen islamistischen

³⁸⁷ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 40.

³⁸⁸ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 41

³⁸⁹ Vgl. *Linde*, Afghanistan und der Nachbar im Norden, 84.

³⁹⁰ Vgl. *Linde*, Afghanistan und der Nachbar im Norden, 85.

³⁹¹ Vgl. *Linde*, Afghanistan und der Nachbar im Norden, 85.

³⁹² Vgl. *Linde*, Afghanistan und der Nachbar im Norden, 85.

Widerstandsgruppen auf, um mit diesen in Verhandlungen zu treten. Die Politik Amīns ließ die Pläne der Sowjetunion für eine militärische Invasion in Afghanistan immer konkreter werden, obgleich sich in den Entscheidungsgremien der sowjetischen Führung keine einheitliche Fürsprache für das militärische Eingreifen ausmachen lässt.³⁹³

5. Der afghanische Widerstand - Das Erstarren der islamistischen Opposition

Die radikalen Durchsetzungsbestrebungen politischer Reformen, die Inkompetenz der Parteiideologen und die äußerst brutale Vorgehensweise gegen politische Gegner führten zu einer unmittelbaren Formierung von Widerstand mit verschiedensten ideologischen Ausrichtungen gegen das Regime der DVPA. Nachdem Afghanistan in seiner Geschichte eine lange Tradition von bewaffneten Konflikten aufweist, die zur Wahrung der Rechte und für die Durchsetzung der Ideen der jeweiligen Konfliktpartei ausgefochten wurden, bildete sich auch in den späten 1978er Jahren schnell eine bewaffnete Opposition, deren Ziel die Entmachtung der politischen Elite war. Unterstützt wurden die oppositionellen Gruppen von Teilen der afghanischen Armee oder sogar ganzen Divisionen und konnten dadurch enorm an militärischer Durchschlagskraft gewinnen.

Die sowjetische Militärhilfe wurde vor dem Hintergrund der drohenden Eskalation im Land intensiviert. Moskau schickte modernste Waffensysteme nach Afghanistan, die zum Teil von den Soldaten der afghanischen Streitkräfte nicht bedient werden konnten und zum Teil von ihnen auch nicht bedient werden sollten.³⁹⁴ Vermehrt kamen sowjetische Panzerfahrer und Piloten zum Einsatz, die zum einen die militärischen Gerätschaften und Fahrzeuge bedienten, andererseits aber auch in einem ersten Schritt sowjetische Militärpräsenz in den Krisenregionen des Landes garantierten. Die ablehnende Haltung gegenüber der Politik der DVPA, ihrem totalitären Regierungsverständnis, wenn es um die Durchsetzung von politischen Maßnahmen und Reformen ging, und der fehlende Bezug der Bevölkerung zu einer zentralisierten Machtinstanz, gelten als Faktoren für die Formierung von strukturiertem Widerstand innerhalb der afghanischen Gesellschaft. Zeitgleich traten auch die USA mit Waffenlieferungen für radikale islamistische Gruppen, die anfangs erbittert gegen die kommunistische Regierung und dann gegen die

³⁹³ Vgl. *Schetter*, Kleine Geschichte Afghanistans, 100.

³⁹⁴ Vgl. *Krause*, Sowjetische Militärhilfepolitik, 139.

sowjetische Besatzung kämpften, in den Konflikt ein. Denn die USA und ihre Verbündeten, darunter vor allem Pakistan, sahen in der finanziellen Unterstützung des bewaffneten islamistischen Widerstands die optimale Möglichkeit, einen Gegenpol zur Einflussnahme der Sowjetunion und im weiteren Verlauf auch zur sowjetischen Invasion zu bilden, ohne mit eigenen Truppen ins Kampfgeschehen eingreifen zu müssen. So entwickelte sich der Afghanistankonflikt schnell zu einem Stellvertreterkrieg auf Kosten der Zivilbevölkerung.

Der Islam wurde nicht nur von den islamistischen *muğāhidīn* als ideologischer Antagonist zum Kommunismus der Regierung gemacht. Auch die USA, Saudi-Arabien und Pakistan waren darum bemüht, in den „gottlosen Kommunisten“ ein Feindbild zu etablieren, das islamistische Gruppen zum Kampf motivieren und die antikommunistische Aggression im Kampf gegen die Sowjetunion zu bündeln. Die unterstützenden Maßnahmen erfolgten einerseits in Form von Finanzierung und Waffenlieferungen aus den USA und Saudi-Arabien, andererseits fiel dem pakistanischen militärischen Geheimdienst die Aufgabe zu, den afghanischen Widerstand zu organisieren. Der pakistanische Geheimdienst *Inter Services Intelligence* (kurz ISI) formierte Anfang der 1980er Jahre aus über 80 teilweise nur lose miteinander verbundene Gruppen aus sieben Parteien des Widerstands, die in der pakistanischen Stadt Peshawar an der pakistanisch-afghanischen Grenze positioniert wurden und von dort aus den innerafghanischen Kampf gegen „Aggressoren von außen“ koordinierten.³⁹⁵ Bei der Auswahl der „Peshawar-Parteien“ spielte vor allem die politische und ideologische Ausrichtung eine entscheidende Rolle. So lehnte Pakistan im Vorhinein Gruppen ab, deren Einstellung eine paštūnisch-nationalistische Färbung aufwies. Die pakistanische Regierung erwartete sich davon, die Frage nach einem autonomen Paštūnistan schlussendlich in der Erfüllung der eigenen Interessen geklärt zu haben.³⁹⁶

Auch die ethnische Ausrichtung der Widerstandsparteien hatte eine Auswirkung auf Unterstützungsleistungen von außen. So unterstützten die USA und Saudi-Arabien keine schiitischen Parteien, da sie ebendiesen aufgrund der Nähe zum gemeinsamen Feind Iran stark misstrauten.³⁹⁷ Von Seiten der USA und Saudi-Arabiens wurde die islamistische Opposition in den Jahren zwischen 1980 und 1990 mit Unterstützung von insgesamt über 4 Milliarden Dollar bedacht.

³⁹⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 108.

³⁹⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 108f.

³⁹⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 109.

5.1. Hintergründe, Motive und Entwicklung des islamistischen Widerstands

Die Aufstände in den ostafghanischen Provinzen Nūristan und Badkashan im Sommer 1978 breiteten sich schnell auf den gesamten ländlichen Raum des Landes aus. Führende Geistliche riefen zum *ġihād* gegen das „gottlose“, kommunistische Regime auf.³⁹⁸ Dabei spielte der Islam im Polarisierungsprozess gegen die Regierung Kabul eine entscheidende Rolle und gilt als vereinendes Element und ideologische Grundlage des Widerstandes. Bis in die Gegenwart hinein formierte sich Widerstand in Afghanistan meist auf der Grundlage einer islamisch geprägten Idee der Abgrenzung von Außeneinflüssen. Gruppen, die sich anderer einander Momente bedienten, zum Beispiel nationalistische oder linke Gruppierungen, wurden vom islamischen Widerstand entweder bekämpft oder absorbiert.³⁹⁹

Der Widerstand, auf einem islamischen Grundgedanken gebildet, lässt sich wiederum in zwei Kategorien aufteilen. Laut den Untersuchungen von Olivier Roy zum Verhältnis von Islam und Politik im modernen Afghanistan lässt sich der islamische Widerstand zum einen in *islamistische* beziehungsweise *fundamentalistische* Gruppen, zum anderen in Gruppen mit einem traditionellen Islam-Verständnis gliedern.⁴⁰⁰ In beiden Gruppen wird dem Sufimus, einer asketisch-spirituellen Strömung des Islam, eine besondere Bedeutung zugesprochen. Der moderne Islamismus beruht im Grunde auf den Ideen und Arbeiten von Sayyed Qutb, der 1906 geboren und 1966 in Ägypten zum Tode verurteilt und gehängt wurde.

Die Entwicklung von radikal islamischen Bewegungen in der afghanischen Bevölkerung begann in den 1960er Jahren. Islamische Fundamentalisten waren meist sunnitische Theologen, die unter anderem Kontakte zur Muslimbruderschaft und zu Anhängern des saudischen Wahabismus pflegten.⁴⁰¹ Die Orientierung der politischen Reformen an westlichen Gesellschaften und Strukturen führte zu dieser Zeit zu einer tiefen ideologischen Krise innerhalb der afghanischen Bevölkerung. Ein Zwiespalt zwischen „westlicher“ Eliten und der restlichen Mehrheit der Bevölkerung, die traditionalistisch und religiös verankert war, bildete sich in der afghanischen Gesellschaft heraus. Diese religiöse Bevölkerungsmehrheit wurde seit jeher von der „modernisierten“ sozialen Elite als Hindernis für einen Modernisierungsprozess im Land

³⁹⁸ Vgl. *Hammond*, Red Flag over Afghanistan, 73f.

³⁹⁹ Vgl. *Braun/ Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 147.

⁴⁰⁰ Zit. nach Vgl. *Braun/ Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 147.

⁴⁰¹ Vgl. *Braun/ Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 147f.

betrachtet, was unausweichlich zu Konflikten führte.⁴⁰² Ideologieverständnis war für die Bevölkerung im Widerstand von nachrangiger Bedeutung. Der ideologische Dualismus zwischen Islam und Kommunismus wurde von vielen nur als Weiterführung der historisch gewachsenen Asymmetrie zwischen Stadt und Land verstanden, wobei der Islam in diesem Verständnis stellvertretend für eine traditionelle Gesellschaftsordnung steht.⁴⁰³ Die ideologische Basis der islamischen Opposition, sowie die sich daraus entwickelten muğāhidīn, die Glaubenskrieger, die den *ğihād* zunächst gegen die DVPA und schlussendlich auch gegen die sowjetischen Besatzer führten, ist auf eine fundamentalistische Glaubensauslegung islamischer Lehren zurückzuführen.

Die Termini des Fundamentalismus und Islamismus sind mit jenen Lehren und Strömungen in Verbindung zu bringen, die darauf bestehen, dass der Islam eine Art der Staats- und Regierungsform darstellt, jedoch zugleich auch eine Religion ist.⁴⁰⁴ Sayyed Qutb sieht im Islam das „Heilmittel gegen sämtliche Erkrankungen Menschheit sieht“.⁴⁰⁵ Dabei sollte es das Ziel innerhalb einer islamischen Gesellschaft sein, die *šarīa* als oberste moralische Instanz für sämtliche rechtliche, aber auch sozial-gesellschaftliche und wirtschaftliche Belange zu etablieren.⁴⁰⁶ Zeitgleich sollte eine allumfassende Ideologie, die auf dem Koran und auf den *sunnat an-nabī*, den „Handlungsweisen des Propheten Mohammed“ basiert, als Grundlage für eine islamische Gesellschaft gelten.⁴⁰⁷ Der Islamismus macht die gegenwärtige religiöse Ignoranz der Menschheit, wie sie vor der Etablierung des Islam bestand, für die Missstände in der Welt verantwortlich und verlangt nach Reformen, die anhand von islamisch-fundamentalistischen Revolutionen durchzuführen sind.⁴⁰⁸

Offene Kritik und der politische Kampf gegen andere eingesetzte Regierungsformen in islamischen Ländern gelten als Hauptcharakteristikum des modernen Fundamentalismus. Islamistische Ideen und Gesellschaftsentwürfe werden dabei nie als autonome politische Konzepte entworfen, sondern stellen in den meisten Fällen radikale, konfessionell-orientierte Gegenentwürfe zu westlichen und kommunistischen Politsystemen dar.⁴⁰⁹ Die Theorien zur Aufteilung einer Gesellschaft in säkulare und konfessionell-spirituelle Sphären bildet dabei einen

⁴⁰² Vgl. Asta Olesen, *Islam and Politics in Afghanistan* (Richmond 1995) 227.

⁴⁰³ Vgl. Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, 109.

⁴⁰⁴ Vgl. Olesen, *Islam and Politics*, 236.

⁴⁰⁵ Vgl. Kakar, *Afghanistan*, 81.

⁴⁰⁶ Vgl. Olesen, *Islam and Politics*, 236.

⁴⁰⁷ Vgl. Kakar, *Afghanistan*, 82.

⁴⁰⁸ Vgl. Kakar, *Afghanistan*, 81.

⁴⁰⁹ Vgl. Olesen, *Islam and Politics*, 237.

der Hauptangriffspunkte islamistischer Kritik, vor allem die Jurisdiktion betreffend. Der Islam stellt in der Durchsetzung von politischen Ideen jedoch weniger die Inspirationsquelle dieser Ideen, als vielmehr das Werkzeug zur Ausführung und Legitimation ebendieser Konzepte dar.⁴¹⁰

Als politisches Ziel vieler islamistischer Gruppierungen wird die Gründung eines *islamischen Staates* genannt. Das Hauptmerkmal eines solchen Staatskonzepts ist die Transformation von okzidental politischen Strukturen, wie beispielsweise des Nationalstaates, der staatlichen Souveränität oder der Demokratie, in ein vom Islam dominiertes politisches System.⁴¹¹ Islamistische politische Diskurse bedienen sich also westlicher Strukturen, um diese wiederum nach eigenem Ermessen und maßgeblich umfunktioniert in einen eigenen Staatsdiskurs einfließen zu lassen. Anders als in westlichen Gesellschaften, beinhaltet das Demokratieverständnis im Regierungssystem eines *islamischen Staates* keine politischen Parteien. Das islamistische Staatenmodell sieht vielmehr eine Verantwortung der Gesamtgesellschaft über gesellschaftliche Belange vor. Eine Regierung kann in einem *islamischen Staat* nur durch die vollständige Legitimation der Bevölkerung politisch agieren.⁴¹² Zur Gründung eines *islamischen Staates* ist die *Islamische Revolution* von Nöten. Diese Form der Revolution beruht in ihrer Theorie teilweise auf Analogien der Französischen und Russischen Revolution sowie auf Gedankengut der Nationalsozialisten in Deutschland und sieht unter anderem eine „kulturelle Säuberung“ der Gesellschaft und in weitere Folge eine einheitliche Erziehung und Indoktrination „der Massen“ vor.⁴¹³ Die „kulturelle Säuberung“ sollte in Hinsicht auf eine Gegenwehr des Volkes vor allem mit Waffengewalt durchgesetzt werden.

5.2. Die Peshawar-Opposition und die *muğāhidīn*

Durch die Machtübernahme der DVPA im Jahr 1978 kam es im Lager der Oppositionellen zu einer Umstrukturierung. Der Widerstand, der durch den Sturz Dāuds innerhalb der Bevölkerung entstanden war, flaute zunächst ab, in der Hoffnung auf einen politischen Wandel. Er formierte sich jedoch alsbald neu, als die säkularen und antitraditionalistischen Bestrebungen der DVPA-

⁴¹⁰ Vgl. Olesen, Islam and Politics, 239.

⁴¹¹ Vgl. Olesen, Islam and Politics, 240.

⁴¹² Vgl. Olesen, Islam and Politics, 243.

⁴¹³ Vgl. Olesen, Islam and Politics, 243.

Regierung an den Tag traten. In den Reihen dieser sich neuformierenden Opposition spielten vor allem traditionalistische, konservative und religiöse Gruppen eine Vorreiterrolle.

Die fortschreitende Modernisierung des Landes erforderte mehr politische Partizipation von der Bevölkerung, wodurch es zu einer Politisierung von religiösen Strukturen kam, da der Staat plötzlich Funktionen übernahm, die in der Vergangenheit traditionell von Seiten der Religion übernommen wurden.⁴¹⁴ Andere Gruppen, wie zum Beispiel kommunistische Parteien neben der DVPA, hielten dem Druck der Gegner, sowohl von Seiten der Regierung, als auch von Seiten der religiösen Opposition nicht stand und lösten sich auf, oder wurden absorbiert. Der Islamismus als politisches Gegenkonzept zum Sozialismus der DVPA und zum Kommunismus an sich, entwickelte sich zum Rückgrat des Widerstands in Afghanistan und wurde nur wenige Monate nach der Machtübernahme durch die Kommunisten auch durch Waffengewalt verstärkt.

Die Gründe für den Ausbruch von Gewalt und bewaffnetem Widerstand gegen die Regierung lassen sich anhand von vier möglichen ideologischen Zusammensetzungen begründen, die auch die jeweiligen Oppositionsgruppen charakterisieren. Die Grundlage für die Ausschreitungen kann als Reaktion der religiösen Bevölkerung gegen das nicht-islamische Regime und seine anti-islamischen Reformen gesehen werden. Die Reaktion der Stammesbevölkerung gegen die wachsende Einmischung der Regierung in lokale Angelegenheiten oder der reaktionäre Widerstand von feudal herrschenden Großgrundbesitzern und religiösen Fanatikern gegen die progressiven Reformen gelten als Grundlage der Aggression.⁴¹⁵ Des Weiteren gilt auch der erbitterte Widerstand der nationalistisch eingestellten Bevölkerung gegen eine befürchtete Fremdherrschaft durch die Sowjetunion als Motiv für die Formierung von Widerstand.

Der Winter zwischen den Jahren 1978 und 1979 gilt als Zeitraum der ersten großen Mobilisation von bewaffnetem Widerstand in der Landbevölkerung, genau ein Jahr, bevor sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert sind und die Kreml-Administration mehr Handhabe und Kontrolle über das Land verlangte. Unter Mithilfe des pakistanischen Geheimdienstes wurde ein Netzwerk an Trainingscamps für Guerilla-Kämpfer entlang der Durand-Linie errichtet. Die ersten Widerstandsbewegungen gegen die sozialistische Regierung kamen sowohl aus den Städten als auch vom Land, waren aber nur lose organisiert und kaum durchsetzungsfähig. Dies änderte sich im Zuge der Gründung von vier islamistischen und drei traditionell-islamischen Gruppierungen in

⁴¹⁴ Vgl. *Kakar*, Afghanistan, 85.

⁴¹⁵ Vgl. *Olesen*, Islam and Politics, 275.

Peshawar, die sich im Mai 1985 zu einer losen oppositionellen Allianz zusammenschlossen.⁴¹⁶ Peshawar, die Hauptstadt der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa wurde zum Schmelztiegel der radikal-islamischen Opposition. Auch der Rest Pakistans diente als Auffangnetz vieler radikaler Widerstandsführer, die unter Dāūd oder spätestens nach der Machtergreifung durch die Kommunisten Afghanistan verließen, wobei die grenznahen Gebiete als Rückzugsort bevorzugt wurden. Die Grenze zu Pakistan ist bis heute schwer zu kontrollieren, da sie aufgrund der geographischen Beschaffenheit, ein Großteil des Grenzverlaufes zieht sich durch gebirgiges Terrain des Hindukusch, kaum Möglichkeiten zur Sicherung bietet. Aus den politischen Formationen, die ihre Mitglieder vor allem aus den Reihen der im Zuge der sowjetischen Intervention nach Pakistan Geflüchteten rekrutierten, entstanden sieben Parteien, die sich entweder für die Umwandlung Afghanistans in eine islamische Republik oder aber die Wiederinthronisation des Königs Zāhir Šah einsetzten. Die Peshawar Parteien grenzten sich zwar aufgrund unterschiedlicher islamischer Ideen und Ansichten voneinander ab, waren auf ideologischer Ebene jedoch vom Islam geeint.

5.2.1. Die sieben Peshawar-Parteien

Die sieben einflussreichsten islamischen Gruppierungen im afghanischen Widerstand werden in diesem Kapitel anhand ihrer Ideologie und ihrer Entwicklung skizziert. Dies soll dem besseren Verständnis der Konfliktlinien während der sowjetischen Intervention dienen. Die fundamentalistische Gruppe der *Hezb-e-Islami* (die *Islamische Partei*), beispielsweise, wurde unter der Führung von Gulbuddin Hikmatjār gegründet. Sie war schon in den 1960er Jahren aktiv und beanspruchte als paštūnische Gruppierung die Vormachtstellung gegenüber Widerstandsgruppen anderer Ethnien.⁴¹⁷ Dies ist insofern interessant, als im Fall der *Islamischen Partei*, das ethische Moment ebenfalls eine entscheidende Rolle zur Differenzierung und Machtlegitimation darstellt. Hikmatjār verfolgte in seinem politischen Konzept die Idee der Transformation von islamischen Vorschriften zu einem Staat.

⁴¹⁶ Vgl. Braun/ Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 148f.

⁴¹⁷ Vgl. Braun/ Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 149.

Aus der *Islamischen Partei* bildete sich 1979 die *Islamische Partei II* als Splittergruppe aus der großen Mutterpartei. Aufgrund eines Streits um die Parteiführung zwischen Hikmatjār und seinem 40 Jahre älteren Parteiführers Yunus Khales wurde die *Islamische Partei II* ins Leben gerufen, die vor allem in den paštūnischen Stammesgebieten in Südostafghanistan ein hohes Maß an Popularität genoss und in den Reihen ihrer Mitglieder einige „berühmte“ *muğāhidīn* vereinte.

Die kleinere Gruppierung der *Islamischen Union* unter der Führung des Theologen Abdul Rab Rasul Sayyaf ist aufgrund der Unterstützung aus Saudi-Arabien für den islamistischen Widerstand von großer Bedeutung. Die betont anti-westliche Einstellung der *Islamischen Union*, gilt als Resultat von engen Kontakten durch Sayyaf zu wahabistischen Kreisen in Saudi-Arabien.⁴¹⁸ Sie war zwar klein, doch gehörte zu einer der reichsten Parteien in Peshawar.

Die *Islamische Gemeinschaft Afghanistan* unter der Führung des tağikischen Theologen Burhānuddin Rabbāni wurde als „Partei des Nordens“ gesehen und galt aufgrund des hohen Anteils tağikischer Mitglieder auch als „Tağiken-Partei“.⁴¹⁹ Sie war seit 1984 die stärkste Oppositionspartei in Afghanistan, war großflächig im ganzen Land vertreten und brachte aus ihren Mitgliedern sehr einflussreiche und schlagkräftige *muğāhidīn* -Kommandeure, wie Ismā‘īl Khān, der maßgeblich an der März-Revolution in Herat beteiligt war, und Ahmad Šah Mas‘ūd, der „Löwe vom Panjshir-Tal“, der eine äußerst wichtige Rolle im Widerstandskampf gegen die Sowjetunion spielen wird, hervor. Pakistan freilich ignorierte die Partei in seinen strategischen Plänen, da die pakistanische Regierung eine Vormachtstellung der Paštūnen in der Verwaltung des Nachkriegsafghanistans vorsah und eine tağikische Partei dabei in den Augen der Verantwortlichen das Nachsehen haben musste.⁴²⁰

Die *Islamische Revolutionsbewegung* wurde von Maulawi Mohammad Nabi Mohammadi gegründet und bis 2002 angeführt. Mohammadi, ein berühmter Geistlicher und Leiter einer angesehenen Islamschule südlich von Kabul, vertrat mit seiner Partei die sunnitischen Geistlichen und propagierte eine Synthese aus orthodoxem Islamglauben und paštūnischer Tradition.⁴²¹ Obwohl die Partei nicht wesentlich mehr als eine kleine Kampfzelle darstellte, die von lokalen Mullahs angeführt wurde, gilt sie aus ideologischer Sicht als Keimzelle der *tālibān*.

⁴¹⁸ Vgl. Braun/ Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 149.

⁴¹⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 110.

⁴²⁰ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 110.

⁴²¹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 111.

Die *Nationale Rettungsfront Afghanistans* und die *Nationale Islamische Front* waren familiär geführte, traditionalistische Parteien, deren Mitglieder zum größten Teil aus den Familien des „alten“ Establishments Afghanistans entstammten und für die Wiedereinsetzung des Königs als Staatsoberhaupt eintraten. Beide Parteien waren aus militärischer Sicht für den Kampf gegen das DVPA-Regime und die russischen Invasoren unbedeutend.⁴²²

Alle Bewegungen der religiösen Opposition weisen in ihren ideologischen Konzeptionen gewisse Ähnlichkeiten auf, können sich jedoch auch voneinander stark unterscheiden. Von anderen politischen oppositionellen Gruppierungen unterscheiden sie sich insofern, als die Verwirklichung einer politischen Macht unter islamischer Moral- und Wertvorstellung als primäres Ziel der gemeinsamen politischen Absicht gilt.⁴²³ Eine islamisch begründete Staatsauslegung wird von den Ideologen der verschiedenen Gruppen auch als erste wichtige Maßnahme für die Beseitigung von Unrecht und sozialen Konflikten innerhalb der Gesellschaft gesehen. Schiitische Oppositionsparteien waren nicht in Peshawar vertreten, sondern konzentrierten ihre Widerstandskämpfe vielmehr auf die Regionen Zentralafghanistans und das *Hazārağat*.⁴²⁴ Aufgrund ihrer ideologischen Orientierung an der islamischen Revolution im Iran und den Lehren Imam Chomeini kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten mit den großteils sunnitisch-hanafistischen Gruppen, sowohl auf persönlicher Ebene, als auch hinsichtlich der individuellen religiösen Interpretation.⁴²⁵ Aber auch Verhandlungen unter den Peshawar Parteien scheiterten regelmäßig an Meinungsverschiedenheiten und persönlicher Antipathie.

Versuche, die verschiedenen Parteien zu einer Einheitsfront gegen die Regierung den Einfluss der Sowjetunion und die spätere Invasion zusammenzuschließen, scheiterten zunächst großteils an persönlichen, religiösen oder politisch-ideologischen Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen. Erst die Entwicklungen im bewaffneten Konflikt gegen die Truppen der UdSSR eröffnete die Möglichkeit, eine lose Allianz für die islamistische Opposition zu gründen.⁴²⁶ Als Gründe für den Zusammenschluss galten unter anderem die Intensivierung der Kampfhandlungen durch die Sowjetunion und die Aufstockung der militärischen Hilfe durch die USA, unter der Prämisse eines vereinten Widerstandes.⁴²⁷ Die islamistische Opposition musste nach außen hin

⁴²² Vgl. Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, 111.

⁴²³ Vgl. Said *Samimy*, *Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan: Berichte und Analyse* (Bochum, 1981) 67.

⁴²⁴ Vgl. Vgl. *Braun/ Ziem*, *Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik*, 151.

⁴²⁵ Vgl. *Samimy*, *Hintergründe der sowjetischen Invasion*, 68.

⁴²⁶ Vgl. Vgl. *Braun/ Ziem*, *Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik*, 151.

⁴²⁷ Vgl. Vgl. *Braun/ Ziem*, *Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik*, 151f.

geeint auftreten, um beispielsweise bei internationalen politischen Verhandlungen über die Zukunft Afghanistans das Mitspracherecht zu erhalten und ihrerseits Lösungsansätze und Forderungen unterbreiten zu können, wie es bei den Verhandlungen im Genf zum Gruppenabzug der Sowjetunion der Fall gewesen war. Dafür fand im Mai 1985 die Gründung der *Islamischen Vereinigung der muğāhidīn* statt.⁴²⁸

6. Die sowjetische Intervention in Afghanistan

Die Entscheidung für das militärische Eingreifen in Afghanistan ist nicht zuletzt auch einem internen Machtkampf der sowjetischen Spitze geschuldet, in dem sich die ideologischen Hardliner gegen die Repräsentanten der Entspannungspolitik durchsetzen konnten. Dabei hieß es vor allem Michail Suslov und Außenminister Andrej Gromyko gegen Ministerratsvorsitzender Aleksej Kosygin, KGB-Chef Jurij Andropov und Verteidigungsminister Dmitrij Ustinov.⁴²⁹ Brežnev, von Alter und Krankheit schon schwer gezeichnet, bezog nicht eindeutig Stellung. Moskau wollte dem in Bedrängnis gekommenen Regime unter Führung der DVPA Bruderhilfe leisten und befürchtete, wenn der eigene Einfluss in Zentralasien verloren ginge, würde Afghanistan sofort in die Hände Washingtons fallen und unter westlichen Einfluss geraten.

Obwohl die meisten Bedrohungsszenarien, mit denen der Kreml für einen Militäreinsatz in Afghanistan argumentierte, zum größten Teil selbst imaginiert waren, so meinte man im Kreml, den westlichen Einfluss mit allen erdenklichen Mitteln verhindern und dem angeblichen „Imperialismus der USA“ Einhalt gebieten zu müssen.⁴³⁰ Auch die Machtkonzentration von Nationen, die von der Führung der UdSSR als feindlich empfunden wurden, wie China oder die Türkei, führten zu einer äußerst einseitigen Einschätzung der Lage und setzten die politisch Verantwortlichen in Moskau weiter unter Druck. Die Westmächte hingegen, allen voran die USA, sahen im militärischen Einschreiten der Sowjetunion einen neuen Beweis der zarischen Expansionsgedanken in Richtung Süden und verurteilten diese Vorgehensweise stark. Wenn auch

⁴²⁸ Vgl. Vgl. Braun/ Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik, 152.

⁴²⁹ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 100.

⁴³⁰ Vgl. Dieter Kläy, Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute. In: Nick-Miller, Claudine (Hg.): Strategisches versus humanitäres Denken: das Beispiel Afghanistan (Zürich 2009) 109.

nicht direkt, so griffen doch vor allem die USA und Pakistan mit Unterstützung der *muğāhidīn* in den Konflikt maßgeblich ein. Afghanistan bleibt als Erbe der Sowjetunion auch im Geschichtsverständnis des modernen Russlands „eine blutende Wunde“, die nicht so schnell zu heilen vermag.

6.1. Der Weg zum Invasionsbeginn am 24. Dezember 1979 und der Sturz Amīns

Das Politbüro machte sich die Entscheidung zur Truppenentsendung nicht leicht, entschied sich jedoch am 26. November für eine Intervention und die Liquidierung von Amīn. Brežnev, der auf die zahlreichen Ansuchen um militärische Unterstützung seitens der afghanischen Regierung immer wieder ablehnend reagiert hatte, enthielt sich einer Entscheidung.⁴³¹ Mit der Machtübernahme Amīns war ein Einschreiten klar und für die sowjetische Führung unabdingbar. Trotzdem sprachen sich hohe Militärs, wie der Generalstabschef der Sowjetischen Armee Nikolaj Ogarkov gegen eine Intervention aus und wiesen abermals auf den geringen Nutzen dieser militärischen Operation hin - ohne Erfolg, denn der politische Entscheid stand über den Bedenken der militärischen Befehlshaber und ignorierte dabei völlig den Miteinbezug der militärischen Herausforderungen, die in Afghanistan warteten.⁴³²

Am 10. Dezember traf das Politbüro die Entscheidung, ein Truppenkontingent in der Größe von 75.000 bis 80.000 Mann nach Afghanistan zu entsenden.⁴³³ Generalstabschef Ogarkov befürchtete dabei, dass ein Einmarsch die Widerstandsgruppen noch mehr reizen und diese Provokation Todesopfer auf Seiten der Sowjetsoldaten bedeuten könnte. Dabei verwies er auf die sowjetischen Opfer in Herat im März desselben Jahres.⁴³⁴ Entgegen jeglicher Einwände und Zweifel seitens der Generalität wurden Ogarkov die Befehle erteilt, bis Ende Dezember 1979 ein „begrenzte Kontingent“ zu mobilisieren. Hinsichtlich einer genauen Personenzahl, die dieses „begrenzte Kontingent“ beinhaltet hat, herrscht in der Fachliteratur keine Einigung. Braithwaite spricht in seiner Monographie von einem Höchststand von insgesamt 109.000 Männern und Frauen, die sich

⁴³¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 200.

⁴³² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 208.

⁴³³ Vgl. Jonathan *Haslam*, *Russia's Cold War. From the Octobre Revolution to the Fall of the Wall* (New Haven/London 2011) 326.

⁴³⁴ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 208.

während der Intervention im Dienst der 40. Armee befanden und verweist dabei auf russische Veröffentlichungen im Internet.⁴³⁵ Allan & Kläy vergleichen verschiedene Quellen und Angaben aus der Literatur miteinander und stellen dabei Zahlenangaben westlicher Autoren, den Angaben offizieller sowjetischer Institutionen gegenüber. So spricht das sowjetische Außenministerium MID von insgesamt 107.000 Menschen, die von sowjetischer Seite in Afghanistan an der Intervention beteiligt waren.⁴³⁶ Andere AutorInnen, wie Nancy und Richard Newell, sprechen von rund 100.000 Personen.⁴³⁷ Insgesamt, so schreiben Allan & Kläy, umfasste das Truppenkontingent der 40. Armee im Durchschnitt immer ca. 110.000 Personen, die die afghanische Armee unterstützten.⁴³⁸ Die afghanische Armee zählte zur Zeit der Intervention knapp 160.000 Mann.⁴³⁹

Am 12. Dezember 1979 wurde im Arbeitszimmer von Brežnev eine handschriftliche Notiz unterzeichnet, die den Truppeneinmarsch bestätigte (siehe Abbildung 3⁴⁴⁰). Die Unterzeichner des Papiers unter dem Titel „Maßnahmen in A“, waren neben Brežnev auch Suslov, Andropov, Gromyko und Ustinov. Kossygin, der sich vehement gegen den Einmarsch aussprach war bei dieser Sitzung nicht anwesend.

⁴³⁵ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 123.

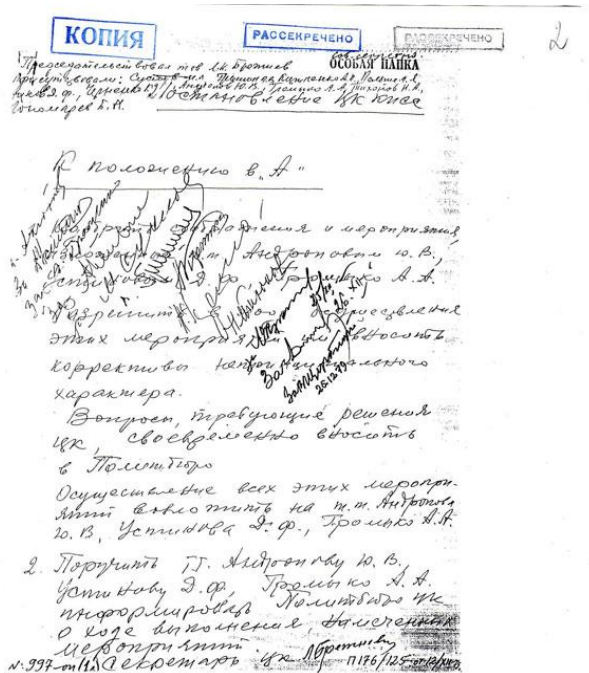
⁴³⁶ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 608.

⁴³⁷ Zit. nach *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 611.

⁴³⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 611.

⁴³⁹ Armeegeneral Sergej Achromejev in einer Politbürositzung vom 13. November 1986 zur Situation der afghanischen Armee, In: "CPSU CC Politburo Meeting Minutes (excerpt)," November 13, 1986, History and Public Policy Program Digital Archive, RGANI (formerly TsKhSD), f. 89, per. 42, dok. 16, cited by Archive-Information Bulletin, 1993 as RGANI, op. 14, d. 41, ll. 8, copy, provided by M. Kramer; trans. by D. Rozas. Online unter: <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111599> (19. Februar 2017)

⁴⁴⁰ Faksimile des Beschluß des CK der KPSS zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan:, Nr. P 176/125, 12. Dezember 1979, online unter http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0043_afg&object=facsimile&st=&l=de (4. Februar 2017)



(Abb.3)

Das Zentralkomitee wurde am 13. Dezember 1979 von Brežnev in der Politbürositzung darüber informiert, dass ein „begrenzt Kontingent“ nach Afghanistan geschickt werden würde.⁴⁴¹ Die militärischen Vorbereitungen wurden unter höchster Geheimhaltung getroffen und sollten nach außen hin den Eindruck von Übungen vermitteln. Doch die Mobilisierung der 40. Armee lief auf Hochtouren. Ogarko setzte den Befehl ab, die Luftlandetruppen in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen. Einsatzort und Ziel wurden den Kommandeuren erst am Tag vor Einsatzbeginn bekanntgegeben. Generalmajor Rjabtčenko, der Kommandant der Luftlandedivision, war schon vor Dezember mit der Aufgabe betraut worden, in Afghanistan geeignete Plätze für die Luftlandung der Truppen ausfindig zu machen. Hinweise für eine mögliche militärische Operation der Sowjetunion in Afghanistan erhielt Rjabtčenko schon im September desselben Jahres, was die Vermutung nahelegt, dass Brežnev schon vor dem offiziellen Beschluss am 13. Dezember konkrete Überlegungen zur militärischen Unterstützung des Regimes unter Tarakī angestellt hat.

⁴⁴¹ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 210.

Das militärische Einschreiten war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch im Zuge einer Unterstützungshilfe der Konterrevolution und nicht als Invasion geplant, da unter anderem die Eskalation des Konflikts innerhalb der afghanischen Regierung nicht vorherzusehen war.⁴⁴² Der gesamte Stab der 40. Armee befand sich mit 14. Dezember in Arbeitsbereitschaft.

Offiziell legitimierten Dokumente aus dem Kreml die militärische Invasion der Roten Armee mit der Argumentation, dadurch den unterzeichneten Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und Afghanistan zu erfüllen. Im Vertrag wurde von Seiten der Sowjetunion die Entsendung eines Truppenkontingents vereinbart, sobald sich Afghanistan von einer nicht näher definierten Bedrohung von außen gefährdet sah. Sobald die Lage im Land geklärt wäre, würden die sowjetischen Truppen das Land wieder unverzüglich verlassen, wie es der Vertrag ebenfalls vorgesehen hatte.⁴⁴³ Am 16. Dezember wurde die 40. Armee in Gefechtsbereitschaft versetzt.

Um sich vor potentiellen Attentaten von sowjetischen Spezialeinheiten zu schützen, zog sich Amīn am 22. Dezember, auf Empfehlung seiner engsten Berater, in den Tajberg-Palast außerhalb von Kabul zurück. Die Schutzmaßnahmen Amīns waren nicht unbegründet, denn bis zu diesem Zeitpunkt warten bereits mehrere Erschießungs- und Vergiftungsversuche, teilweise von sowjetischer Seite, teils von Seiten des Widerstands, gescheitert. Am 18. und 19. Dezember wurden die ersten sowjetischen Truppen eingeflogen und am Flughafen von Bagram stationiert, der sich ungefähr 60 km nördlich von der Hauptstadt befindet. Zwei Tage später folgte das nächste Regiment.⁴⁴⁴ Eine KGB-Sondereinheit mit dem Decknamen „Grom“, der die Liquidierung von Amīn befohlen wurde, landete am 23. Dezember in Bagram. Ebenso betraten Kārmal und die ehemaligen Minister Sarawi und Watanjar, nach langem Aufenthalt im Exil erneut afghanischen Boden.⁴⁴⁵ Die sowjetischen Truppen waren zu diesem Zeitpunkt der Mobilisierung teilweise schon in Stellung gebracht und in Alarmbereitschaft versetzt worden. Das primäre Einsatzziel wurde dem Großteil der 40. Armee von der politischen und militärischen Führung allerdings erst knapp 24 Stunden vor Einsatzbeginn mitgeteilt. Die rigorose Geheimhaltung der Invasionspläne durch die politisch Verantwortlichen rund um Brežnev, machte dabei eine gezielte Einsatzvorbereitung für die Soldaten nahezu unmöglich.⁴⁴⁶

⁴⁴² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 213.

⁴⁴³ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 214.

⁴⁴⁴ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 214.

⁴⁴⁵ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 216.

⁴⁴⁶ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 215.

Der primäre Invasionsplan konzentrierte sich auf die Einnahme der Flughäfen Bagram und Kabul, sowie auf die Eroberung der Hauptstadt selbst. Die Kabuler Armee-Garnison wurde von ihren sowjetischen Beratern mit einem Coup im Vorhinein kampfunfähig gemacht. Die Berater erklärten den Kommandeuren der 7. und 8. Infanteriedivision, dass der alte Fuhrpark gegen einen neuen ersetzt werden müsse. Ein massiver Treibstoffmangel wurde von den Beratern als Vorwand benutzt, sämtlichen Treibstoff aus den alten Fahrzeugen zu extrahieren und für die neuen Fahrzeuge zu sammeln, was den gesamten Fuhrpark der Divisionen außer Gefecht setzte. Gleichzeitig wurde scharfe Munition durch Platzpatronen ersetzt.⁴⁴⁷ Moskau hegte großes Misstrauen gegen Amīn und wollte versuchen, sämtliche Risikofaktoren im Voraus möglichst gering zu halten und im besten Fall gänzlich zu beseitigen. Vor allem von der afghanischen Armee, in deren Reihen Amīn sehr viele Unterstützer zählte, durfte keine Gefährdung für die eigenen Truppen ausgehen. In einer Sitzung des Generalstabs vom 24. Dezember erteilte Ustinov den Befehl, mit der militärischen Invasion zu beginnen. Der letzte Versuch von sowjetischer Seite, sich mit Amīn über eine Kooperation zu verständigen, schlug kurz vor Ustinovs Befehlsausgabe fehl.⁴⁴⁸ Ogarkov und Ustinov unterzeichneten am selben Tag die schriftliche Direktive zum Truppeneinmarsch. Dabei wurde in diesem Dokument festgehalten, dass für die Soldaten keine Kampfaktivitäten vorgesehen waren, sondern lediglich Funktionen von den Truppen zu erfüllen seien, die zur allgemeinen Stabilisierung der Situation im Land beitragen sollten.⁴⁴⁹ Ein folgenschwerer Irrtum. Am 25. Dezember war die volle Gefechtsbereitschaft der 40. Armee hergestellt. Die Truppenbewegungen der Roten Armee nach Afghanistan befanden sich auf ihrem Höhepunkt. Der Informationsfluss zwischen den befehlshabenden Offizieren und dem Oberkommando war jedoch anfangs so unzureichend, dass es zu einer Vielzahl an Missverständnissen und Verzögerungen kam.⁴⁵⁰ So waren viele Truppenkommandanten nicht über die jeweiligen Codenamen für die Operationen unterrichtet worden und konnten somit mit Begriffen wie beispielsweise „Sturm 333“, der Deckname für den Sturm auf den Palast von Amīn, nichts anfangen.⁴⁵¹ Trotz vieler logistischer, wie auch geografischer Erschwernisse erreichten die ersten Truppen am 27. Dezember das Hauptziel Kabul zeitgerecht.

⁴⁴⁷ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 217.

⁴⁴⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 218.

⁴⁴⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 219.

⁴⁵⁰ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 223.

⁴⁵¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 223.

Die sowjetischen Verbände wurden anfangs ohne Gegenwehr, sondern mit durchwegs freundlichen Gesten und Offenheit von Seiten der Zivilbevölkerung empfangen. Jedoch nicht allerorts herrschte Sympathie gegenüber den einmarschierenden Sowjettruppen. Vor allem in den ländlichen Provinzen im Osten, wie beispielsweise in Badakhshan, hatten die Regimenter von Beginn an gegen starke Widerstände der lokalen Oppositionsgruppen zu kämpfen.⁴⁵² 5.000 Mann waren bis zum Morgen des 27. Dezembers 1979 in Kabul gelandet. Der Großteil der Bevölkerung hoffte, dass das Einschreiten der sowjetischen Truppen die bewaffneten Auseinandersetzungen im Land beilegen würden und friedliche Lösungen für die Vielzahl an Konflikten gefunden werden könnten. Ein Wunsch, der sich nicht erfüllen ließ.

Am 27. Dezember, gegen 12 Uhr mittags, bezogen die Truppen in Bagram und Kabul ihre Stellungen und bauten den Schutz der öffentlichen Gebäude weitgehend aus. Amīn, bewacht von der 4. Panzerbrigade, hielt im Tajber-Palast eine Sitzung des Politbüros ab und ließ sich regelmäßig über den Vormarsch der sowjetischen Armee unterrichten. Die Offensive zum Sturz Amīns in Kabul begann um 19 Uhr mit der Unterbrechung der Haupttelefonleitung und der Besetzung des Innenministeriums.⁴⁵³ Luftlandeeinheiten besetzten anschließend wichtige Hauptverkehrsrueten der Stadt, die Munitionsdepots, den Radiosender, sowie weitere Ministerien und strategisch wichtige Punkte. Auch die transnationalen Hauptverkehrswege wurden von sowjetischen Truppen unter Bewachung gestellt.⁴⁵⁴ Aus dem Hauptquartier der sowjetischen Streitkräfte im usbekischen Termiz wurde auf der Welle von *Radio Kabul* bereits eine Ansprache von Kārmal gesendet, die den Sturz des Amīn-Regimes verkündete und Tarakī zum Märtyrer der April-Revolution erklärte. Truppen der Roten Armee blockierten einstweilen in Kabul die afghanische Polizei und Teile der Armee.⁴⁵⁵ Um 23 Uhr befand sich das gesamte Stadtzentrum Kabuls unter sowjetischer Kontrolle. Amīn kam im Zuge der Operation „Sturm 333“, der Eroberung des Tajber-Palastes, ums Leben.⁴⁵⁶ Die heftigen Gefechte rund um den Palast dauerten bis in die frühen Morgenstunden des 28. Dezember an. Um 2:20 Uhr sendete Radio Kabul die Nachricht über Amīns Tod und die Bestellung von Babrak Kārmal zum neuen Generalsekretär der DVPA aus.⁴⁵⁷ Der Einmarsch insgesamt, die Eroberung Kabuls und der Sturz Amīns mit den daran anschließenden Gefechten verliefen ohne größere Hindernisse und planmäßig. Widerstand wurde

⁴⁵² Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 225.

⁴⁵³ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 226.

⁴⁵⁴ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 226.

⁴⁵⁵ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 226.

⁴⁵⁶ Vgl. Gregory Feifer, *The Great Gamble. The Soviet War in Afghanistan*. (New York 2009) 77f.

⁴⁵⁷ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 233f.

teilweise nur von regierungstreuen Truppen der 8. Infanteriedivision in der Nähe von Kabul, sowie von der 15. Division in Jalalabad, Herat und Kandahar geleistet. Unklarheiten und Schwierigkeiten bestanden von Anfang an hinsichtlich der militärischen Vorgehensweise und dem eigentlichen Auftrag der Roten Armee. Diese Missstände sind vor allem der politischen Führung der Sowjetunion zur Last zu legen, die selbst nicht in der Lage war, eine klare militärische Aufgabenstellung in Afghanistan zu definieren.⁴⁵⁸

6.2. Motive für die Intervention und die Reaktion des Westens

Um die Motivlage für die sowjetische Militärintervention interpretieren zu können, ist es notwendig, die Eigenheiten des Kalten Krieges als geopolitischen Konflikt zu betrachten. Wichtig ist hierbei, den Kalten Krieg als Konflikt zweier Weltanschauungen zu sehen, die ihrerseits Ländern in der Dritten Welt Möglichkeiten zur Modernisierung bieten wollten. Dies ging mit der Absicht einher, den eigenen globalpolitischen Einfluss zu stärken.⁴⁵⁹ So setzte sowohl Washington als auch Moskau immer mehr auf Entwicklungshilfe und Modernisierungsprogramme als Mittel zur Einflussnahme in Krisenländern, anstatt militärisch zu operieren.⁴⁶⁰ Obwohl Moskau wusste, dass ein politisches System, das dem der Sowjetunion ähneln sollte, für ein Land auf dem Entwicklungsstand von Afghanistan nicht umzusetzen sei, glaubte die sowjetische Führung dennoch, der afghanischen Regierung von außen genug Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit diese die politische Stabilität im Land gewährleisten konnte.⁴⁶¹ Doch die Maßnahmen der sowjetischen Politberater wurden von der afghanischen Bevölkerung nicht akzeptiert und trugen ihrerseits wiederum zum Voranschreiten der sozialen Destabilisierung bei. Die sowjetische Führung befürchtete den Einfluss in Afghanistan zu verlieren und setzte die militärische Intervention aufgrund ideologischer und machtpolitischer Interessen durch.⁴⁶² Vor allem die Angst vor dem Scheitern des kommunistischen Regimes spielte eine wichtige Rolle in der Entscheidung,

⁴⁵⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 235.

⁴⁵⁹ Vgl. *Artemy Kalinovsky*, A long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan (Cambridge/Massachusetts/London, England 2011) 10.

⁴⁶⁰ Vgl. *Kalinovsky*, A long Goodbye, 12.

⁴⁶¹ Vgl. *Kalinovsky*, A long Goodbye, 13.

⁴⁶² Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 78.

dieses militärisch im Stabilisierungsprozess zu unterstützen.⁴⁶³ Dabei hatte die Sowjetunion vor allem die Sicherung der eigenen machtpolitischen Position in Zentralasien zur Absicht. In der politischen Führung in Moskau setzte sich die Meinung durch, dass das politische Prestige in der Dritten Welt und die strategischen Interessen der Sowjetunion in Afghanistan lediglich durch eine militärische Intervention geschützt werden könnten.⁴⁶⁴ Der Wettstreit mit China und den USA um globalen Einfluss, speziell in den Ländern der Dritten Welt, war bei der Entscheidung für die sowjetische Militärintervention von großer Bedeutung.⁴⁶⁵ Schon die sowjetische Außenpolitik der 1970er Jahre in Afrika wurde von denselben Motiven bestimmt, die auch zum militärischen Einmarsch in Afghanistan führten. Dabei lag das Hauptinteresse der sowjetischen Führung darin, sich in diesen Ländern als Weltmacht zu behaupten und zu zeigen, dass sie anderen staatlichen Systemen ebenbürtig war.⁴⁶⁶

Die Ausrufung der Islamischen Republik im Iran am 31. März 1979 trug ebenfalls zur Befürwortung des Einsatzes sowjetischer Truppen in Afghanistan bei. Seit der Machtübernahme durch Rūḥollāh Mūsawī Ḥomeinī, nahm die Unterstützung islamischer Oppositionsgruppen im Südwesten Afghanistans durch den Iran zu und schürte im Kreml die Angst vor einem möglichen Sturz der afghanischen Regierung durch den militanten, islamischen Widerstand.⁴⁶⁷

Die Reaktion der USA war heftig, sah doch Washington in der militärischen Intervention in einem Land, das außerhalb der Interessenssphären des Kalten Kriegs lag und keinem formalen Bündnis der UdSSR angehörte, somit nicht paktgebunden war, eine Verletzung der Politik der friedlichen Koexistenz.⁴⁶⁸ Als Reaktion auf die sowjetische Intervention lehnte der US-amerikanische Kongress die Ratifizierung der SALT II Verträge ab. Die Entspannungspolitik der 70er Jahre zwischen Ost und West erlitt einen herben Rückschlag und galt de facto als beendet.⁴⁶⁹ Aber auch die Sowjetunion wertete den Rückzug der USA als Ablehnung der Entspannungspolitik und als Beginn abermaliger Aufrüstungsbestrebungen durch die USA. Die Regierung in Washington war sehr darauf bedacht, Afghanistan nicht zum Ausgangspunkt sowjetischer Expansionsbestrebungen

⁴⁶³ Vgl. Dieter Kläy, Die Afghanistan-Intervention und der Zerfall der UdSSR. In: Martin Malek, Anna Schor-Tschudnowskaja, Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen-Begleiterscheinungen-Hintergründe (Baden-Baden 2013) 205.

⁴⁶⁴ Vgl. Kalinovsky, A long Goodbye, 213.

⁴⁶⁵ Vgl. Kalinovsky, A long Goodbye, 24.

⁴⁶⁶ Vgl. Vladislav M. Zubok, A Failed Empire: the Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev (Chapel Hill 2007) 249.

⁴⁶⁷ Vgl. Zubok, A Failed Empire, 262.

⁴⁶⁸ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 245.

⁴⁶⁹ Vgl. Kalinovsky, A long Goodbye, 23.

in der Region zu machen. Daher wurde vor allem Pakistan ab 1979 von den USA finanziell und mit modernsten Waffen unterstützt. Im Gegenzug erhielt das US-Militär die Befugnis, Militärbasen und Abhörstationen in den Grenzländern zu Afghanistan zu benutzen. Der Sturz des Schahs im Iran und die Machtübernahme von Mohammed Zia-ul-Haq in Pakistan hatte die Carter-Regierung jedoch dazu bewegt, ihre Entwicklungshilfe vor allem für Pakistan drastisch zu reduzieren.⁴⁷⁰ Die Befürchtungen, Pakistan könnte mit dem Bau einer Atombombe beginnen, die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und die Weigerung, ein demokratisches Staatswesen im Land einzuführen, belasteten die Beziehung zu den USA schwer. Trotzdem blieb Pakistan ein wichtiger Ausgangspunkt für die US-amerikanische Unterstützung von oppositionellen Kräften in Afghanistan. Schon vor der Intervention, fast unmittelbar nach den Aufständen in Herat im März 1979, begann die CIA, Treffen mit Führern der islamischen Widerstandsgruppen zu organisieren und sie von Pakistan aus mit Waffen zu beliefern.⁴⁷¹ Eine Vormachtstellung der UdSSR in Afghanistan wollten Präsident Carter und auch sein Nachfolger Ronald Reagan unter allen Umständen verhindern. Auch in den Staaten der Dritten Welt und der blockfreien Bewegung herrschte Fassungslosigkeit über den sowjetischen Einmarsch. Die UdSSR erlitt trotz offizieller Rechtfertigungen einen großen Prestigeverlust. In der 6. Dringlichkeitssitzung der UNO-Vollversammlung am 10. Jänner 1980 wurde auf Ansuchen der Bewegung der Blockfreien Staaten, die sich mit Afghanistan solidarisiert hatten, ein Vorschlag zur Lösung des Afghanistankonflikts eingebracht. Die Resolution ES-6/2 verurteilte die militärische Intervention der Sowjetunion scharf und forderte den sofortigen Abzug sämtlicher fremder Truppen aus Afghanistan. Des Weiteren forderte die Resolution, den blockfreien Charakter und die staatliche Unabhängigkeit Afghanistans zu akzeptieren. Darüberhinaus wurde das Recht zur Wahl der Regierungsform und des sozialen und ökonomischen Systems allein dem afghanischen Volk zugesprochen und dabei sämtliche exogene Einmischungen verurteilt.⁴⁷² Auch islamische Staaten forderten einen sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen, da die Intervention als Bedrohung für den Frieden im Mittleren Osten und Zentralasien gesehen wurde.⁴⁷³

⁴⁷⁰ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 122f.

⁴⁷¹ Vgl. *Biermann/Klönne*, Ein Kreuzzug für die Zivilisation, 123.

⁴⁷² <https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/209/43/IMG/NR020943.pdf?OpenElement> (16. Februar 2017)

⁴⁷³ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 245.

6.2.1 Ideologische Motive

Die Idee, Staaten der Dritten Welt durch die Etablierung eines marxistisch-leninistischen Systems politische und soziale Stabilität zu verleihen und diese als Klienten etablieren, gilt als eines der ideologischen Leitmotive. Im Fall von Afghanistan wurde der politische Einfluss Moskaus auf die Politik Amīns und der DVPA Regierung jedoch weitestgehend überschätzt und setzte die Chefideologen in Moskau unter Druck. Denn Gebiete, die einmal ideologisch erobert wurden, durften nicht mehr preisgegeben werden und schon gar nicht von sich aus nach Unabhängigkeit vom ideologischen „großen Bruder“ streben.⁴⁷⁴ Unter der Doktrin der „Bruderhilfe“ blieb Moskau keine andere Wahl, als das eigene Engagement in Afghanistan zu verstärken. Dabei sah die Brežnev-Doktrin letztendlich auch das Konzept der beschränkten Souveränität vor, das Amīn aus Sicht der politischen Führung zu missachten plante.

Das politische System in Afghanistan, das ideologisch vom Konzept des sowjetischen Marxismus geprägt war, durfte nicht scheitern, da die politisch-ideologische Reputation der Sowjetunion im Kontext des globalen Ost-West-Konflikts maßgeblich darunter gelitten hätte. Brežnev und sein Parteikader fürchteten durch den Verlust der politischen Einflussnahme in Afghanistan eine Kettenreaktion in anderen Staaten, wie Äthiopien, Angola oder Mozambique, in denen, im Zuge der politischen Expansion Moskaus, ebenfalls marxistische Regime eingeführt wurden und mit allen Mitteln gehalten werden sollten.

Für die sowjetische Führung war es von enormer Bedeutung, ein erfolgreiches, politisches Gegenkonzept zu westlichen Systemen zu repräsentieren. Eine Redemokratisierung eines Landes, wie es 1988 nach der Pinochet-Diktatur in Chile der Fall war, wollte die sowjetische Führung in Afghanistan unter allen Umständen verhindern.⁴⁷⁵ Die Machtübernahme einer kommunistischen Partei musste aus sowjetischer Sicht unumkehrbar sein. Das Presseorgan des sowjetischen Außenministeriums „Die Neue Zeit“ sprach in einer Ausgabe davon, dass Moskau das Recht habe, zur Unterstützung einer Revolution in jedem beliebigen Land der Welt zu intervenieren.⁴⁷⁶ Diese politische Neueinschätzung der Brežnev-Doktrin galt als äußerst gefährlich für die Entspannungspolitik im Kalten Krieg. Hatte die Brežnev-Doktrin zuvor nur Gültigkeit in Staaten des Warschauer Paktes, so stand ihre Erweiterung auf ein globales Feld stellvertretend für die neue

⁴⁷⁴ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 250.

⁴⁷⁵ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 252.

⁴⁷⁶ Vgl. *Von Borcke*, Die sowjetische Interventionsentscheidung, 128.

Rolle der sowjetischen Politik als kommunistische Weltpolizei.⁴⁷⁷ Gleichzeitig äußerten sich sowjetische Ideologen skeptisch bezüglich der Chancen zum Fortbestand, des Marxismus in den Ländern Afrikas, Asiens und in den arabischen Ländern hatte. Die Verantwortlichen im Politbüro waren sich völlig im Klaren darüber, dass die benötigten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution in Afghanistan nicht vorhanden waren. Tarakīs und Amīns Regierungskonzepte fußten auf einer viel zu schwachen Basis. Trotzdem wurde Afghanistan von der politischen Führung in Moskau als Beispiel dafür angesehen, wie der Marxismus die politische Instabilität in einem Entwicklungsland bezwingen und staatliche Strukturen etablieren kann.⁴⁷⁸

Einen unverzichtbaren Bestandteil der ideologischen Motive bilden politische Lehren nach Engels und Lenin, die besagen, dass eine neue Macht im staatlichen System mit Hilfe von Gewalt eine neue Ordnung schaffen muss. Diese Art von Gewalt klassifizierten sie als politische Gewalt.⁴⁷⁹ Moskau argumentierte dabei oft mit der Verteidigung des afghanischen Volkes vor der „ausbeutenden Klasse“. Diese Auffassung geht mit der Darstellung einer vermeintlich ständigen „Bedrohung“ durch die Nato und die westlichen Bündnisse durch sowjetische Propaganda einher. Um den „westlichen Aggressor“ abzuschrecken, muss dieser Ansicht nach ein Höchstmaß an militärischer Stärke nach außen hin demonstriert werden. Dadurch stellte aus sowjetischer Perspektive die UdSSR nie eine Gefahr für andere Länder dar. Die Gefährdung wurde immer dem westlichen „Imperialismus“ zugeschrieben, und gilt für die politische Führung als Grundlage für die militärische Abschreckung des Westens und für das Argument, dass der Frieden zwischen Ost und West nur dann als gesichert gilt, wenn der Sozialismus militärische Stärke zeigt. Dabei stellt die politische Führung der Sowjetunion die geopolitische Lage in den 1980er Jahren so dar, dass sich die UdSSR stets als defensive Friedenskraft gegen das immerwährende Aggressionspotenzial der NATO-Staaten zu Wehr setzen muss.⁴⁸⁰ Diese Darstellung der globapolitischen Situation durch sowjetische Propaganda ist äußerst verzerrt.

Wird das Konzept der „friedlichen Koexistenz“ einer genaueren Betrachtung unterzogen, so offenbart es unweigerlich, dass eine nachhaltige Koexistenz des Sozialismus und des Kapitalismus schlichtweg unmöglich ist. Diese beiden Systeme dürften aus marxistischer Sicht nicht auf Dauer parallel zueinander existieren und stellen aus sowjetischer Sicht zwei Zivilisationsstadien dar, von

⁴⁷⁷ Vgl. *Von Borcke*, Die sowjetische Interventionsentscheidung, 128.

⁴⁷⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 254.

⁴⁷⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 254f.

⁴⁸⁰ Vgl. *Gerhard Wettig*, Sowjetische Bedrohungsvorstellungen als Problem des Ost-West-Verhältnisses. In: *Carl-Christoph Schweitzer* (Hg.), *Bedrohung durch die Sowjetunion? Westliche Analysen der politischen Absichten Moskaus im Zeitvergleich der 50er und 80er Jahre*. (Baden-Baden 1989) 390f.

denen eines das andere in Zukunft ersetzen wird. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz beziehe sich lediglich darauf, dass der Kampf zwischen den beiden Systemen

„[...] eine <zivilisierte Form> erhalte, statt sich unter der <Drohung der Allvernichtung> zu entfalten.“⁴⁸¹

Dieser Konkurrenzkampf prägte das sowjetische Politverständnis bis zur Regierungszeit Gorbačëvs.

6.2.2 Geostrategische Motive

Die strategische Situation gegen Ende der 1980er Jahre zwischen der UdSSR und den USA wurde von führenden sowjetischen Persönlichkeiten in den Jahren danach häufig als Hauptmotiv für die Invasion in Afghanistan genannt. Im Kontext der geostrategischen Situation kam es im westlichen Politikdiskurs zur Differenzierung von unterschiedlichen Interventionstypen, die jeweils eine Theorie zum Hintergrund der militärischen Operation darstellen sollte. Vor allem US-amerikanische Historiker und Diplomaten bemühten sich um eine stichfeste Begründung des militärischen Einschreitens in Afghanistan und stellten dahingehend Vermutungen auf, die aus heutiger Sicht und unter Miteinbezug von sowjetischen Geheimdokumenten strikt zurückzuweisen sind. Der amerikanische Historiker Richard Pipes vertritt die Theorie der *Offensiven Intervention*, wonach die Sowjetunion an wirtschaftlichen Beziehungen und Rohstoffvorkommen in den Gebieten des Persischen Golf und des Indischen Ozeans interessiert gewesen sei. Der afghanische Widerstand und die Regierung in Peking sprachen sogar von einem „Zwischenschritt“ Moskaus in Afghanistan auf dem Weg zur Weltherrschaft.⁴⁸²

Durch den Verlust des Einflusses der USA im Iran war die Situation objektiv günstig, die sowjetische Vormachtstellung in Zentralasien und dem Mittleren Osten auszubauen. Dieses Szenario war zwar offensichtlich und spielte mit Sicherheit in diversen Gedankenexperimenten der russischen Führung eine nicht untergeordnete Rolle. Auch aus historischer Perspektive ist ein starkes Interesse der politischen Führung seit der Unterzeichnung des Friedens- und

⁴⁸¹ Zit. nach *Wettig*, Sowjetische Bedrohungsvorstellungen, 392.

⁴⁸² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 259f.

Freundschaftsvertrags unter Lenin im Februar 1921, an einer engen Beziehung zu Afghanistan zu erkennen. Die Hypothese der *Offensiven Intervention*, wie sie China, die USA und westliche Analytiker vermuteten nicht

Die Theorie der *Defensive Intervention* basiert auf dem Akt der *Bruderhilfe* und behauptet, dass Moskau dem Kollaps der kommunistischen Regierung in Kabul zuvorkommen und einen Zusammenbruch des sowjetisch orientierten Staatssystems verhindern wollte.⁴⁸³ Die Angst, Afghanistan könnte mit dem Westen, allen voran den USA, paktieren und so eine Gefahr für die sowjetische Sicherheit an der südlichen Grenze darstellen, galt für die politische Spitze der UdSSR als immanentes Bedrohungsszenario. Seit der Machtübernahme durch Amīn bestand die Befürchtung im Kreml, die USA könnten den Verlust des Iran durch eine Einflussnahme in Afghanistan kompensieren wollen.⁴⁸⁴

Seit den 1950er Jahren hatte das sowjetische Politiksystem mit einem Imageproblem zu kämpfen. Das erhoffte Aufkommen großer revolutionärer Bewegungen in Ländern, die von der Entkolonialisierung betroffen waren, blieb aus. Unter Brežnev hatte das sowjetische Politiksystem seine Rolle als wirtschaftliches und politisches Idol zum größten Teil eingebüßt.⁴⁸⁵ Das wirtschaftliche Potenzial der Sowjetunion war zu gering, um im Bereich der Entwicklungshilfe mit den USA konkurrieren zu können und auch auf kultureller Basis waren wenig Staaten dazu bereit, sich an der UdSSR und nicht am Westen und den USA zu orientieren. Nicht einmal kommunistischen Systemen in einigen Entwicklungsländern galt die Sowjetunion mehr als Vorbild für die nationale Politik.⁴⁸⁶ Die einzige Möglichkeit, den globalen Einfluss zu bewahren oder gar auszuweiten, sah die sowjetische Führung im Ausbau der Militärhilfe. Dabei gilt vor allem Afghanistan als Musterbeispiel einer neoimperialistischen Neukonzeption der sowjetischen Außenpolitik.⁴⁸⁷ Allerdings wurde der Konflikt, den das militärische Einschreiten des Marxismus gegen den militanten Islam im afghanischen Bürgerkrieg auslöste, entweder gar nicht in Erwägung gezogen oder in seiner Tragweite zu gering eingeschätzt.⁴⁸⁸ Die beunruhigenden innenpolitische Lage und der wachsende islamistische Widerstand in Afghanistan ließen die politische Führung in Moskau eine Ausbreitung der Unruhen auf die zentralasiatischen Sowjetrepubliken

⁴⁸³ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 260.

⁴⁸⁴ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 262f.

⁴⁸⁵ Vgl. Von Borcke, *Die sowjetische Interventionsentscheidung*, 128.

⁴⁸⁶ Vgl. Von Borcke, *Die sowjetische Interventionsentscheidung*, 128.

⁴⁸⁷ Vgl. Von Borcke, *Die sowjetische Interventionsentscheidung*, 129.

⁴⁸⁸ Vgl. Von Borcke, *Die sowjetische Interventionsentscheidung*, 129.

befürchten.⁴⁸⁹ In Anbetracht der gegenwärtigen Krisenherde im russischen Kaukasus stellen diese Art Widerstandsbewegungen für die Sicherheit an der südlichen Grenze der UdSSR und des heutigen Russlands durchaus eine ernstzunehmende Bedrohung dar.

6.2.3. Die Intervention 1979 und die Invasion in der ČSSR 1968 im Vergleich

Um Erklärungen für das Interventionsmuster der Sowjetunion zu finden, wurde von viele westlichen Autoren ein Vergleich zwischen dem militärischen Einschreiten in Afghanistan und der Invasion in der ČSSR gezogen.⁴⁹⁰ Dabei können durchaus Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in der Planung, der Durchführung und der Motivkonstellation aufgezeigt werden. Auf personeller Ebene waren in beiden Fällen dieselben Personen an der Macht, allen voran Brežnev, Ministerpräsident Kosygin, KGB-Vorsitzender Andropov, Suslov und Außenminister Gromyko. Nur der Verteidigungsminister wechselte. Dabei folgte Ustinov auf Andrej Grečko, der 1976 starb. Sie alle waren an der Planung und Durchführung beider Militäroperationen beteiligt.⁴⁹¹ Bei beiden Interventionen kam es zur Gründung von Expertenkomitees, wie der „Afghanistankommission“, die über ein Einschreiten im jeweiligen Land diskutierten. Die Entscheidungsvollmacht trug allerdings das Politbüro. Die verschiedenen Gremien arbeiteten inhaltlich meist nur im eigenen Interesse. So entstanden neben Uneinigkeiten auch ein Konkurrenzkampf um die Durchsetzung von Ideen der jeweiligen politischen Instanzen. Genauso wie in Afghanistan, spielten bei der Invasion in der Tschechoslowakei ideologische und machtpolitische Motive eine entscheidende Rolle.

Die Interventionsentscheidungen wurden keineswegs leichtfertig getroffen und erst nach monatelangen Beratungsgesprächen abgesegnet. Die politische Führung kam jedoch in beiden Fällen zum Schluss, dass eine militärische Intervention unumgänglich sei, obwohl mit Verlusten und weiteren Konflikten zu rechnen war.⁴⁹² Die Politik des „Nullsummenspiels“, die Angst, die USA würde vor allem in Afghanistan an Einfluss gewinnen, wenn Moskau die Einflussnahme in diesen Ländern verlieren würde, stellte ein machtpolitisches Hauptmotiv dar. Auch die Gefahr

⁴⁸⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 263.

⁴⁹⁰ Vgl. Stephen J *Blank*, Operational and Strategic Lessons of the War in Afghanistan, 1979-90. (Pennsylvania, 1992) 29.

⁴⁹¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 308.

⁴⁹² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 308f.

einer Konterrevolution sah die Sowjetunion in beiden Ländern als Grund für ein militärisches Einschreiten. Die Suezkrise, der Vietnamkrieg, die 68er Revolutionen und die iranische Revolution dienten für die politische Führung der Sowjetunion als willkommene Ablenkung der Weltöffentlichkeit vom eigenen militärischen Vorhaben. Im Vergleich der beiden Interventionen ist zu beobachten, dass das Militär und auch der KGB im politischen System der Sowjetunion kontinuierlich an Einfluss gewannen und maßgebliche Entscheidungsverantwortung trugen. Hingegen wird die Rolle des Außenministeriums als vermittelnde diplomatische Instanz in Afghanistan und der ČSSR als zweitrangig im Vergleich zum KGB und den militärischen Beratern gesehen.⁴⁹³ Der gravierende Unterschied zwischen der Intervention in Afghanistan und der Invasion in der ČSSR besteht einzig im jeweiligen Ausgang. Während das Einschreiten in der ČSSR militärisch erfolgreich war, trug das Scheitern in Afghanistan maßgeblich zum Zerfall der UdSSR bei.⁴⁹⁴

6.3. Die vier Kriegsphasen

Das militärische Einschreiten sowjetischer Kräfte in Afghanistan wird aus Perspektive der UdSSR in insgesamt vier Phasen unterteilt. Diese Phasen lassen sich jeweils anhand der militärischen Intensität der Kampfhandlungen und auch an Parametern der innen- und außenpolitischen Entwicklungen in diesem Konflikt klar voneinander unterscheiden. Die Kampfhandlungen für die sowjetischen und afghanischen Truppen gegen den bewaffneten Widerstand nahmen vor allem beim Übergang von der ersten in die zweite Phase des Krieges zu und fanden in der zweiten Phase ihren Höhepunkt. Die dritte Phase gilt als Übergang vom aktiven Kampfgeschehen zur Reorganisation und Stärkung der afghanischen Regierungstruppen, die vor allem durch Artillerie- und Pionierverbände sowie der Luftwaffe unterstützt wurden. Den sowjetischen Kräften wurden in dieser Phase des Krieges immer defensiver. Zeitgleich mit dem Beginn der Friedensverhandlungen in Genf bereitete die Sowjetunion den Abzug der eigenen Truppen vor. Die dritte Phase und die vierte Phase waren von diplomatischen Uneinigkeiten der Kriegsparteien geprägt, deren Auswirkung eine Zunahme an Konflikten zwischen Oppositionellen und den

⁴⁹³ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 310.

⁴⁹⁴ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 312.

sowjetisch-afghanischen Truppen zur Folge hatten. In der vierten Kriegsphase wurde schließlich eine vorübergehende Einigung bei den Verhandlungen in Genf erzielt, die jedoch nicht lange halten sollte. Die sowjetischen Truppen traten trotzdem ihren Rückzug an und wurden nur noch in kleiner Zahl in die Durchführung von friedenssichernden Maßnahmen eingebunden. Im Februar 1989 überschritt der letzte sowjetische Soldat offiziell die afghanische Grenze in Richtung Sowjetunion.

Der zehn Jahre andauernde Guerillakrieg, der zu einem großen Teil auch die Zivilbevölkerung eingebunden hatte und auf ihrem Rücken durchgeführt wurde, hinterließ das Land in Chaos und Verwüstung. Die neu formierte Regierung, die während der letzten Kriegsphase mit Unterstützung der politischen Führung im Kreml an die Macht gelangte, weilte nicht lange an der Spitze der neuen *Republik Afghanistan*. Im Land begannen zunehmend sich Zustände zu entwickeln, wie sie lang vor der Ausrufung der konstitutionellen Monarchie herrschten. Sämtliche Reformbemühungen, gesellschaftliche Umstrukturierung und Zentralisierungsbestrebungen schienen mit dem Abzug der sowjetischen Truppen und dem Sturz der Regierung Nādschibūllāh in Vergessenheit geraten zu sein. Es herrschten wieder feudale Strukturen in autonomen Gebieten vor, deren gesellschaftlicher Zusammenhalt vor allem auf das brutale Vorgehen erbarmungsloser Warlords zurückzuführen ist, die sich als islamistische Widerstandskämpfer während der sowjetischen Besatzung ihre Reputation erarbeiten konnten und nun untereinander um die Vormachtstellung stritten.

6.3.1. Die erste Phase – Dezember 1979 bis Februar 1980

Die oberste Führungsebene der sowjetischen Armee und der Sowjetunion traf im Dezember 1979 die Entscheidung, eine militärische Invasion in Afghanistan durchzuführen, um die „Errungenschaften“ der April-Revolution zu retten. Bis Ende Dezember 1979 waren 100.000 sowjetische Soldaten in Afghanistan stationiert und nahmen wichtige strategische Punkte in den großen Städten und die Infrastruktur der Erdöl- und -Erdgasförderung, sowie die Flughäfen, Kraftwerke und Versorgungsbetriebe ein und bewachten sie.⁴⁹⁵ Die militärischen Aufgaben

⁴⁹⁵ A. Z. Hilali, The Soviet Decision-Making for Intervention in Afghanistan and its Motives. In: The Journal of Slavic Military Studies (16:2, 2003) 120.

beschränkten sich im Jänner 1980 auf defensive Maßnahmen zum Schutz sensibler Infrastruktur. Auch die Hauptverkehrsrouten zwischen Termiz in der Sowjetunion und Kabul über den Salang-Pass, zwischen Jalalabad und Gardez im Osten und die Verbindung zwischen Kuschka, Herat, Shindand und Kandahar im Westen waren durch Kräfte der 40. Armee unter sowjetischer Kontrolle gebracht worden.⁴⁹⁶ Die sowjetischen Truppen standen einer durch Desertion stark geschwächten afghanischen Armee zur Seite, die ungefähr 40.000 Mann zählte. Die anfangs ruhige militärische Lage im Jänner 1980 wurde nur wenige Wochen nach dem Einmarsch der Sowjettruppen vom bewaffneten Widerstand zunehmend gestört. Die nach der Invasion defensive Strategie der sowjetischen Truppen wurde beibehalten. Der Widerstand setzte seine Vorgehensweise unbehelligt fort. Sowjetische Fahrzeuge wurden überfallen und erste Todesopfer mussten beklagt werden. Im Februar 1980 wurde die erste Offensivoperation durchgeführt. Sie galt der Befreiung von sowjetischen Beratern aus den Händen bewaffneter Aufständischer.⁴⁹⁷

Von Mitte Februar an stieg die Zahl an Gefechtsoperationen sowjetischer Kräfte an der Seite der afghanischen Armee. Die Truppen sollten in jenen Gebieten, die vom islamistischen Widerstand kontrolliert wurden, oder in denen Widerstand zu erwarten war, Präsenz und Stärke demonstrieren. Provokationen durch kleinere Angriffe und Scharmützel von Widerstandsgruppen begegnete die sowjetische Armee mit Panzern, Kampfhubschraubern und Artillerie. Dieses Vorgehen schüchterte den bewaffneten Widerstand ein und hielt die Zahl der Todesopfer auf Seiten der Sowjetarmee gering.⁴⁹⁸ Unterdessen wurde der Widerstand in der Bevölkerung durch islamistische Gruppen geschürt.

Flugblätter, die zum *ǧihad* gegen „die Ungläubigen“ der Regierung unter Kārmal und gegen die sowjetischen Besatzer, aufriefen wurden im großen Ausmaß in den Städten verteilt, was zu einer Zunahme der Protestaktionen, die sowohl religiös als auch politisch intendiert waren, innerhalb der Bevölkerung führte. Anfang Jänner 1980 desertierte das gesamte 4. Artillerieregiment der afghanischen Armee. Sowjetische Truppen wurden zu Hilfe gerufen, um den Aufstand niederzuschlagen. Hunderte Deserteure wurden bei der Niederschlagung getötet.⁴⁹⁹ Am 21. und 22. Februar wurden in Kabul Massenkundgebungen gegen die sowjetische Besatzung und die Kārmal -Regierung abgehalten, die vom Widerstand geführt und vorbereitet wurden. Es kam zu tumultartigen Ausschreitungen. Der Kommandant der 40. Armee, Generalleutnant Jurij

⁴⁹⁶ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 335.

⁴⁹⁷ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 336.

⁴⁹⁸ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 336.

⁴⁹⁹ Vgl. Kalinovsky, A long Goodbye, 26.

Tucharinov, befahl die Zufahrtsstraßen nach Kabul abzuriegeln, um einen weiteren Zustrom von Demonstranten in die Innenstadt zu verhindern. Zu diesem Zeitpunkt waren knapp 400.000 Menschen auf den Straßen Kabuls versammelt.⁵⁰⁰ Ein Teil der afghanischen Regierung bestand auf die Eröffnung des Feuers auf die Demonstranten, was vom sowjetischen Beraterstab kategorisch abgelehnt wurde. Stattdessen wurde der Ausnahmezustand über Kabul verhängt.

Mit den Ausschreitungen in Kabul stiegen auch die Gefechte gegen Aufständische und religiöse Propaganda im afghanischen Volk exponentiell an. Sowjetische Konvois gerieten auf der Strecke am Salang-Pass zwischen Termiz und Kabul im Norden, sowie zwischen Kuschka und Kandahar immer häufiger unter Beschuss. Marschall Sokolov entschied daraufhin, die Strategie der Truppen zu verändern und befahl der 40. Armee Vorbereitungen für den Kampfeinsatz zu treffen.⁵⁰¹ Die neue strategische Ausrichtung sah unter anderem vor, schwere militärische Angriffe mit der Luftwaffe in den Haupteinzugsgebieten des Widerstands zu fliegen und auch die Bodentruppen auf den Kampfeinsatz und eine Steigerung der Gefechtsleistung vorzubereiten.⁵⁰² Gleichzeitig wurden Vorkehrungen getroffen, die eine Zusammenarbeit zwischen sowjetischen Kräften und der afghanischen Armee erleichtern sollten. So wurden afghanische Offiziere in den zentralen sowjetischen Militärberaterstab eingegliedert.⁵⁰³ Die afghanische Armee konnte jedoch nur in geringem Maße unterstützend wirken und war nicht in der Lage, alleine den wachsenden Einfluss der *muğāhidīn* im Land aufzuhalten. So gerieten die sowjetischen Truppen in einen frontenlosen Kleinkrieg, der von der obersten militärischen und politischen Führung in dieser Form nicht in Betracht gezogen wurde.

6.3.2. Die zweite Phase - März 1980 bis April 1985

Der Übergang von der ersten in die zweite Phase des Afghanistankrieges wird vor allem durch eine Zunahme der Gefechte und offensiven Operationen rund um die Städte, aber auch in den ländlichen Provinzen der sowjetischen Armee gekennzeichnet. Auch ihre Intensität steigerte sich,

⁵⁰⁰ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 337.

⁵⁰¹ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 338.

⁵⁰² Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 338.

⁵⁰³ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 339.

was sich vor allem an den Opferzahlen auf Seiten der Widerstandsgruppen und der Zivilbevölkerung, aber auch auf sowjetischer Seite ablesen lässt.

Die zunehmenden Schwierigkeiten für die Truppen der regulären afghanischen Armee und die sowjetischen Unterstützer, über den bewaffneten Widerstand in dieser sehr intensiven Gefechtsphase des Krieges Herr zu werden, lassen sich unter anderem mit einer Taktikänderung der *muğāhidīn*-Gruppen erklären, auf die sich die sowjetischen Streitkräfte nur schwer einstellen konnte.⁵⁰⁴ Die Gefechte wurden von Seiten des bewaffneten Widerstands nicht mehr auf offenem Feld ausgetragen, sondern verlagerten sich in die engen Täler und Gebirgszüge des Nordens und Ostens und reduzierten sich auf eine Guerillataktik mit Angriffen aus dem Hinterhalt. Dabei hatte es der Widerstand geschafft, ein dichtes Nachrichtennetzwerk zwischen den einzelnen bewaffneten Truppen zu installieren um dadurch einen ungehinderten Informationsaustausch für Informationen zu Stellungen und Bewegungen der gegnerischen Streitkräfte zu gewährleisten. Des Weiteren wurden diese Kommunikationswege auch zur Verbreitung von Propaganda gegen die Regierung und die sowjetischen Besatzer massiv genutzt.⁵⁰⁵

Die Gefechte intensivierten sich in den ersten Monaten des Jahres 1980 in den östlichen Regionen rund um Kabul und Jalalabad. Aufgrund der günstigen geografischen Ausgangslage für den Guerillakampf der Widerstandsgruppen entwickelte sich das Kunartal im Osten Afghanistans zu einem der Hauptbrennpunkte der bewaffneten Auseinandersetzungen.⁵⁰⁶ Die offene Grenze zu Pakistan, die aufgrund der gebirgigen Ausprägung nicht geschlossen werden konnte und äußerst schwer zu kontrollieren war, bot einen geeigneten Ort für die Guerillastrategie des bewaffneten Widerstands. Für die Widerstandsgruppen wurden vermehrt Waffen über die pakistanische Grenze geschmuggelt. Länder, die den Kampf der *muğāhidīn* gegen die sowjetischen Truppen mit Waffen- und Geldlieferungen unterstützten, waren vor allem die USA und Saudi-Arabien, aber auch China und Ägypten.⁵⁰⁷

Die „Kunar-Offensive“ war die erste große Gegenoffensive der sowjetischen Armee gegen die Widerstandsgruppen im Osten. Sie sollte die nordöstliche Provinz Badakhschan vom Einfluss der *muğāhidīn* befreien und die Grenze zu Pakistan schließen.⁵⁰⁸ Die „Kunar-Offensive“ und andere

⁵⁰⁴ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 339.

⁵⁰⁵ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 339.

⁵⁰⁶ Vgl. Kläy, Der sowjetische Krieg, 113.

⁵⁰⁷ Vgl. Kalinovsky, A long Goodbye, 39.

⁵⁰⁸ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 341.

Kampfhandlungen zeigten deutlich, dass die sowjetische Armee den flinken und aus dem Hinterhalt agierenden Partisanenkämpfern der *muğāhidīn* zunächst wenig entgegenzusetzen hatte. Der Gegner war in urbanen Gebieten und in den Tälern des Hindukusch kaum aufzufinden und zu fassen, richtete aber mit dolchstoßartigen Offensiven erheblichen Schaden in den Reihen der sowjetischen Verbände an. Dabei machte sich auch die Fehleinschätzung der sowjetischen Kommandantur bemerkbar, die dem Irrglauben unterlegen war, dass auch kleine, frontenlose Kriege mit einer Streitmacht zu gewinnen seien, die für große und offene Schlachten gerüstet war. Dieselbe Fehleinschätzung begingen US-amerikanische Strategen am Vorabend des Vietnam Krieges.⁵⁰⁹ In einem Krieg, in dem es darum ging, die Hauptverkehrsrouen unter Kontrolle zu bringen und die Nachschubwege der jeweils anderen Konfliktpartei zu blockieren und zu stören, wurden vorzugsweise Mienen und Sprengfallen zum Einsatz gebracht. Zwischen 1980 und 1984 wurden alleine auf russischer Seite über 3 Millionen Sprengsätze und Minen verteilt.⁵¹⁰ Im Sommer des Jahres 1980 erreichten die Kampfhandlungen im Afghanistankonflikt eine neue Dimension. Die Dienstzeiten der Soldaten wurden verlängert, täglich wurden Teile der Armee unter Beschuss genommen und in Gefechte verwickelt. Der taktische Fokus der Sowjettruppen erfuhr dadurch eine drastische Änderung. Das militärische Hauptaugenmerk wurde nach den ersten großen Offensiven in den ländlichen Gebieten auf die großen Städte und die Hauptverkehrsrouen, wie den Salang-Pass und die große Ringstraße, gelegt. Dies hatte zur Folge, dass die *muğāhidīn* nun mehr als 80 Prozent der ländlichen Regionen Afghanistan kontrollierten und die 40. Armee zeitgleich einen großen Teil ihres Kontingents zur Sicherung von Infrastruktur binden musste. Doch das sowjetische Oberkommando lernte aus den Nachteilen, die sie im bisherigen Kampf gegen die *muğāhidīn* erlitten.

Ab dem Sommer des Jahres 1980 flog die sowjetische Luftwaffe vermehrt schwere Bombardements und zerstörte im Zuge der Strategie der „Verbrannten Erde“ Städte, Dörfer und Infrastruktur, die zwar von den Widerstandsgruppen, aber auch von der afghanischen Zivilbevölkerung genutzt wurden. Teile Panjshirs und große Gebiete in den Provinzen Paktia und Logar wurden dem Erdboden gleichgemacht. Dieses Vorgehen brachte der sowjetischen Armee zwar partielle Erfolge gegen die bewaffneten Islamisten, schürte jedoch auch die Wut der Zivilbevölkerung, die ebenfalls unter den Kampfhandlungen litt. Genau diese Dynamik nutzte wiederum der Widerstand zur Indoktrination und Rekrutierung neuer Kämpfer. Am Boden wurden

⁵⁰⁹ Vgl. *Braithwaite*, Afgantsy, 127.

⁵¹⁰ Vgl. *Kalinovsky*, A long Goodbye, 39.

vom Kommando der 40. Armee vermehrt Spezialeinheiten, so genannte „SpecNaz“, eingesetzt, die im Kampf gegen versierte und gut ausgebildete Guerillakämpfer der *muğāhidīn* weitaus effektiver waren, als große, behäbige und langsame Infanterieverbände.⁵¹¹ Die „Specnaz“ unterstanden direkt dem militärischen Nachrichtendienst GRU. Zusätzlich zu den neuen taktischen Maßnahmen führten die Sowjettruppen jedoch auch weiterhin Großoffensiven durch. Mit mäßigem Erfolg.

Operationen wie „Udar“ (zu Deutsch „Schlag“) von November bis Dezember 1980 oder die Operation im Kunar-Tal und im Panjshir-Tal wurden immer unter derselben strategischen Ausrichtung geführt und führten allesamt zu einem ähnlichen Ausgang. Zwar konnten die Gebiete für einen kurzen Zeitraum von Gruppen der Widerstandskämpfer befreit werden, jedoch fehlte es auf Seiten der russischen und Afghanischen Armee an Kapazitäten, die das neugewonnene Territorium verteidigt hätten. Des Weiteren war der gesellschaftliche Einfluss, den die sowjetischen Truppen auf die Zivilgesellschaften hatte, zu gering, um Strukturen zu errichten, die eine abermalige Infiltration durch die *muğāhidīn* hätte verhindern können.⁵¹² Ein Kommandant der Operation im Panjshir-Tal fasste aus seiner Sicht die strategischen Unzulänglichkeiten der sowjetischen Truppen in den großen Offensiven treffend zusammen.

„Throughout the whole of that war practically every operation ended in the same way. Military operations began, soldiers and officers died, Afghan soldiers died, the mujahedin and the peaceful population died, and when the operation was over our forces would leave, and everything would return to what it had been before.“⁵¹³

Die sowjetische Administration musste sich im Afghanistankrieg gleich zwei Herausforderungen stellen. Zum einen galt es, die Auswirkungen des Krieges sowohl innen- als auch außenpolitisch möglichst gering zu halten, um eine etwaige Eskalation unter allen Umständen zu vermeiden.⁵¹⁴ Obwohl der Krieg in Afghanistan auch für die Sowjetunion durchaus von Verlusten geprägt war, fielen die wirtschaftlichen und militärischen Einbußen wesentlich geringer aus, als es Moskau befürchtet hatte.

Viel schlimmer traf es die afghanische Zivilbevölkerung. Viele flohen vor den Kampfhandlungen und dem Bürgerkrieg, schon vor der sowjetischen Invasion. Um 1985 waren ungefähr 6,5 bis 7

⁵¹¹ Vgl. *Kalinovsky, A long Goodbye*, 39.

⁵¹² Vgl. *Kalinovsky, A long Goodbye*, 39f.

⁵¹³ *Braithwaite, Afgantsy* 223.

⁵¹⁴ Vgl. *Kalinovsky, A long Goodbye*, 40f.

Millionen AfghanInnen auf der Flucht vor dem Krieg und bildeten somit die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg.⁵¹⁵ Die Geflüchteten kamen zum Großteil in Pakistan und dem Iran unter und kehrten teilweise als radikalisierte *muğāhidīn* in den *ğihād* gegen die Sowjetarmee zurück. Vor allem in pakistanischen Flüchtlingslagern nahm die Radikalisierung durch Islamisten mit Dauer des Krieges dramatisch zu. 1,2 Millionen Menschen fanden auf Seiten der afghanischen Bevölkerung und in den Reihen der *muğāhidīn* zwischen 1980 und 1989 den Tod.

Die politische Lage entwickelte sich nicht zum Vorteil der Regierung unter dem *parčam*-Führer Kārmal und der DVPA. In Kabul brachen Schüler- und Studentenrevolten aus. Ausschreitungen in den großen Städten konnten nur noch durch nächtliche Ausgangssperren unterbunden werden.⁵¹⁶ Das Ziel der sowjetischen Führung, mit Babrak Kārmal einen Regierungschef zu installieren, der es schaffen würde, seine Partei auf einer möglichst breiten Basis in der Bevölkerung zu verankern, schlug fast gänzlich fehl. Die Hoffnungen seitens der politischen Führung der Sowjetunion, Kārmal wäre in der Lage, auch Vertreter des traditionellen Establishments, wie Stammesführer und Geistliche in seine Regierung zu integrieren, wurden enttäuscht. Kārmal schaffte es nicht, die alten Kämpfe der beiden Flügel in der Partei beizulegen und die Spaltung der afghanischen Gesellschaft in eine sowjetisierte, „fortschrittliche Stadtbevölkerung“ und eine traditionalistische „reaktionäre Landbevölkerung“ zu verhindern.⁵¹⁷ Die Regierung unter Kārmal fand keinen Rückhalt in der Bevölkerung und verwickelte so die sowjetischen Truppen immer weiter in den afghanischen Bürgerkrieg. Kārmal versuchte angesichts der immer schlechteren innenpolitischen Lage, Kompromisse mit seinen politischen Gegnern zu schließen. Moskau drängte den Präsidenten aufgrund des drohenden Verlusts der Kontrolle über die Bevölkerung Maßnahmen zur Wiederherstellung der Parteibasis zu ergreifen. So wurde beispielsweise versucht, der Religion und der Geistlichkeit wieder ein höherer Stellenwert im Kontext gesellschaftspolitischer Angelegenheiten einzuräumen. Dafür wurde Hauptverwaltung für Angelegenheiten des Islam im Ministerrat der Demokratischen Republik Afghanistan installiert.⁵¹⁸ Aber auch andere Maßnahmen, wie die Gründung des Zentralrats für Landwirtschaftsfragen, der die Interessen von rund 190.000 Bauern vertreten sollte, schafften es nicht, der DVPA und ihrem Generalsekretär Kārmal die Unterstützung in der Bevölkerung

⁵¹⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 104.

⁵¹⁶ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 343.

⁵¹⁷ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 106.

⁵¹⁸ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 351.

zuzusichern, die diese Regierung als Legitimation brauchte. Schließlich scheiterte auch die *nationale Vaterlandsfront* in ihren Bestrebungen, die progressiven Kräfte Afghanistans zu einer und eine nationale Einheit und einen gesamt-afghanischen Patriotismus in der Bevölkerung zu verankern. Die Hoffnungen Moskaus, die Maßnahmen der Regierung würden zu Stabilität im Land führen, wurden tief enttäuscht. 1981 kündigte Kārmal eine Neukonzeption der umstrittenen Landreform an, die unter Tarakī durchgeführt wurde.⁵¹⁹ Das Angebot der afghanischen Regierung, mit dem Iran und Pakistan bilaterale Verhandlungen zu führen, um damit die Handlungs- und Bewegungsfreiheit der Widerstandskämpfer maßgeblich einzuschränken, wurde von den Regierungen beider Länder abgelehnt. Pakistan war zwar seinerseits bereit, in die Verhandlungen einzutreten, stellte jedoch Forderungen wie den sofortigen Truppenabzug, die Wiederaufnahme der afghanischen Flüchtlinge und forderte darüber hinaus freie Wahlen, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgehalten werden sollten.⁵²⁰ All das stellte Forderungen dar, die Kārmal zu diesem Zeitpunkt nicht erfüllen konnte und auch nicht erfüllen wollte.

Im Jänner 1981 löste Ronald Reagan Jimmy Carter im Weißen Haus als Präsident ab. Damit änderte sich auch die Afghanistanpolitik der USA maßgeblich. Reagan sprach nun offen über die Unterstützung, die von der US-Regierung für die *muğāhidīn* -Gruppen im Kampf gegen die Sowjetunion geleistet wurden. Die Regierung unter Reagan verfolgte nun ein primäres Ziel: den Sieg des Widerstands in Afghanistan und damit verbunden eine militärische und auch politische Niederlage für die Sowjetunion in einem Stellvertreterkrieg. Nicht nur staatliche, sondern auch private Organisationen begannen öffentlichkeitswirksam den afghanischen Widerstand zu unterstützen. Brežnev nahm am 26. Parteitag, an dem auch Kārmal anwesend war, indirekt Bezug auf die kontinuierliche Unterstützung des Widerstands aus dem Ausland, indem er einen Truppenabzug an die Bedingung knüpfte, dass die Unterstützung und Entsendung von Widerstandsgruppen aus dem Ausland mit sofortiger Wirkung beendet werden würde.⁵²¹ Er zeigte sich für ein Friedensprogramm bereit, verlangte aber Garantien von den Konfliktparteien. Mit dem Tod Brežnevs am 10. November 1982 nahm Andropov dessen Platz als Partei- und Staatschef ein, der an einem Krieg in Afghanistan vehement festhielt.

Militärisch setzen die sowjetischen Kräfte die Bombardements und schnellen Zugriffe am Boden durch Spezialeinheiten fort. Im Jahr 1982 wurde eine große Luftlandeoffensive im Panjshir Tal

⁵¹⁹ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 356.

⁵²⁰ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 357.

⁵²¹ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 358.

durchgeführt. Das Panjshir-Tal war aufgrund der strategischen Lage in Nähe des Flughafens Bagram und dem Salang-Pass im Norden von größter Bedeutung für die Kriegsstrategie der 40. Armee. Der Offensive im Jahr 1982 waren in den vergangenen zwei Jahren insgesamt vier missglückte Versuche vorangegangen, das Tal zu erobern und die Widerstandsgruppe der *Islamischen Gesellschaft Afghanistans*, die vom berühmten Oppositionellenführer Ahmad Shah Mas'ūd kommandiert zu besiegen. Bei der Offensive im Mai 1982 kamen insgesamt 13.000 sowjetische und afghanische Soldaten zum Einsatz.⁵²² Die etwa 3.000 Widerstandskämpfer unter Massud leisteten erbitterten Widerstand und wurden von der Zivilbevölkerung teilweise tatkräftig unterstützt. Die Bilanz der etwa drei Wochen andauernden Operation war für die Widerstandsgruppen vernichtend. 80 Prozent der zivilen Gebäude waren durch die sowjetischen Bombardements zerstört worden. 200 *muğāhidīn* -Kämpfer und 1.200 ZivilistInnen kamen ums Leben. Bis auf die großen Offensiven, die vor allem an strategisch wichtigen Orten in den östlichen Provinzen und in Herat durchgeführt wurden, konzentrierte sich die militärische Arbeit der sowjetischen Truppen darauf, die großen Städte vom Widerstand zu befreien und ein abermaliges Aufflammen oppositioneller Tätigkeiten zu unterbinden. Die Widerstandsgruppen begannen die offenen Gefechte zu meiden und intensivierten stattdessen ihre terroristischen Akte in zivilen und urbanen Gebieten, die unter dem Schutz der sowjetischen Truppen standen.

Innerhalb der Sowjetunion begann sich ziviler Widerstand gegen die Intervention in Afghanistan zu regen, als erste Berichte von den Kämpfen und Todesopfern in den Reihen der sowjetischen Soldaten im Zuge der Panjshir-Operation in den Medien erschienen. Die drohende Pattstellung zwischen den sowjetischen Kräften, die mit ihren Großoffensiven keinen Erfolg zu haben schienen, und den Widerstandskämpfern, deren Verlust kontinuierlich stiegen und nicht mehr zu kompensieren waren, führte zu ersten, lokalen Waffenstillständen zwischen der 40. Armee und den *muğāhidīn*. Im Jänner 1983 wurde eine Waffenstillstandsvereinbarung, mit dem Widerstandsführer Mas'ūd getroffen, in dessen Einflussbereich sich die wichtige Salang-Route im Norden befand.⁵²³ Das Abkommen hielt knapp eineinhalb Jahre an. Gebrochen wurde der Waffenstillstand durch die siebte Panjshir-Operation im Frühjahr 1984, die wie die letzten sechs zu keinem nennenswerten Erfolg für die sowjetischen Truppen führte.

Mit dem Tod Andropovs im Februar 1984 wurde Konstantin Černenko Oberhaupt der KPdSU. Unter ihm verhärteten sich die Fronten im Afghanistankrieg, da er, stärker noch als Andropov,

⁵²² Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 359.

⁵²³ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 364.

gewillt war, den Konflikt nicht durch Diplomatie zu lösen, sondern unter Einsatz von militärischen Mitteln zum Sieg zu gelangen und den afghanischen Widerstand letztendlich zu vernichten.⁵²⁴ Unter der Regierungsverantwortung von Černenko erreichte die Zahl und die Intensität der Gefechte ihren Höhepunkt. Im Dezember 1984 starb Verteidigungsminister und Kriegsbefürworter Ustinov und nur wenige Monate darauf, im Februar 1985, auch der Generalsekretär der KPdSU und Staatschef Černenko.⁵²⁵ Im März 1985 trat Michail Gorbachëv das Amt des Generalsekretärs an. Gromyko trat als Außenminister zurück und wurde zum Staatschef ernannt. Unter Gorbachëv sollte der Konflikt in einer dritten Phase des Krieges abermals aufflammen, bevor es zu einer Entspannung mit der Einleitung der Verhandlungsprozesse in Genf und darauffolgend zum endgültigen Abzug der sowjetischen Truppen kommen sollte.

6.3.3. Die dritte Phase – Mai 1985 bis Dezember 1986

Der über fünf Jahre andauernde bewaffnete Konflikt offenbarte im Jahr 1985 eine traurige Bilanz. Die Zivilbevölkerung war durch die massiven Bombardements von Dörfern, Bewässerungssystemen und Nahrungsmittellagern durch die Taktik der „Verbrannten Erde“ der sowjetischen Luftwaffe und die Terrorakte der Widerstandsgruppen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Kollaborationsneigung der Bevölkerung mit den bewaffneten *muğāhidīn* war stark rückläufig, was einen Teil der sowjetischen Kriegsstrategie ausmachte.⁵²⁶ Trotzdem wurde der Widerstand von den USA und Saudi-Arabien kontinuierlich unterstützt und bot den militanten Gruppen dadurch die Möglichkeit, weiter zu operieren. Durch die nationale Sicherheitsdirektive Nr.166 erklärte der amerikanische Präsident Reagan sein Ziel, die UdSSR in Afghanistan um jeden Preis militärisch besiegen zu wollen. Am 26. September 1986 wurden die ersten infrarotgelenkten FIM-92 Stinger Luftabwehrraketen von der CIA an den afghanischen Widerstand ausgehändigt.⁵²⁷ Der Einsatz der Luftabwehrraketen erschwerte die Einsatzlage für die Luftwaffe der Sowjetunion und führte ihr schwere Verluste zu. Doch blieb der Einsatz der Stinger auch in den verantwortlichen Gremien in Washington nicht ohne Kritik. Angehörige der

⁵²⁴ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 371.

⁵²⁵ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 372.

⁵²⁶ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 373.

⁵²⁷ Vgl. Steve Coll, Ghost Wars. The Secret History of the CIA, Afghanistan, and bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001 (London 2004) 149.

CIA fürchteten, dass die UdSSR nicht nur einen propagandistischen Vorteil aus dem Einsatz einer amerikanischen Waffe gegen die sowjetischen Truppen ziehen konnte. Gleichzeitig wurde die Angst größer, die CIA könnte durch die Verbreitung der Waffe innerhalb der Reihen des afghanischen Widerstands die Kontrolle über deren Einsatz verlieren und im schlimmsten Fall gegen die USA selbst gerichtet werden. Für eine größere Kontrolle wurden afghanische Agenten rekrutiert, die direkt von der CIA bezahlt wurden, und nicht unter dem Einfluss des pakistanischen Geheimdienstes standen.⁵²⁸ Diese Kommandeure und Agenten wurden beauftragt, die Waffenauslieferungen zu dokumentieren und genau festzuhalten, welche Gruppe welchen Waffentyp erhielt. Gleichzeitig sollten die „commanders“ auch über eventuelle Korruptionsfälle in Pakistan und Entwicklungen auf den Schlachtfeldern berichten.⁵²⁹ Der Widerstandsführer Ahmed Šah Mas‘ūd wurde seit 1984 ebenfalls direkt von der CIA mit Waffen und Geld unterstützt. Unter Milton Bearden, dem zuständigen CIA-Chef für Afghanistan, wurde das Kontingent an afghanischen CIA Agenten auf vier Dutzend angehoben. Je größer die Zahl der Agenten wurde, umso schwerer fiel es der CIA, ihre eigenen Geheimpläne vor dem pakistanischen Geheimdienst ISI zu verbergen. Mit Bearden veränderte sich die Taktik der CIA hinsichtlich der Unterstützung der Widerstandskämpfer zu Ungunsten der sowjetischen Truppen. Bearden wurde vom damaligen CIA-Direktor Casey nach Afghanistan geschickt, um den Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen und im weiteren Verlauf der UdSSR den globalpolitischen Untergang zu beschleunigen. Afghanistan war dabei ein kleiner Teil einer „großen Vision“. Mit allerhand Vollmachten und einer großen Menge an Waffen und Geld ausgestattet, die er den Widerstandsgruppen unter Mas‘ūd oder Hikmatjār zukommen lassen sollte, wurde Bearden nach Pakistan geschickt.⁵³⁰ In den Jahren 1986 und 1987 wurden die Widerstandsgruppen mit finanzieller Unterstützung von insgesamt 1 Milliarde US-Dollar seitens der CIA und der amerikanischen Regierung betraut. Diese Summe bilden lediglich die Unterstützungsleistungen der USA ab. Saudi-Arabien führte den *muğāhidīn* eine fast ebenso große Geldmenge zu.⁵³¹ Der afghanische Widerstand schwamm förmlich im Geld.

Mit dem Amtsantritt von Gorbačëv wurden die Friedensverhandlungen zwischen der UdSSR, der DVPA und den Widerstandsgruppen intensiviert. Formell wurden die Verhandlungen schon im

⁵²⁸ Vgl. *Coll, Ghost Wars*, 150f.

⁵²⁹ Vgl. *Coll, Ghost Wars*, 151.

⁵³⁰ Vgl. *Coll, Ghost Wars*, 148f.

⁵³¹ Vgl. *Coll, Ghost Wars*, 151f.

Februar 1980 im Zuge der Frage nach einem möglichen Truppenabzug der Sowjetunion erörtert.⁵³² In zwei Gesprächsrunden in Genf im Juni 1982 und im April 1983 wurden nur partielle Fortschritte erzielt. Mit dem Tod von Andropov und seinem Chefberater für Afghanistan Stanislav Gavrilo wurden die Gespräche eingefroren und die Initiative seitens der Sowjetunion schwand.⁵³³ Erst durch Gorbačëvs neue politische Impulse sowohl in Fragen der Innen- wie auch der Außenpolitik, nahmen die Bemühungen um eine friedliche Lösung im Afghanistankonflikt von sowjetischer Seite abermals zu. Gorbačëv zog in der Aprilsitzung des Zentralkomitees eine grundsätzliche Neukonzeption des militärischen Engagements in Afghanistan in Betracht und hoffte auf eine politische Lösung des Konflikts, die das Ansehen der Sowjetunion in der internationalen Politik wahren würde. Es wurden Treffen zwischen Gorbačëv und Reagan in Genf 1985 und Reykjavik 1986 abgehalten, die als Anstoß für den Entschluss des Truppenabzugs aus Afghanistan galten.⁵³⁴

Der festgefahrene und aussichtslose Konflikt in Afghanistan hatte für das „neue politische Denken“ und das Konzept der „Perestroika“ von Gorbačëv nur noch einen geringen politischen Stellenwert und sollte als „Fluch der Nullsummenpolitik“ unter Brežnev so rasch wie möglich beigelegt werden. Ebenfalls sollten die Beziehungen zu den USA nicht mehr aus einer subjektiven Perspektive von Seiten der UdSSR beurteilt, sondern in einem globalen Kontext gesehen werden. Am 15. Oktober 1986 wurden unter großer propagandistischer Inszenierung die ersten sechs Regimenter und 8.000 Soldaten aus Afghanistan abgezogen.⁵³⁵ Die USA sahen in diesem Abzug jedoch lediglich eine Vortäuschung falscher Tatsachen, da der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger der Meinung war, die Truppen hätten seit jeher keine Verwendung im Konflikt gefunden und seien nie zum Einsatz gekommen. Die eigentlich im Kampf eingesetzten Truppenteile würden weiterhin im Land verbleiben. Dem widersprach die sowjetische Führung.⁵³⁶

Gorbačëv ließ im Sommer 1985 ein letztes Mal die Möglichkeit eines militärischen Sieges in Afghanistan auswerten. Die Beurteilung der Lage fiel negativ für den Erfolg der Intervention, wie ihn sich Gorbačëv vorgestellt hatte, aus. Am 20. Juni 1985 wurden die Gespräche in Genf in einer vierten Runde wiederaufgenommen, blieben jedoch ohne konkrete Ergebnisse.⁵³⁷ Mit zunehmendem Druck aus Washington und vermehrten Protesten und Demonstrationen der sowjetischen Bevölkerung gegen die Afghanistanoffensive, fiel das Politbüro im Oktober 1985

⁵³² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 374.

⁵³³ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 377.

⁵³⁴ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 381.

⁵³⁵ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 383.

⁵³⁶ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 384.

⁵³⁷ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 385.

die endgültige Entscheidung zum Abzug der Truppen aus Afghanistan. Der sowjetische Außenminister Eduard Ševardnadze und der KGB-Vorsitzende Vladimir Krjučkov begannen mit Gesprächen über die Zukunft der afghanischen Regierung nach dem Truppenabzug.

Die Angst, die DVPA wäre ohne militärische Unterstützung nicht regierungsfähig, hielt sich hartnäckig in Moskau. Dabei galt die Kritik von Seiten Gorbačëv und Krjučkovs vor allem dem amtierenden Präsidenten Karmāl, dessen Regierung in den fünf Jahren seiner Amtszeit nicht in der Lage war, unter Mithilfe der Sowjetunion die Situation in Afghanistan zu stabilisieren und die Forderungen Moskaus umzusetzen. Anfang 1986 war die Absetzung von Babrak Kārmal beschlossen und am 4. Mai löste der ehemalige Chef des afghanischen Geheimdienstes KHAD Mohammed Nağībullāh Kārmal als Generalsekretär der DVPA ab.⁵³⁸

Das neue Staatsoberhaupt sprach sich für Afghanistan als islamisches Land aus und führte Gespräche mit verschiedenen religiösen Würdenträgern. Oberstes Ziel seiner Politik der „nationalen Aussöhnung“ war es, auch oppositionelle Kreise in die Regierungsgeschäfte miteinzubeziehen und bildete dazu auch eine Kommission. Es wurden mehr als 3.500 lokale Kommissionen gebildet, in denen mehr als 6.000 Vertreter der Opposition mitwirkten.⁵³⁹ Beim ersten offiziellen Treffen zwischen Gorbačëv und Nağībullāh in Moskau im Dezember 1986 versicherte der Generalsekretär der KPdSU, dass der Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb von zwei Jahren vollzogen sein werde. Am 3. Jänner wurde die erste konstituierende Sitzung der Kommission zur nationalen Aussöhnung in Kabul abgehalten und ein detaillierter Plan zur Durchführung ausgearbeitet.⁵⁴⁰ In einer Rede betonte Nağībullāh die Wichtigkeit der Grundpfeiler der nationalen Aussöhnung. Diese beinhalteten einen generellen Waffenstillstand, der für sechs Monate anberaumt wurde, eine Aufrechterhaltung politischer und wirtschaftlicher Strukturen, Schutz und Konsolidierung der historisch gewachsenen, nationalen und individuellen kulturellen Traditionen, sowie Respekt und Achtung vor der heiligen Religion des Islam.⁵⁴¹ Eine neue Verfassung wurde angenommen und das Parteiengesetz von 1964 ratifiziert. Auch von sowjetischer Seite wurden Maßnahmen zur Entspannung gesetzt. So wurde der militärische Fokus nur noch auf die Bewachung und Schließung der Grenzen, sowie auf den Schutz der Hauptverkehrswege gelegt. Sowjetische Spezialeinheiten halfen der Regierung, auch in den

⁵³⁸ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 389.

⁵³⁹ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 389.

⁵⁴⁰ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 391.

⁵⁴¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 391.

ländlichen Gebieten die Prinzipien der „nationalen Aussöhnung“ zu verbreiten und zu etablieren.⁵⁴²

6.3.4. Die Unterzeichnung des Genfer Abkommens

Der Regionalkonflikt in Afghanistan konnte zumindest in Form von Verträgen, schlussendlich mit der Unterzeichnung des *Genfer Pakets* am 14. April 1988 offiziell beigelegt werden. Das *Genfer Paket* beinhaltete die afghanisch-pakistanische Übereinkunft über die Nichteinmischung Pakistans in afghanische Angelegenheiten und die Rückkehr der in Pakistan verbliebenen Flüchtlinge nach Afghanistan. Afghanistan und Pakistan hatten sich des Weiteren dazu bereiterklärt, das jeweilige Staatsterritorium nicht länger für feindliche Aktionen, seien sie nun offen oder verdeckt, zur Verfügung zu stellen. Weiters verpflichteten sich die beiden Länder, die Ausbildung, Finanzierung, Ausrüstung und Rekrutierung von terroristischen Gruppen innerhalb ihrer Staatsgrenzen zu unterbinden.⁵⁴³ Die UNO bezeichnete die Einigung in Genf als großen Erfolg und der sowjetische Außenminister Schweradnadse sprach von Afghanistan als einem Musterbeispiel für die Lösung von regionalen Konflikten.⁵⁴⁴ Im Endeffekt zeigten die Einigungen in Genf bedauernswerter Weise keine große Wirkung. Lediglich der Abzug der sowjetischen Truppen konnte erreicht werden. Zur Befriedung der inneren Situation in Afghanistan trugen die geschlossenen Verträge nicht bei. Das *Genfer Paket* beinhaltet weder einen konkreten Plan zur Reintegration und Wiederansiedelung der Flüchtlinge, noch wurde ein allgemeines Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und der Opposition vereinbart.⁵⁴⁵

Das Genfer Abkommen trat mit 15. Mai 1988 offiziell in Kraft. Die „Allianz der Sieben“ in Peshawar erklärte jedoch, dass sie sich nicht offiziell an die Genfer Verträge gebunden fühle und ihren Widerstand und die Kampfhandlungen weiter ausführen würde. Pakistan blieb das Zentrum der Ausbildung, Unterstützung und Rekrutierung des afghanischen Widerstands, dementierte jedoch nach außen hin jegliche Einmischung. Ebenso hielt Moskau an den Inhalten der sowjetisch-afghanischen Freundschaftsverträge von 1921 und 1978 fest, die besagten, dass die Regierung in

⁵⁴² Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 392.

⁵⁴³ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 399f.

⁵⁴⁴ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 401.

⁵⁴⁵ Vgl. Adam, Das Scheitern am Hindukusch, 249.

Kabul mit allen Mitteln zu unterstützen sei. Die Weigerung der Anerkennung der Genfer Verträge durch die *muğāhidīn* Gruppen gilt als Grundlage für den folgenden Stellvertreterkrieg nach Abzug der sowjetischen Truppen zwischen den Kräften der Opposition und den Regierungstruppen. Die sichere Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Iran und Pakistan war aufgrund der instabilen und unsicheren gesamtpolitischen Lage in Afghanistan nicht oder nur eingeschränkt möglich. Nicht nur die Sicherheits-, sondern auch die mangelhafte Versorgungslage, eine ineffektive Landwirtschaft und fehlende Nahrungsmittel erschwerten das Leben der Heimkehrten enorm.

6.3.5. Die vierte Phase – Jänner 1987 bis Februar 1989

Der islamische Widerstand durch die *muğāhidīn* war durch die militärische Präsenz der Sowjetarmee und deren materielle und taktische Überlegenheit immer mehr in Bedrängnis geraten. Vor allem in den Nordprovinzen mussten die Widerstandsgruppen unter Kommandeur Mas'ūd herbe Rückschläge hinnehmen. Teile des Panjshir-Tales und die nördliche Region Kabuls fielen Mitte des Jahres 1987 unter die Kontrolle der sowjetischen Streitkräfte und der afghanischen Armee.⁵⁴⁶

Zwar lehnten die Widerstandsgruppen das Konzept der „nationalen Aussöhnung“ der neuen afghanischen Regierung kategorisch ab, Nağībullāh konnte jedoch mit einer neuen Verfassung und einem Grundgesetz, sowie dem Angebot von Ministerposten für Angehörige der Widerstandsgruppen und dem Recht zur Bildung politischer Parteien, einige Mitglieder des Widerstands zu Desertionen bewegen. Die Zahlen sprachen für einen Erfolg der Aussöhnungspolitik. Aus dem Iran und Pakistan kehrten im ersten Jahr rund 110.000 Menschen nach Afghanistan zurück. Über 40.000 bewaffnete Widerstandskämpfer legten die Waffen nieder und traten teilweise in lokale Organe der Koalitionsregierung ein. Dennoch blieben die Kampfhandlungen aufrecht, da einige Widerstandsgruppierungen den Waffenstillstand nicht einhielten. Zwar waren die sowjetischen Truppen schon aus 12 Provinzen abgezogen, dennoch wurden Angriffe an der Grenze zu den zentralasiatischen Sowjetrepubliken verübt. Als

⁵⁴⁶ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 393.

Gegenschlag wurden, in Kooperation mit der afghanischen Armee, mehrere Operationen im Panjshir-Tal, in der Provinz Kunar und in der Stadt Khost durchgeführt.

Die letzte große Offensive bildete die Operation „Magistral“, die die von *muğāhidīn* eingekesselte Stadt Khost befreien sollte. Khost und die umliegende Provinz an der pakistanischen Grenze galt als Nest des Widerstandes. Umfangreiche Waffenarsenale und bis zu 5.000 *muğāhidīn* -Kämpfer waren in dem Gebiet zugegen.⁵⁴⁷ Nach schweren Kämpfen meldete Radio Kabul am 3. Jänner 1988 die „Elimination von 1.603 konterrevolutionären Elementen“.⁵⁴⁸ 1988 wurde von der Regierung im Kreml als „das letzte Jahr des Truppenaufenthalts“ bezeichnet.⁵⁴⁹ Nach einem Besuch Gorbačëvs in Washington beschlossen Präsident Reagan, US-Außenminister Schultz und Sicherheitsberater Powell eine „Politik der Symmetrie“. Dieses politische Konzept beinhaltete eine Beendigung der amerikanischen Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand, wenn sich Moskau ebenfalls dazu bereit erklärt, der DVPA-Regierung in Kabul die Unterstützung zu versagen. Die Sowjetunion konnte zur Einwilligung auf die „Politik der Symmetrie“ erst überzeugt werden, als Washington versprach, den pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq davon zu überzeugen, von der Forderung nach einer Übergangsregierung im Zuge der Genfer Verhandlungen abzusehen. Am 8. Februar wurde von Gorbačëv der definitive Zeitplan für den Truppenabzug vorgelegt. Außenminister Ševardnadze sprach von großen Fortschritten bei den *Genfer Verhandlungen*.⁵⁵⁰

Die Opposition in Form der „Allianz der Sieben“ und Pakistan forderten im Zuge der Verhandlungen in Genf eine neutrale Übergangsregierung in Afghanistan. Die Widerstandsgruppen fügten hinzu, dass drei Viertel aller Ministerposten dieser Regierung aus ihren Reihen besetzt werden mussten. Forderungen, denen Moskau und die afghanische Regierung nicht nachgingen. Das primäre Ziel der Genfer Verhandlungen bestand darin, eine Koalitionsregierung in Afghanistan zu errichten, die auf einer möglichst breiten Basis in der Bevölkerung fußte und ihrer Regierungsgremien von PolitikerInnen sämtlicher Interessengemeinschaften des Landes gebildet werden sollte. Die Überhandnahme einer Gruppe und die damit einhergehende Benachteiligung von anderen Interessensgruppen sollten die Verhandlungen in Genf unter allen Umständen verhindern. Nağībullah präsentierte konkrete Pläne für die Konzeption einer Koalitionsregierung, die auf einem Mehrparteiensystem aufbauen

⁵⁴⁷ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 396.

⁵⁴⁸ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 396.

⁵⁴⁹ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 397.

⁵⁵⁰ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 397.

sollte.⁵⁵¹ Moskau signalisierte trotz einer noch ausstehenden Einigung bei den Verhandlungen in Genf, Bereitschaft zum Truppenabzug. Bei einem Treffen zwischen Gorbačëv und Nağībullāh am 7. April 1988 in Taškent wurden neue Pläne zur Zusammenarbeit und die weitere Zusicherung von Hilfeleistungen seitens der UdSSR präsentiert und ausgearbeitet. Mit der Unterzeichnung der allgemeinen Direktive zum Truppenabzug durch Verteidigungsminister Dmitri Jasov und der Ratifizierung des Genfer Abkommens begann der Truppenabzug der Sowjetunion über Termiz und Kuschka.

Die Kampfhandlungen des Widerstands wurden dennoch unbehelligt fortgesetzt. Vor allem Mas'ūd und Hikmatjār begannen, das durch den sowjetischen Abzug entstandene Machtvakuum sukzessive zu füllen. Zwar waren einige Kommandanten des Widerstands dazu bereit, die abziehenden Truppen passieren zu lassen, andere jedoch griffen die Konvois der sowjetischen Armee weiterhin an. Die großen Städte in den entmilitarisierten Zonen fielen abermals dem Widerstand in die Hände und tausende Soldaten der regulären afghanischen Armee desertierten oder schlossen sich dem Widerstand an.⁵⁵²

Nağībullāh versuchte indes, die innenpolitische Lage zu beruhigen und den Widerstand noch stärker in Regierungsverhandlungen zu integrieren. Wahlen wurden angekündigt und ein begrenztes Kontingent an Plätzen im Parlament wurde für Vertreter der Widerstandsgruppen reserviert. Der Widerstand lehnte die Kooperation mit der Regierung ab. Sie war für ihn illegitim. Auch der Einsatz von Hassan Sharq als parteilosen Ministerpräsident führte nicht die gewünschte Unterstützung der Nağībullāh -Regierung durch den Widerstand herbei.⁵⁵³ Je weiter der Abzug der sowjetischen Truppen fortgeschritten war, umso mehr Widerstandsaktivitäten waren an der pakistanischen Grenze zu bemerken. Nağībullāh beschuldigte Pakistan vor der UN-Vollversammlung in New York, die Genfer Verträge weiterhin grob zu verletzen. Auch die USA hatten ihre Waffenlieferungen an den Widerstand nicht eingestellt. Im November 1988 geriet der Abzug daher ins Stocken. MiG-27 Flugzeuge und SCUD- Boden-Boden Raketen wurden von der Regierung von sowjetischer Seite zur Verfügung gestellt.⁵⁵⁴ Währenddessen breitete sich die Opposition im Land weiter aus und gewann stetig an Einfluss.

⁵⁵¹ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 398.

⁵⁵² Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 404.

⁵⁵³ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 404f.

⁵⁵⁴ Vgl. *Allan/ Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 406.

Ahmad Šah Mas'ūd schaffte es, im Panjshir-Tal einen autonomen Kleinstaat mit eigenem Steuersystem, Schul- und Gesundheitswesen und einer eigenen Gesetzgebung zu etablieren und konnte seinen Einfluss auf ganz Nordafghanistan ausdehnen.⁵⁵⁵ Sowjetischen Truppen zollten dem Widerstandskommandeur großen Respekt, vor allem da er die Kontrolle über das Gebiet rund um den Salang-Pass innehatte, der für den sowjetischen Abzug von äußerster Wichtigkeit war. Deshalb schlug die sowjetische Kommandantur ein Separatfriedensabkommen vor, das nur teilweise eingehalten wurde. Ismā'īl Khān begründete in der Provinz Herat ein regionales Staatssystem, das aufgrund eines Nichtangriffspaktes mit Kabul seit Beginn der 1980er Jahre schon ein hohes Maß an Autonomie genoss. Durch die Bildung von Milizen, die als Ersatz für die abziehenden sowjetischen Truppen agieren sollten, trieb die Regierung die Entstehung von autonomen militärischen und zivilen Strukturen ungewollt selbst weiter voran.⁵⁵⁶

Am 28. November reiste der sowjetische Botschafter Voroncov nach Peshawar, um mit der „Allianz der Sieben“ zu verhandeln. Aufgrund der andauernden Ausschreitungen und Konflikte zwischen den Widerstandsgruppen und den Regierungstruppen im ganzen Land, ging der Abzug der sowjetischen Truppen nur schleppend voran. Die Haupttrouten nach Norden konnten von der afghanischen Armee nicht zur Genüge gesichert werden. In einer Sitzung des Politbüros der KPdSU vom 24. Jänner 1989 wurde die Problemlage erörtert, die der sowjetische Truppenabzug mit sich brachte und versucht, Konzepte für den Machterhalt der DVPA in der Zukunft zu entwickeln. Im Politbüro wurde beschlossen, den afghanischen Truppen und der Regierung weiterhin mit finanzieller Unterstützung und Waffenlieferungen zur Seite zu stehen. Zeitgleich wurde auch der Einsatz von KGB-Truppen in den nördlichen Provinzen und an der sowjetischen Grenze beschlossen, da Moskau mit grenzübergreifenden Angriffen durch die *muğāhidīn* rechnete.⁵⁵⁷ Die Grenzen der Politik der nationalen Aussöhnung waren erreicht. Trotz Zugeständnissen seitens der DVPA-Regierung an die Opposition, die neue Verfassung und die Umbenennung der DRA in *Republik Afghanistan* setzten die einflussreichen Widerstandsgruppen ihren Kampf gegen die Regierung in Kabul fort und ließen sich nicht in den politischen Diskurs unter der Präsidentschaft Nağībullāhs miteinbeziehen.⁵⁵⁸ Der Widerstand weitete trotz der Politik der nationalen Aussöhnung seine Kampfhandlungen weiter aus. Gorbačëv lobte auf der 19. Parteikonferenz die Arbeit der afghanischen Regierungstruppen und sprach seine vollste

⁵⁵⁵ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 115.

⁵⁵⁶ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, 114f.

⁵⁵⁷ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 410f.

⁵⁵⁸ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 413.

Zuversicht aus, dass die afghanische Armee auch ohne sowjetische Unterstützung gegen die revoltierenden Kräfte des Widerstands bestehen würde. Ob diese Ansicht seiner eigenen Meinung entsprach oder letztendlich nur zur Beschwichtigung der afghanischen Regierung dienen bleibt zu hinterfragen. Gorbačëv betonte im Zuge der Parteikonferenz abermals, dass der Truppenabzug und der Umstrukturierungsprozess des Engagements in Afghanistan von Seiten der Sowjetunion unumkehrbar seien.⁵⁵⁹ Mit dem Abzug des letzten sowjetischen Soldaten am 15. Februar 1989 nahmen die Unruhen im Land wieder zu und militärische Operationen des Widerstands häuften sich. Die Regierung war nun von den eigenen bewaffneten Kräften und deren Durchsetzungsvermögen gegen den Widerstand abhängig.

Die Opferbilanz auf sowjetischer Seite belief sich im Zeitraum vom 25. Dezember 1979 bis zum 15. Februar 1989 auf ca. 14.000 gefallene Soldaten und Offiziere und knapp 50.000 Verwundete.⁵⁶⁰ Die Verluste waren im Jahr 1984 mit fast 2.400 getöteten Soldaten und Offizieren am höchsten. Auch in den Jahren 1992, 1983 und 1985 kamen jeweils ca. 1.500 bis 2.000 Soldaten ums Leben⁵⁶¹

7. Afghanistan nach dem 15. Februar 1989 - Das Chaos blieb zurück

Die Lage für die Regierung in Kabul nach dem Abzuge der Sowjettruppen war äußerst prekär, das Land von Konfliktlinien durchzogen und politische „Allmachtsansprüche“ von radikalen Führern heizten den politischen Diskurs und die bewaffneten Konflikte zusätzlich an. Die oppositionellen Kräfte beanspruchten den Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Land als Sieg der *muğāhidīn* über eine Weltmacht. Jedoch wurde durch den nicht erreichten politischen Konsens zwischen Regierung und Opposition in Afghanistan nicht die gewünschte Stabilität im Land erreicht. Ganz im Gegenteil: die Konflikte und der Bürgerkrieg bestimmten weiterhin den politischen und gesellschaftlichen Alltag in der Republik Afghanistan. Die sowjetische Führung unterstützte die Regierung Nağībullahs weiterhin auf finanzieller, humanitärer und militärischer Ebene, während sowjetische Berater, ähnlich wie vor der Intervention, im Land stationiert

⁵⁵⁹ Vgl. Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 414.

⁵⁶⁰ Zit. nach Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 614.

⁵⁶¹ Zit. nach Allan/ Kläy, Zwischen Bürokratie und Ideologie, 614.

blieben.⁵⁶² Die sowjetische Unterstützung belief sich im Jahr 1990 auf knapp 3 Milliarden US-Dollar jährlich.⁵⁶³ Die USA und Pakistan setzten ihrerseits die Unterstützung der Opposition weiter fort. Unter der „Allianz der Sieben“ war ein regelrechter Wettlauf um Kabul ausgebrochen, denn nur wer die Hauptstadt unter seiner Kontrolle wusste, konnte auch einen zentralistischen Machtanspruch stellen. Die Konkurrenzkämpfe unter den Widerstandsgruppen intensivierten sich. Neue Bündnisse innerhalb des Widerstands wurden geschlossen. Es etablierten sich innerhalb des Widerstandes zwei ethnische Pole.

Zum einen gab es das Bündnis zwischen Mas'ūd und Rabbāni. Dieses wurde auch als Zusammenschluss taġikischer und uzbekischer *muġāhidīn* im Norden des Landes gesehen und wurde unter anderem als die *Nord-Allianz* bezeichnet. Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen wurde dieses Bündnis zusehends vom Iran, Russland und Usbekistan unterstützt. Vor allem Russland baute unter Boris El'cin die Beziehungen zur *Nord Allianz* weiter aus. Im Süden und Südosten des Landes kämpfte Hikmatjār mit seiner, zum größten Teil aus Paštūnen bestehenden Gruppe um die Vorherrschaft. Doch diese wurde zusehends ins politische Abseits gedrängt und verlor immer mehr die Unterstützung Pakistans. Im Frühjahr 1989 brach ein heftiges Gefecht um die Vormachtstellung in der Stadt Jalalabad aus. Pakistan glaubte, würde die Opposition die Schlacht für sich entscheiden, wäre der Weg für die Machtergreifung Hikmatjārs in Afghanistan geebnet. Naġībullāh forderte Luftunterstützung aus der Sowjetunion an. Moskau lehnte ab. Die afghanischen Regierungstruppen begannen daraufhin selbst Luftangriffe zu fliegen und beschossen die Stadt mit SCUD-Raketen und erzielten mit ihrer Gegenoffensive große Wirkung.⁵⁶⁴

Im Juli 1989 konnte die Stadt durch Regierungstruppen zurückerobert werden. Tausende *muġāhidīn* wurden in den Gefechten und den Bombardements getötet. Mit dem Sieg in Jalalabad gelang der Regierung in Kabul ein wichtiger Schlag gegen den afghanischen *ġihād*. Doch auch dieser große Sieg gegen die Opposition sollte den Sturz des Präsidenten mitsamt der afghanischen Regierung nicht verhindern können.

⁵⁶² Vgl. Anthony Hyman, *Afghanistan under Soviet Domination, 1964-91*. (London 1992) 256f.

⁵⁶³ Vgl. Braithwaite, *Afgantsy*, 296.

⁵⁶⁴ Vgl. Braithwaite, *Afgantsy*, 297.

7.1. Ausblick auf die Folgejahre

Zwischen 1989 und 1990 konnte die afghanische Regierung einige Erfolge hinsichtlich ihrer Machtfestigung verzeichnen. Die Reorganisation afghanischer Truppen trug maßgeblich zum Machterhalt des Präsidenten bei und trat nun entschiedener und mit mehr Kontingenten an Soldaten und militärischen Gerät den Regierungsgegnern im Land entgegen. Dabei wurden enorme Waffenlieferungen seitens der Sowjetunion getätigt. Raketen, Panzer, Kampfflugzeuge und Hubschrauber bildeten nur einen Teil der militärischen Hilfemaßnahmen, die mit sofortiger Wirkung nach dem Abzug des letzten Soldaten einsetzten.⁵⁶⁵ Doch die militärische Überlegenheit über die *muğāhidīn* sollte nur ein Jahr halten.

Im Sommer 1990 waren die afghanischen Streitkräfte allorts abermals in die Defensive gedrängt worden. 1991 kontrollierte die Regierung nur noch knapp 10 Prozent des Landes.⁵⁶⁶ Khost ging an die Widerstandskämpfer verloren, die Armee erlitt abermals eine Schwächung durch fehlende Moral und Desertionen. Auch die Unterstützer auf sowjetischer Seite gingen verloren. KGB-Chef Krjučkov wurde aufgrund des geplanten Putschs gegen Gorbatschow inhaftiert und Außenminister Ševardnadze war von seinem Amt zurückgetreten. Die Sowjetunion war nicht mehr länger in der Lage, der afghanischen Regierung ihre Unterstützung zuteilwerden zu lassen, da die UdSSR selbst am Rande des politischen Kollapses stand.

Der Konflikt zwischen dem neu gewählten russischen Präsidenten Boris El'cin und Gorbatschow als Vorsitzender eines zerbrechenden Regimes drohte zu eskalieren und hatte auch enormen Einfluss auf die außenpolitischen Agenden der noch bestehenden UdSSR. El'cin als aufstrebende politische Kraft Russlands hatte wenig Interesse, finanzielle Erblasten aus Sowjetzeiten zu begleichen. Die massive militärische Hilfe wurde von der Russischen Föderation, die als rechtlicher Nachfolger der Sowjetunion galt, und der neu gegründeten *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS) mit 1. Jänner 1992 für beendet erklärt. Dieses Datum wurde am 13. September 1991 in einem Vertrag zwischen den USA und Moskau festgehalten. Des Weiteren wurde von beiden Ländern der Beschluss gefasst, große Waffensysteme aus Afghanistan abzurufen. Das waren von Seiten der Sowjetunion die SCUD-Raketen und die MiG-27 Bomber, seitens der USA sollten die Stinger-Raketen eingezogen werden.⁵⁶⁷ Der Zerfall der Sowjetunion hatte früher oder später auch

⁵⁶⁵ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 421.

⁵⁶⁶ Vgl. Braithwaite, *Afgantsy*, 298f.

⁵⁶⁷ Vgl. Henry Bradsher, *Afghan Communism and Soviet Intervention*. (Oxford/New York 2002) 369.

Auswirkungen auf Afghanistan, das bis zuletzt eine große Abhängigkeit von den Hilfeleistungen der UdSSR zeigte. Afghanistans Regierung hielt zwar eine Zeitlang stand, versank aber spätestens mit der Beendigung der Hilfslieferungen und der finanziellen Unterstützung aus der UdSSR ebenfalls im Chaos.

Nağībullāh war nicht mehr in der Lage, seine Milizen zu bezahlen. Große Teile dieser Verbände liefen zur *Nördlichen Allianz* über. Der historische Konflikt zwischen paštūnischen und nicht-paštūnischen Ethnien flammte wieder auf und überlagerte sogar den Zwist zwischen *parčam* und *khalq*. Die Spannungen innerhalb der Regierung entluden sich in einem Putschversuch am 6. März 1990 gegen Präsident Nağībullāh.⁵⁶⁸ Der Versuch scheiterte. Der Verteidigungsminister und der *khalq*-Fraktion angehörige Shahnawaz Tanai wurde als Drahtzieher des Putsches ausgeforscht.⁵⁶⁹ Er floh nach Pakistan und schloss sich einer Allianz mit Hikmatjār an. Das Zentralkomitee der DVPA beschloss im Juni 1990, auf das eigene Machtmonopol zu verzichten und benannte sich in *Watan*, die *Vaterlandspartei*, um. Der Sturz Nağībullāhs schien durch die Veränderungen der Afghanistanpolitik Russlands unweigerlich bevorzustehen.

Im März 1992 fiel die Hauptstadt der nördlichen Provinzen Mazar-i Sharif in die Hände der Oppositionellen unter Massud. Im April 1992 gab der Staatspräsident zu verstehen, dass er nicht mehr gewillt sei, sein Amt auszuüben. Am 10. April wurde von UN-Generalsekretär Boutros-Ghali die Einsetzung eines Rats der Oppositionsparteien zur Schaffung einer Übergangsregierung verlautbart. Mas'ūd erreichte mit seinen Truppen am 15. April Kabul, hielt seine Männer jedoch einstweilen in Bagram stationiert und trat mit Abdul Rashid Dostum und anderen Miliz-Führern in Verhandlungen zu einer militärischen Kooperation ein. Hikmatjār machte sich mit seinen, vom pakistanischen Geheimdienst unterstützten Truppen ebenfalls auf den Weg vom Süden her in Richtung der Hauptstadt.⁵⁷⁰ Am 22. April brach ein erbitterter Kampf um die Hauptstadt Kabul aus, mit dem Ergebnis, dass sowohl Massud, als auch Hikmatjār ihre Stellungen in Kabul behaupten konnten und die Hauptstadt spalteten. Der Zusammenbruch der Regierung unter Nağībullāh hatte zur Folge, dass das staatlich institutionalisierte Gewaltenmonopol von Warlords und deren Milizen ersetzt wurde, die in unabhängigen Kleinstaaten nach ihrer eigenen Rechtsauffassung und nach eigenen Gesetzen regierten. Die Geschichte im Kampf gegen eine

⁵⁶⁸ Vgl. Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, 117.

⁵⁶⁹ Vgl. Allan/ Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie*, 426.

⁵⁷⁰ Vgl. Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 378.

afghanische Zentralregierung schien sich zu wiederholen. Das Land stand abermals vor den Trümmern einer gescheiterten Zentralisierung.

Ethnische Konflikte zwischen militanten Gruppen autonomer Milizen um die Vormachtstellung in einzelnen Provinzen und Gebieten prägten abermals den politischen Diskurs innerhalb Afghanistans und wurden in ihren Konflikten von außenstehenden Nationen zusätzlich bestärkt. Vor allem Pakistan sollte eine entscheidende Rolle für die politische Fehlentwicklung spielen und verhindern, dass die so notwendige politische Selbst- und Mitbestimmung vom afghanischen Volk selbst ausgeht. Vielmehr wurde nach dem Sturz des DVPA-Regimes die Politik von korrupten und skrupellosen Warlords diktiert, deren eigener Opportunismus auf Kosten der restlichen Bevölkerung ausgelebt wurde. Die Nutznießer der politischen Dynamiken in Afghanistan der frühen 90er Jahre waren die religiösen Extremisten der *tālibān*-Bewegung, die im September 1996 die Macht in Kabūl ergriffen und das Land mit Brutalität und Repression zu stabilisieren versuchten. In den Reihen dieser Bewegung tat sich der Sohn eines wohlhabenden, saudischen Bauunternehmers mit besonders radikalen Gedanken und Plänen hervor: Osama bin Laden. Er und das, mit ihm in Verbindung gebrachte, lose Terrornetzwerk al-qā'ida (zu Deutsch *Basis*) waren nicht nur für die Ermordung des Anführers der Anti-*tālibān* Truppen Ahmad Shah Mas'ūd verantwortlich, sondern verübte mit den Anschlägen vom 11. September 2001 die bisher schwerwiegendste terroristische Attacke in einem der Zentren der westlichen Welt. Daraufhin brach ein neuer Krieg über Afghanistan herein, diesmal unter der Führung der USA. Dessen Ende ist bis zum heutigen Tag nicht in Sicht.⁵⁷¹

⁵⁷¹ Vgl. *Maley, The Afghanistan Wars, 2.*

8. Conclusio

Über einhundert Jahre sind seit dem ersten Aufkeimen afghanischer Staatsstrukturen vergangen. Afghanistan, das lange Zeit ein Durchgangsland für Nomadenvölker darstellte, entwickelte sich im 19. Jahrhundert durch die Kolonialisierung von einer umkämpften „Puffer-Zone“ zwischen Russland und Britisch Indien zu einem souveränen Staat. Die Staatswerdung ging anders als in unserem westlichen Verständnis vor sich. Es bestanden große Schwierigkeiten, sich in einem Staatsterritorium zurecht zu finden, das vom Britischen Empire von willkürlich gezogenen Grenzen umgeben war, die sämtliche ethnischen und tribalen Verbindungen innerhalb der Bevölkerung vollkommen ignorierten. Obwohl sich die feudalen Herrschaftsstrukturen, die jenen im Europa des Mittelalters ähnelten, hartnäckig bis weit ins 20. Jahrhundert hielten, versuchten afghanische Könige, ab den späten 1890er Jahren, das Land zu zentralisieren und die Unabhängigkeit von Britisch-Indien zu erlangen. König Amanullāh führte Afghanistan schließlich 1919 in die Unabhängigkeit. Unter seiner Herrschaft erlangte Afghanistan seine staatliche Souveränität. Am 31. August 1926 wurde der erste Neutralitäts- und Nichtangriffspakt mit Russland unterzeichnet. Mit der Inthronisation des 19-jährigen Zāhir Šah, befand sich Afghanistan auf dem Weg zu einem demokratischen Staat. Zāhir Šah überließ den „starken Premierministern“ die politischen Geschäfte an seiner statt. Mit der Gründung Pakistans eskalierten die Unruhen in den paštūnischen Gebieten der Tribal Areas. Der Ruf nach einem unabhängigen „Paštūnistān“ wurde immer lauter.

Zeitgleich begannen die Beziehungen zwischen Kabul und Moskau immer stärker zu werden. Vor allem die UdSSR zeigte aufgrund der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und Pakistan immer mehr Interesse an einem guten Draht nach Kabul. Unter Mohammad Dāuds erster Amtszeit wurden die wirtschaftliche und militärische Hilfeleistung aus der Sowjetunion intensiviert. Es wurden auch neue Verträge zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschlossen. Auch die USA hatten ihrerseits mit der Entwicklungshilfe in Afghanistan begonnen, wurden jedoch bald von der Sowjetunion verdrängt. Dāūd suchte die sowjetische Unterstützung und die Parteiführung gewährte sie ihm. Mit dem Zerwürfnis zwischen Zāhir Šah und Mohammad Dāūd im Jahr 1963 endete Dāuds erste Amtszeit. 1973 sollte er sich allerdings wieder an die Macht putschen. Zāhir Šah rief die konstitutionelle Monarchie aus und verabschiedete 1964 die erste Verfassung mit weitreichenden Folgen für die afghanische Bevölkerung. Der erste Artikel der Verfassung regelte die Definition des afghanischen Volkes über sämtliche ethnische und

traditionalistische Grenzen hinweg. Doch nur nach außen hin, denn innerhalb der Machtelite herrschten die Paštūnen. Ein Zweikammernparlament wurde eingeführt, den größten Einfluss im Staat hatte allerdings immer noch das Königsamt inne. Es wurden zwar Wahlen abgehalten und die Parlamente mit MandatarInnen besetzt. Diese hatten jedoch wenig politische Macht über die Entscheidungen des Königs und seines Regierungsstabs. Aus der führenden kommunistischen Bewegung wurde am 1. Jänner 1965 von Nur Muhammad Tarakī die Demokratische Volkspartei Afghanistan als Bewegung gegen das politische „Establishment“ gegründet. Nachdem aber kein politischer Konsens gefunden werden konnte, spaltete sich die Partei in die zwei Fraktionen *khalq* und *parčam*. Diese Spaltung und die daraus resultierenden Konflikte in der Partei, sollten auf dramatische Weise die Entwicklung und das Schicksal der Partei und des gesamten afghanischen Volkes bestimmen. Auch die sowjetische Führung in Moskau stand einer Spaltung der größten kommunistischen Kraft in Afghanistan äußerst skeptisch gegenüber.

Es formierten sich auch Gruppen mit nationaler und islamistischer Ideologie, die sich jedoch aufgrund der fehlenden Ratifizierung des Parteigesetzes alle nicht als offizielle Parteien am politischen Geschehen beteiligen durften. Dāūd erlangte nach einem unblutigen Staatsstreich abermals die Macht. Dāūd legte einen autokratischen Regierungsstil an den Tag, der an Nasser in Ägypten erinnerte. Er enthob vor allem Politiker linken Couleurs ihrer Ämter, um seine eigene Machtposition zu sichern. Verärgert über die Repression des Präsidenten, hielt die DVPA einen Parteitag ab, an dem die Wiedervereinigung beschlossen wurde, auch wenn diese nur nach außen hin stattfand. Innerhalb der Partei waren die Gräben tiefer denn je. Dāūd versuchte indes, die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion zu reduzieren und suchte Beziehungen zu anderen Ländern. Das war Moskau ein Dorn im Auge. Das Verhältnis zwischen Dāūd und Brežnev begann stark zu leiden. Zusätzlich zum Druck von außen formierte sich auch innerhalb des Landes politischer Widerstand. Dāūd wurde am 27. April 1977 durch die DVPA und die afghanische Armee gestürzt. Ob der KGB schon vor dem Staatsstreich von dessen Planung wusste, ist bis heute sehr umstritten, ebenso wie dessen Einfluss darauf. Nach einer kurzen Machtdemonstration der Armee, übernahm Tarakī das Amt als Präsident und Premierminister des „Revolutionary Council of the Democratic Republic of Afghanistan“. Der Zwist zwischen *khalq* und *parčam* war zu diesem Zeitpunkt keineswegs beseitigt.

„The Main Outline of the Revolutionary Tasks“ war das Reformpaket, das die DVPA schon seit langem umgesetzt sehen wollte. Im Endeffekt scheiterte vor allem die hochgepriesene Landreform in sämtlichen Belangen. Die Konzeption, die Durchführung und allen voran die nötige Akzeptanz

der Reform in der betroffenen Bevölkerungsschicht konnten nie erreicht werden. Abermals drohten Reformen einer Zentralregierung am eigenen Opportunismus, der eigenen Intoleranz und Ignoranz zu scheitern. Der politische Rückhalt des DVPA-Regimes in der Bevölkerung schwand und Moskau sorgte sich um den Fortbestand der Regierung und den Erfolg der „Revolution“. Der Putsch im April 1978 ging jedoch nicht, wie in historischen revolutionären Prozessen, von der Bevölkerung aus, sondern von einer kleinen Gruppe von Eliten, die ihre Politik auch mit Gewalt durchsetzen wollten. Daher stellt die „April-Revolution“ keine Revolution im eigentlichen Sinn, sondern viel mehr eine politische Oktroyierung von oben dar. Während die repressive Vorgehensweise der Regierung gegen Oppositionelle immer schlimmer wurde, schlug die Sowjetunion einen neuen außenpolitischen Kurs in Afghanistan ein. Zeitgleich regte sich der antikommunistische Widerstand immer heftiger. Die DVPA wurde zwar als sozialistische Regierungspartei anerkannt, Moskau überlegte jedoch gleichzeitig, wie mit einer Regierung zu verfahren sei, die unmittelbar vor dem Scheitern stand. Die Bindung Afghanistans an den Kreml wurde stärker, ein Sturz der Regierung musste unter allen Umständen verhindert werden. Währenddessen ging die DVPA immer drastischer gegen die Bevölkerung und Kritikern in den eigenen Reihen vor. Auch der innerparteiliche Konflikt wurde nun offen zur Schau gestellt. Tarakī entließ einen Großteil der Abgeordneten des parčam-Flügels und schickte ihren Anführer Babrak Kārmal ins politische Exil. Tarakī verstrickte sich immer mehr in innenpolitische Konflikte, während Amīn seinen eigenen Einflussbereich in den Reihen des Militärs und der Polizei ausbauen konnte. Mit der steigenden Zahl an Aufständen, die nun auch Todesopfer forderten, wuchs auch der politische Druck auf die Regierung. Der Konflikt zwischen Amīn und Tarakī eskalierte. Die sowjetische Führung musste handeln. Im Juni 1979 wurde ein 5.000-köpfiger militärischer und politischer Beratungsstab nach Afghanistan entsandt um die Situation im Land zu stabilisieren.

Da Amīn von Moskau als Unruheherd wahrgenommen wurde, sollte dieser auch gleich aus dem Weg geräumt werden. Das Attentat auf Amīn scheiterte. Im Gegenzug entmachtete er Tarakī und trat an dessen Stelle das Amt des Parteichefs an und ernannte sich zum Staatsoberhaupt der Demokratischen Republik Afghanistan. Amīn setzte den repressiven Kurs der DVPA mit nur einem Unterschied fort. Er suchte wie zuvor Präsident Dāūd freundschaftliche Beziehungen zum Westen, was ihn vor Brežnev und der politischen Führung in Ungnade fallen ließ. Der Grundstein für ein militärisches Einschreiten in Afghanistan wurde spätestens zu diesem Zeitpunkt gelegt. Doch war der Interventionsentscheid seitens der Sowjetunion keinesfalls leichtfertig getroffen worden. Eine Vielzahl an unterschiedlichsten Motiven und Parametern bildeten die Grundlage für

die Entscheidung, in Afghanistan militärisch einzugreifen. Dabei spielte die subjektive Einschätzung der Lage durch die sowjetische Machtelite ebenso eine Rolle, wie ideologisch geprägte Vorurteile hinsichtlich des angeblichen westlichen „Imperialismus“ oder die Brežnev-Doktrin, die schon in ähnlicher Weise 1968 in der Tschechoslowakei Anwendung fand. In den eigentlichen Entscheidungsprozess waren nur die höchsten Mitglieder der sowjetischen Führung involviert, die den Beschluss im Geheimen fällten. Die Westmächte reagierten schockiert, verwirrt und fassungslos. Die USA sahen im militärischen Engagement der UdSSR eine Renaissance russischer Expansionsbestrebungen an den Persischen Golf oder den Indischen Ozean. Dabei lassen sich einige ideologische und geostrategische Motive gut aus der Quellenlage ableiten und Thesen dazu beweisen. So hat die Brežnev-Doktrin zur Intervention beigetragen. Auch die Befürchtung, dass das sozialistische System in Afghanistan scheitern und die Sowjetunion im ewigen Kampf „Kapitalismus vs. Sozialismus“ an Prestige in den Entwicklungsländern verlieren könnte, wird als Grund für eine Entscheidung für ein militärisches Einschreiten genannt. Moskau wollte der Welt beweisen, dass eine Revolution, wenn sie einmal durchgeführt wurde, nicht mehr umzukehren ist – ein folgenschwerer Irrtum. Gerade Afghanistan hätte als marxistisches Paradebeispiel gelten sollen. Durch die Einführung des Marxismus, so glaubten die Chef-Ideologen in der Sowjetunion, hätte sämtliche innenpolitische Instabilität beseitigt werden können. Auch geostrategische Gründe dürfen in Hinblick auf die Intervention nicht außer Acht gelassen werden.

Im Fall der geostrategischen Überlegungen lassen sich ein offensiver Interventionstyp, der annimmt, die UdSSR hätte aus Interesse an den Rohstoffvorkommen im Persischen Golf und im Indischen Ozean militärisch eingegriffen, und ein defensiver Interventionstyp voneinander unterscheiden. Die Hypothese zum defensiven Typ besagt, dass die Sowjetunion militärisch in Afghanistan eingriff, um eine Einflussnahme durch den Westen zu verhindern. Das politische System der Sowjetunion hatte in den frühen 1980er Jahren mit einem enormen Imageverlust zu kämpfen. Kulturell und wirtschaftlich bot sie zu wenig, um mit dem Westen mithalten zu können. Einzig eine neoimperialistische Außenpolitik durch Militärhilfe garantierte der Sowjetunion noch Einfluss in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas.

Die Intervention kann in vier Abschnitte oder Phasen eingeteilt werden. Zu bemerken ist, dass die Intensität der Kampfhandlungen von Phase I zu Phase II exponentiell zunahm, die Lage sich beim Übergang von Phase III zu Phase IV jedoch wieder beruhigte. Dieses Phänomen ist weniger auf einen Rückgang der Widerstandshandlungen in Afghanistan zurückzuführen, vielmehr spielte

die Außenpolitik und die strategische Umstrukturierung eine Rolle für die sinkende Zahl an Gefechten für das „begrenzte Kontingent“ der 40. Armee.

Die militärische Führung bemerkte rasch, dass der Guerillataktik der Widerstandsgruppen aus Peshawar mit großen Truppenkörpern nicht beizukommen war. Deshalb flog die sowjetische Luftwaffe ab der Mitte des Jahres 1980 vermehrt schwere Bombenangriffe, die vor allem auch zivile Häuser, Dörfer und Städte betrafen. Die Generalität der 40. Armee wollte mit der Strategie der „Verbrannten Erde“ dem Widerstand sämtliche Grundlage entziehen und die Bevölkerung gegen die Widerstandsgruppe aufbringen. Das Resultat war eine verstärkte Mobilisierung von Zivilisten gegen die sowjetischen Besatzer durch den Widerstand. Spezialeinheiten des KGB kamen vermehrt zum Einsatz. Diese kleineren, gut ausgebildeten Truppenverbände zeigten zwar Wirkung im Kampf gegen die muğāhidīn, konnten den sowjetischen Kräften jedoch auch nicht den Kriegsgewinn beschieren. Mit den Jahren, die die sowjetischen Truppen zwischen den Fronten im tobenden afghanischen Bürgerkrieg verbrachten kam die Erkenntnis, dass ein Sieg in kurzer Zeit, wie ihn sich die hohen Militärs der Roten Armee kurz vor der Intervention vorgestellt hatten, nicht möglich wäre.

Das Leid der Zivilbevölkerung war sogar für die Kommandeure der Roten Armee kaum zu übersehen. Insgesamt waren um das Jahr 1985 zwischen 6,5 und 7 Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Flüchtlingslagern im Iran, Pakistan oder anderen Ländern untergebracht. Die politische Hoffnung Babrak Kārmal versagte in der Befriedung des Landes ebenso wie die sowjetische Kriegsstrategie. Die Bevölkerung hatte die andauernden Gefechte satt und gab zum größten Teil den Kommunisten die Schuld am anhaltenden Elend im Land. Kārmal versuchte viel, um die Bevölkerung wieder auf seine Seite zu bringen, doch wurden die meisten Konzepte, wie die Lockerung der Landreform oder die Besetzung politischer Posten von Angehörigen der Widerstandsparteien und Nicht-Parteiangehörigen. Um in Verhandlungen mit der DVPA einzutreten, forderte der Widerstand jedoch mehr. Die sowjetischen Truppen sollten sofort abziehen, die kommunistische Regierung sollte zurücktreten und freie Wahlen sollten abgehalten werden. Darüberhinaus forderte der islamische Widerstand die Einberufung einer Übergangsregierung, gebildet aus den Widerstandsparteien, die zum endgültigen Wahlergebnis die Macht übernehmen sollte. All dies stellte Forderungen dar, auf die Kārmal nicht eingehen konnte und wollte.

Die Situation in Afghanistan verschärfte sich zusätzlich, als Ronald Reagan 1981 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Reagan forcierte einen Stellvertreterkrieg, indem er den islamistischen Widerstand offen mit Waffen und Geldlieferungen, teilweise direkt oder über den pakistanischen Geheimdienst, unterstützte und somit offen praktizierte, was sein Vorgänger Jimmy Carter noch im Verborgenen machte. Die Regierung unter Reagan wollte die Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan herbeiführen. Der militärische Konflikt setzte sich fort, mit Verlusten auf beiden Seiten und einem großen Imageschaden für die Sowjetunion. Das politische Klima änderte sich mit Gorbačëv, der den kriegstreiberischen Absichten seiner Vorgänger in Afghanistan nichts mehr abgewinnen konnte. Zudem erkannte Gorbačëv die aussichtslose Lage, in die sich die Sowjetarmee in Afghanistan manövriert hatte. Zwar flammte der Konflikt durch einen erneuten Schub an Waffenlieferungen aus den USA an die *muğāhidīn* abermals auf, gleichzeitig bemühte sich Gorbačëv jedoch um eine Intensivierung der Friedensgespräche zwischen der DVPA und den Widerstandsgruppen. Auch sollten die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA verbessert und der Stellvertreterkrieg in Afghanistan so schnell wie möglich beendet werden, in der Hoffnung, dass sich das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR schnellstmöglich wieder entspannte. Ebenso muss die schlechte wirtschaftliche Lage in diese Argumentation miteinbezogen werden. In Genf wurden Friedensverhandlungen aufgenommen, die jedoch lediglich zu einer Einigung zwischen der Sowjetunion und den USA führten. Moskau zog seine Truppen ab. Afghanistan profitierte wenig vom Ausgang der Verhandlungen in Genf.

Für Afghanistan selbst blieben auch nach Genf viele Fragen offen. Pakistan hielt sich so gut wie gar nicht an die getroffenen Vereinbarungen. Die Widerstandparteien blieben den Verhandlungen überhaupt fern. Das Genfer Paket beinhaltete weder ein konkretes Waffenstillstandsabkommen zwischen den afghanischen Regierungstruppen und den *muğāhidīn*, noch ein Programm zur Reintegration von Geflüchteten und wer für die nötige Infrastruktur aufzukommen hat. Pakistan unterzeichnete die Verträge zwar, blieb aber Ausbildungs- und Rekrutierungsstätte des islamischen Widerstands, dementierte das jedoch nach außen hin heftig. Die Sowjetunion und die USA einigten sich außerhalb der Genfer Verträge auf eine „Politik der Symmetrie“. Diese sollte ein weiteres Eingreifen der Großmächte in den Afghanistankonflikt einschränken. Die UdSSR sollte ihre Truppen zurückziehen und die USA würden die Waffenlieferungen nach Pakistan einstellen.

Der in den Augen der sowjetischen Regierung erfolglose Kärnal wurde im Mai 1986 von Mohammed Nağbullāh abgelöst, der mit der DVPA noch bis 1992 an der Macht bleiben sollte,

bis sich auch er dem Druck des Widerstands beugen und zurücktreten musste. Die Sowjetunion zerbrach kurze Zeit nach dem Abzug. Der Konflikt zwischen Boris El'cin und Gorbac̆ev beeinflusste den innenpolitischen Diskurs maßgeblich. Für Afghanistan hatte die Regierung in Moskau sowohl wirtschaftlich in Form von Hilfeleistungen als auch ideologisch nicht mehr viel über, obwohl die Hilfeleistungen bis ins Jahr 1990 fortgeführt wurden. Auch die USA unterstützten die Opposition in Pakistan mit vereinten Kräften weiter. Aus der „Politik der Symmetrie“ wurde eine „Politik der Asymmetrie“.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen war Afghanistan fest in der Hand von Milizen und muğāhidīn-Führern, die Regierung in Kabul hielt bis 1992 durch, dann gab Präsident Nağībullāh auf. Widerstandsgruppierungen übernahmen die Hauptstadt. Es etablierte sich abermals eine feudale Kleinstaatlichkeit, wie sie das Land einhundert Jahre zuvor schon erlebt hatte, geprägt von Terror, Gewalt, Repression und Willkür. Für die UNO war das Projekt Afghanistan erledigt, die Regierung unter Nağībullāh wurde von der neu gegründeten Russischen Föderation fallen gelassen. Zur Festigung und Friedensentwicklung kam es nie, die Bürgerkriegsparteien blieben ihrer Linie treu und bekämpften sich weiter - mit unklarem Ausgang.

Mit der Machtergreifung der religiös-extremistischen Gruppe der *tālibān* im Jahr 1996 wurde der Grundstein für einen neuen Krieg im Land gelegt, der bis zum heutigen Tag andauert und dessen Ausgang noch ungewiss ist. Ebenso wenig lassen sich die Auswirkungen der jahrzehntelang andauernden Konflikte auf das Land und seine Gesellschaft abschätzen, die die immerwährenden Kampfhandlungen und politische Instabilität mit sich brachten und noch bringen werden. Was nach knapp 40 Jahren Bürgerkrieg bleibt, sind die Erkenntnisse, die die Geschichte dieses Landes offenbart. Eine Gesellschaft, die ganz anders als westliche Systeme funktioniert, ist nur schwer von Neuerungen zu überzeugen. Sind Tradition und Kultur so stark mit einem religiösen Moment verwoben und bildet diese Religiosität dann auch die Grundlage für den moralisch-ethischen Rahmen der Gesellschaft, ist es ein äußerst langwieriger Prozess, die gesellschaftliche Struktur umzubauen. Nichts fügt diesem Prozess mehr Schaden zu, als der Wille, politische Maßnahmen mit Gewalt und unter Druck durchsetzen zu wollen. Betrachtete man nun die letzten 50 Jahre afghanischer Geschichte und die darin stattgefundenen Konflikte, so lassen sich drei markante Schlüsse ziehen, die für eine Beurteilung der Lage auch in der Zukunft von Bedeutung sein werden.

Erstens können sich eine zu enge Beziehung zwischen Religion und Politik für die politische Entwicklung eines Staates nachhaltig auswirken. Die Geschichte, auch die europäische, bietet eine Vielzahl an Beispielen, in denen ein fundamentalistisches Religionsverständnis als staatliche Grundlage folgenschwere Konflikte mit sich brachte. Die Säkularisierung des Staates erlitt in Afghanistan immer wieder herbe Rückschläge. Dabei geht es dem überwiegenden Teil der Bevölkerung lediglich darum, die eigenen Religion frei ausüben zu dürfen und keine Konsequenzen dafür fürchten zu müssen, sei es von kommunistischen Atheisten oder arabischen Extremisten.⁵⁷²

Zweitens ist Gewalt als Mittel zur staatlichen Umstrukturierung ein gefährliches Werkzeug. Auch in Afghanistan wurden die Gefahren eines herbeigeführten, Top-down-Prozesses deutlich. Er bedeutete für den größten Teil der Bevölkerung Terror und Gewalt, vor allem um die Reformen vor vermeintlichen Gegnern zu schützen oder um der Durchführung der oktroyierten Maßnahmen Wirkung zu verleihen.⁵⁷³ Doch diktatorisch implementierte Prozesse bieten keinen Platz für Kritik und haben keine Zeit für die langsame und bedachte Durchführung von politischen Prozessen, zum Leidwesen jener Gesellschaft, die durch Revolution verändert werden soll. Drittens steht die Ungewissheit über die weitere Entwicklung in Afghanistan als Synonym für das sprichwörtliche Schwert des Damokles. Dabei hängt der Fortbestand einer afghanischen Nation, sofern von dieser überhaupt die Rede sein kann, nicht alleine von der Entwicklung der inneren Strukturen ab.

Des Weiteren hängt eine Stabilisierung der Situation und die Transition zu einer Regierungsform, die den Anliegen des eigenen Volkes auch gerecht wird, auch von exogenen Faktoren ab. Dabei spielen vor allem Pakistan und Saudi-Arabien, aber auch Russland eine entscheidende Rolle für die positive Entwicklung im Land. Die Bedrohungs- und Gefährdungslage im Landes ist immer noch sehr hoch. Die *tālibān* versuchen durch terroristische Angriffe die Regierung der Islamischen Republik zu stürzen, mit scheinbarem Erfolg. Mit dem weitgehenden Abzug der NATO-Truppen unter UN-Mandat nahmen die Offensiven der *tālibān* gegen die Regierungstruppen erneut zu. Dabei konnten die *tālibān* erhebliche Gebietsgewinne verzeichnen. Ein Ende der Konflikte ist nicht in Sicht. Parallelen zwischen der gegenwärtigen Situation und den Ereignissen der letzten 50 Jahre können viele gezogen werden. Sie müssen nur auch von politischen Entscheidungsträgern endlich gesehen und richtig interpretiert werden.

⁵⁷² Vgl. *Maley*, *The Afghanistan Wars*, 282

⁵⁷³ Vgl. *Arno Mayer*, *The Furies: Violence and Terror in the French and Russian Revolutions* (Princeton, NJ 2000) 96f.

9. Literatur- und Quellenverzeichnis

9.1. Literatur

Adam Werner, Das Scheitern am Hindukusch. Afghanistan ist nicht zu unterjochen (Stuttgart, 1989).

Adamec Ludwig W.: Afghanistan 1900 – 1923. A Diplomatic History (Berkeley 1967).

Allan Pierre, Dieter *Kläy*, Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankonflikt (Bern/Stuttgart/Wien 1999).

Bernhard Wolfram, Ethnische Anthropologie von Afghanistan, Pakistan und Kashmir (Stuttgart/New York 1991).

Biermann Werner, *Klönne* Arno, Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft (Köln 2002).

Von Borcke Astrid, Die sowjetische Interventionsentscheidung: Eine Fallstudie zum Verhältnis sowjetischer Außen- und Innenpolitik. In: Heinrich *Vogel* (Hg.), Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise. Osteuropa und der internationale Kommunismus Bd.8 (Baden-Baden, 1980).

Blank Stephen J, Operational and Strategic Lessons of the War in Afghanistan, 1979-90. (Pennsylvania, 1992).

Bradsher Henry, Afghanistan and the Soviet Union. New and Expanded Edition (Durham, NC 1985).

Bradsher Henry, Afghan Communism and Soviet Intervention. (Oxford/New York 2002).

Braithwaite Rodric, Afgantsy. The Russians in Afghanistan 1979 – 89 (London 2012).

Braun Dieter, Karlernst *Ziem*, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik – Islamische Selbstbestimmung. Innerafghanische Prozesse, regionale Konfliktfolge, internationale Verflechtungen (Baden-Baden 1988).

Coll Steve , Ghost Wars. The Secret History of the CIA, Afghanistan, and bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001 (London 2004).

Dupree Louis, Afghanistan (Princeton/New Jersey 1980).

Federal Broadcast Information Service (FBIS), (Middle East and North Africa Series, 9. Mai 1978).

Feifer Gregory, The Great Gamble. The Soviet War in Afghanistan. (New York 2009).

Grevemeyer Jan-Heeren, Afghanistan. Sozialer Wandel und Staat im 20. Jahrhundert (Berlin, 1987).

Grötzbach Erwin, Afghanistan. Eine geographische Landeskunde. In: *Storkerbaum*, Werner (Hg.): Wissenschaftl. Länderkunden. Bd.37 (Darmstadt 1990).

- Hammond* Thomas, Red Flag over Afghanistan. The Communist Coup, the Soviet Invasion, and the Consequences (Boulder, Colorado [u.a.] 1984).
- Haslam* Jonathan, Russia's Cold War. From the October Revolution to the Fall of the Wall (New Haven/London 2011).
- Hilali* A. Z., The Soviet Decision-Making for Intervention in Afghanistan and its Motives. In: The Journal of Slavic Military Studies (16:2, 2003).
- Hyman* Anthony, Afghanistan under Soviet Domination, 1964-91. (London 1992).
- Janata* Alfred, Reihanodin *Hassas*, Ghairatman – Der gute Paschtun. Exkurs über die Grundlagen des Paschtunwali. In: Afghanistan Journal 2 (Heft 3 1975).
- Kakar* Hassan, Afghanistan. The Soviet Invasion and the Afghan Response, 1979 – 1982 (Berkeley/Los Angeles/London 1995).
- Kalinovsky* Artemy, A long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan (Cambridge/Massachusetts/ London, England 2011).
- Kläy* Dieter, Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute. In: *Nick-Miller*, Claudine (Hg.): Strategisches versus humanitäres Denken: das Beispiel Afghanistan (Zürich 2009).
- Krause* Joachim, Sowjetische Militärlieferpolitik gegenüber Entwicklungsländern (Internationale Politik und Sicherheit; Bd.16, Baden-Baden 1985).
- Linde* Gerd, Afghanistan und der Nachbar im Norden. In: *Vogel*, Heinrich (Hg.): Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise. Osteuropa und der internationale Kommunismus Bd.8 (Baden-Baden 1980).
- Magnus* Ralph, Tribal Marxism: The Soviet Encounter with Afghanistan (Cincinnati/Ohio 1982).
- Maley* William, The Afghanistan Wars, (Basingstoke, 2002).
- Mayer* Arno, The Furies: Violence and Terror in the French and Russian Revolutions (Princeton, NJ 2000).
- Moltmann* Gerhard, Staats- und Verfassungsentwicklung Afghanistans. In: Afghanistan seit dem Sturz der Monarchie. Dokumentation zur Politik, Wirtschaft und Bevölkerung (Hamburg, Aktueller Informationsdienst Moderner Orient. Sonder-Nr. 9 1981).
- Olesen* Asta, Islam and Politics in Afghanistan. (Richmond 1995).
- Samimi* Said, Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan: Berichte und Analyse (Bochum, 1981).
- Schetter* Conrad, Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan (Berlin 2003).
- Schetter* Conrad, Kleine Geschichte Afghanistans (Beck'sche Reihe 1574, München 2004).

Sharani M. Nazif., State Building and Social Fragmentation in Afghanistan: A Historical Perspective. In: Ali *Banuazzi*, Myron *Weiner* (Hg.): The State, Religion and Ethnic Politics. Afghanistan, Iran and Pakistan (Syrakus 1986).

Simon Gerhard, Russischer und sowjetischer Expansionismus in historischer Perspektive. In: *Vogel*, Heinrich (Hg.): Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise. Osteuropa und der internationale Kommunismus Bd.8 (Baden-Baden 1980).

Snoy Peter, Die ethnischen Gruppen In: *Bucherer-Dietschi*, Paul/*Jentsch*, Christian (Hg.): Afghanistan Ländermonographie. Schriftenreihe der Stiftung Bibliotheca Afghonica Bd.4 (Liestal 1986).

Steul Willi, Paschtunwali. Ein Ehrenkodex und seine rechtliche Relevanz. In: Beiträge zur Südasienforschung 54 (Wiesbaden 1981).

Wettig Gerhard, Sowjetische Bedrohungsvorstellungen als Problem des Ost-West-Verhältnisses. In: Carl-Christoph *Schweitzer* (Hg.), Bedrohung durch die Sowjetunion? Westliche Analysen der politischen Absichten Moskaus im Zeitvergleich der 50er und 80er Jahre. (Baden-Baden 1989).

Wilber Donald, Afghanistan. Its People, its Society, its Culture (New Haven 1962).

Die Zeit (Hamburg, 9. Juni 1978).

Zubok Vladislav M., A Failed Empire: the Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev (Chapel Hill 2007)

9.2. Internetquellen

http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0043_afg&object=facsimile&st=&l=de (4. Februar 2017)

[http://www.bundesheer.at/misc/image_popup/ImageTool.php?strAdresse=/ausle/isaf/images/afg_map.png&intSeite=1600&intHoehe=900&intMaxSeite=1600&intMaxHoehe=845&blnFremd="](http://www.bundesheer.at/misc/image_popup/ImageTool.php?strAdresse=/ausle/isaf/images/afg_map.png&intSeite=1600&intHoehe=900&intMaxSeite=1600&intMaxHoehe=845&blnFremd=) (4. Februar 2017)

<http://www.cso.gov.af/en/page/demography-and-socile-statistics/demograph-statistics/3897111> (4. Februar 2017)

<http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/113260> (17. Februar 2017)

<http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111599> (19. Februar 2017).

<https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/209/43/IMG/NR020943.pdf?OpenElement> (16. Februar 2017)

<http://www.umsl.edu/services/govdocs/wofact2008/geos/af.html> (4. Februar 2017)

https://de.wikipedia.org/wiki/Khyber_Pakhtunkhwa (4. Februar 2017)

10. Abstract

Die vorliegende Arbeit analysiert die sowjetische Militärintervention in Afghanistan von 1979 bis 1989 im Kontext der historischen Entwicklung des Landes seit dem späten 19. Jahrhundert. Einer der Schwerpunkte der Arbeit liegt in der Darstellung der historischen Entwicklung unter Miteinbezug der ethnographischen Konstellationen innerhalb der afghanischen Gesellschaft. Die Darstellung der Ethnographie bildet die Analysegrundlage der Arbeit, da diese für das Verständnis der politischen Entwicklung des Landes von großer Bedeutung ist. Des Weiteren zeigt die Arbeit die Auswirkung exogener Einflüsse auf die afghanische Staatswerdung und beschreibt die Probleme von staatlichen Strukturen, das Land unter einer Zentralregierung zu einen. Nachdem die Grundzüge der afghanischen Ereignisgeschichte erörtert wurden, beantwortet die Arbeit wesentliche Fragen zur Beziehung zwischen Afghanistan und der Sowjetunion und erörtert die Motive und Vorgänge, die zum wachsenden Einfluss der UdSSR und zur militärischen Intervention führten. Die Motive für die sowjetische Militärintervention, deren globalpolitische Folgen im Kalten Krieg und die Jahre nach Abzug der sowjetischen Truppen werden im Zuge dieser Arbeit ebenfalls erörtert. Darüberhinaus wird die Regierungszeit der *Demokratischen Volksrepublik Afghanistans* analysiert und die Gründe für ihr politisches Scheitern aufgezeigt. Im Zuge dieser Arbeit wird die Rolle des bewaffneten Widerstands der islamischen *muğāhidīn* gegen die kommunistische Regierung und die sowjetischen Besatzer untersucht und die Fragen nach der Entstehung, den politischen Zielen und religiösen Motiven beantwortet. Die wichtigsten Widerstandsparteien und deren Unterstützer aus den Ausland werden dargestellt. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung Afghanistans soll es ermöglichen, gegenwärtige Ereignisse im Konfliktfeld der afghanischen Politik beurteilen zu können.